

Jahresbericht 2011





Mission Statement

Wir von der Arbeiterkammer stehen für ...

... regionale Interessenvertretung ...

... sozial sichere, faire und gesunde Arbeitsverhältnisse ...

... die Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt ...

... die Unterstützung gewerkschaftlicher und betriebsrätlicher Arbeit ...

... neue Ideen und Modelle für Arbeits-, Wirtschafts- und Lebensformen ...

... die Förderung sozialer Ideen ...

... den Schutz vor Unrechtmäßigkeiten im Arbeitsleben ...

... die Integration von benachteiligten Gruppen ...

... denn Gerechtigkeit muss sein.

Inhalt

Der Kurzbericht

Zeit für Veränderungen (Vorwort).....	4
Die Lage der ArbeitnehmerInnen 2011.....	5
Leistungsübersicht.....	6
AK-Umlage.....	7
Finanzübersicht.....	8
Organisation.....	9
Jahresrückblick.....	10

Politische Schwerpunkte 2011

Schwerpunkte 2011.....	14
------------------------	----

Leben und Arbeiten in Niederösterreich

Die wirtschaftliche Lage.....	20
Arbeiten in Niederösterreich.....	22
Bildung in Niederösterreich.....	24

Die Leistungsbilanz

Steuerung über Wirkungsfelder.....	28
Arbeitsverhältnisse.....	30
Soziale Sicherheit.....	34
Bildung.....	38
Chancengleichheit.....	42
Betriebliche und überbetriebliche Interessenvertretung.....	44
KonsumentInnenschutz.....	48
Wirtschaft.....	52
Gesundheit.....	56
Gesellschaft, Politik und öffentliche Leistungen.....	58
Kultur, Freizeit und Sport.....	60

Der Finanzbericht

Bericht zum Rechnungsabschluss.....	64
Die Vermögensbilanz in Euro.....	73
Die Ertragsrechnung in Euro.....	74
Die Leistungsübersicht in Euro.....	78
Kontrollbericht des Kontrollausschusses.....	80

Die Organisation

Die Struktur.....	84
Die Selbstverwaltung.....	85
Der Vorstand.....	86
Die Vollversammlung.....	87
Kammerrätinnen und Kammerräte.....	88
Ausschüsse und Fachausschüsse.....	89
Das AKNÖ-Büro.....	90
Einrichtungen der AKNÖ.....	96
Die Gremien und Institutionen.....	98
Die Adressen.....	100



Kurzbericht 2011

Zeit für Veränderungen

**Präsident Hermann Haneder
und Direktor Mag. Helmut Guth ziehen Bilanz
über das abgelaufene Jahr 2011.**



Eine große Bandbreite an Leistungen – so kann man den Jahresbericht der AKNÖ am besten zusammenfassen. Vom Aktionsschwerpunkt in Bildungsfragen bis zur erstmaligen Präsentation des Arbeitsklima-Index für Niederösterreich wurden viele neue Aktivitäten gesetzt. Die bewährten Serviceangebote der AK wurden nicht nur aufrechterhalten, sondern ausgebaut. Ein neuer Rekordwert bei der „Steuerrückholaktion“ ist ein deutlicher Beweis dafür. Über 13.000 Mitglieder nutzten das Angebot und erhielten dank AKNÖ 10,6 Millionen Euro an zu viel bezahlten Steuern zurück. Gerade mit der Beratung in Steuerfragen zeigt die AKNÖ auch auf, wie sich Dienstleistungen mit interessenpolitischen Forderungen verbinden lassen. Denn in Fragen der Verteilungsgerechtigkeit durch faire Steuern zieht die AK über das Jahr 2011 eine kritische Bilanz. Nach wie vor ist es nicht gelungen, den Faktor Arbeit deutlich zu entlasten und Vermögen höher zu besteuern. Daher wird die Forderung nach mehr Verteilungsgerechtigkeit weiterhin ein zentrales Anliegen der AK bleiben. Positiv ist, dass dank langer Übergangsfristen und Vorbereitungen sowie der rechtzeitigen Beschlussfassung des Sozial- und Lohndumpinggesetzes die Öffnung des Arbeitsmarktes am 1. Mai 2011 keine dramatischen Auswirkungen hatte. All das ist das Ergebnis konsequenter Arbeit von AK und ÖGB.

Das Jahr 2011 war für die AKNÖ aber auch ein Jahr großer Weichenstellungen. Mit dem Beschluss der Vollversammlung der AK zur Übersiedelung der Zentrale nach St. Pölten beginnt nun die Umsetzungsphase des ambitionierten Projekts, das auch intern große Veränderungen mit sich bringt. Dass diese Projekte ohne Leistungsverlust für die Mitglieder umgesetzt werden, zeigt der vorliegende Jahresbericht eindrucksvoll.

Hermann Haneder
Präsident

Mag. Helmut Guth
Direktor

Vorwort

Lage der ArbeitnehmerInnen

Leistungsübersicht

AK-Umlage

Finanzübersicht

Lage der ArbeitnehmerInnen

Die Erholung der Wirtschaft nach der Rezession 2008/09 setzte sich 2011 zügig fort. Die Beschäftigung in Niederösterreich stieg im Vergleich zu 2010 um 1,6 Prozent auf rund 573.000 Personen. Nach dem Ende der Übergangsbestimmungen für die ArbeitnehmerInnen aus den neuen EU-Ländern stieg deren Zahl in Niederösterreich um 43,6 Prozent auf knapp 19.000 an. Die Jugendarbeitslosigkeit verbuchte eine leicht positive Entwicklung, jedoch fehlten rund 700 betriebliche Lehrstellen, ohne AMS-Auffangnetz sogar 2.300. Das Medianeinkommen der NiederösterreicherInnen ist real um 15 Euro netto pro Monat gesunken und liegt im Bundesländervergleich an fünfter Stelle. Der Ausblick für 2012 sieht nur ein leichtes Wirtschaftswachstum von 0,4 Prozent vor. Die Inflation wird bis 2013 auf rund 2 Prozent sinken, die Arbeitslosenquote auf rund 7,5 Prozent ansteigen.

Medianeinkommen in NÖ in Euro

	2010
Männer	2.145
Arbeiter	1.958
Angestellte	2.834
Frauen	1.418
Arbeiterinnen	1.189
Angestellte	1.618
Gesamt	1.850
ArbeiterInnen	1.743
Angestellte	2.049

Arbeitsmarktdaten Niederösterreich – Durchschnitt 2009–2011

	2009	2010	2011
Unselbstständig Beschäftigte	563.307	564.152	573.305
Veränderung gegenüber dem Vorjahr absolut	-9.046	845	9.153
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	-1,6	0,2	1,6
Vorgemerkte Arbeitslose	43.790	43.115	41.698
Veränderung gegenüber dem Vorjahr absolut	8.617	-675	-1.417
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	24,5	-1,5	-3,3
Arbeitslosenquote in Prozent	7,2	7,1	6,8

Arbeiten in Niederösterreich

Die NiederösterreicherInnen sind mit ihrer Arbeitssituation zufriedener als ihre österreichischen KollegInnen. Aber es herrscht unter den Beschäftigten Unzufriedenheit mit den Einkommen und sie schätzen ihre Arbeitsmarktchancen schlecht ein. Es ist zudem ein Anstieg der psychischen Belastungen festzustellen, während Arbeitsunfälle im Abnehmen begriffen sind. Bei den Krankenstandstagen liegt Niederösterreich im Bundesländervergleich an erster Stelle. Im Bereich der sozialen Absicherung hat die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung positive Auswirkungen gezeigt. 9.000 NiederösterreicherInnen waren 2011 in diesem Auffangnetz gemeldet. Bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gibt es in Niederösterreich noch Nachholbedarf. Nur acht Prozent der Gemeinden ermöglichen den Eltern eine optimale Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Bildung in Niederösterreich

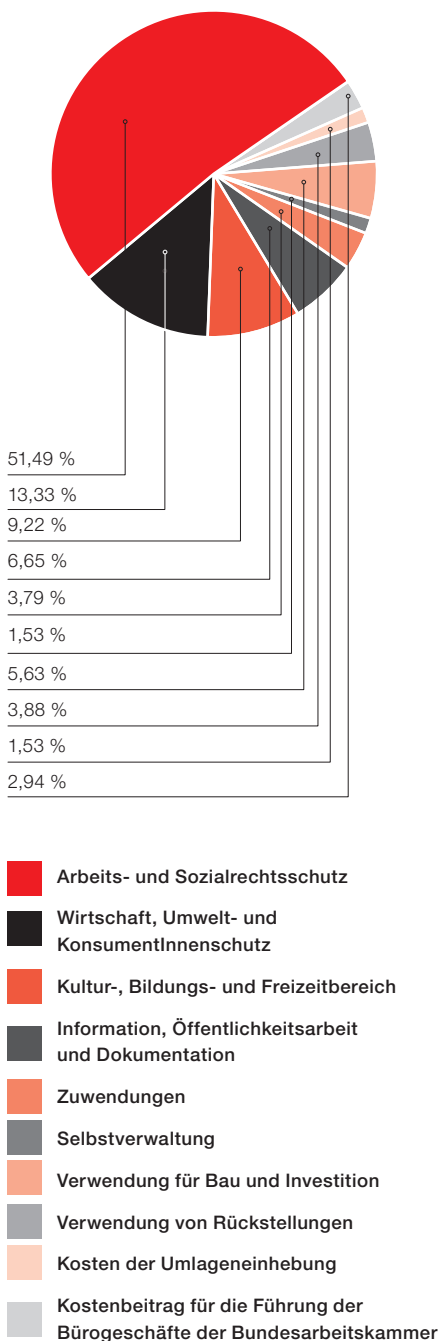
2011 wurde auch durch den Einsatz der AKNÖ das kostenlose Nachholen von Basisbildungsabschlüssen beschlossen und ist ab 2012 möglich. Immer weniger Betriebe bilden FacharbeiterInnen aus. Im Jahr 2011 haben sich 116 Betriebe von der Lehrlingsausbildung verabschiedet. Im Schulbereich zeigt sich: Die Kosten für Schulbesuche der Kinder belasten die Haushalte mit im Schnitt 1.462 Euro pro Jahr massiv und wirken zudem sozial selektiv.



Leistungsübersicht

Der Kammerumlage von 55,5 Millionen Euro standen 2011 rund 67,2 Millionen Euro gegenüber, die für die Mitglieder auf direktem Weg erbracht wurden. Allein im Arbeitsrecht wurden dabei rund 45 Millionen Euro gesichert. Dazu kommen noch 9,6 Millionen im Sozialrecht, 1,2 Millionen im KonsumentInnenchutz und 10,7 Millionen im Steuerrecht. Bei der Bildung wurden die ArbeitnehmerInnen mit rund 700.000 Euro unterstützt.

Ausgaben laut Leistungsbericht



Leistungen 2011 im Überblick

	Anzahl
Beratungen im Bereich Arbeitsverhältnisse	146.436
Vertretungen vor Gericht und Behörden im Bereich Arbeitsverhältnisse	9.186
Beratungen im Bereich soziale Sicherheit und Absicherung	33.245
Vertretungen vor Gericht und Behörden im Bereich soziale Sicherheit und Absicherung	2.123
Beratungen im Bereich Bildung	4.332
Beratungen im Bereich KonsumentInnenchutz	65.416
Vertretungen im Bereich KonsumentInnenchutz	2.635
Beratungen im Bereich Wirtschaft	28.243
Beratungen im Bereich Gesundheit	40
Auskünfte im Bereich Gesellschaft, Politik und öffentliche Leistungen	215.956
Gesetzesbegutachtungen alle Bereiche	362

Gesicherte Beträge/direkte Unterstützungsleistungen im Überblick

	in Euro
im Bereich Arbeitsverhältnisse	44.894.774
im Bereich soziale Sicherheit und Absicherung	9.624.754
im Bereich KonsumentInnenchutz	1.175.035
im Bereich Wirtschaft	10.727.369
im Bereich Bildung	704.622
im Bereich Gesellschaft, Politik und öffentliche Leistungen	51.843

Ausgaben laut Leistungsbericht

	in Euro
Arbeits- und Sozialrechtsschutz	27.925.346
Wirtschaft, Umwelt- und KonsumentInnenchutz	7.231.036
Kultur-, Bildungs- und Freizeitbereich	5.003.449
Information, Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation	3.609.445
Zuwendungen	2.057.492
Selbstverwaltung	831.899
Verwendung für Bau und Investition	3.054.992
Verwendung von Rückstellungen	2.104.547
Kosten der Umlageneinhebung	828.545
Kostenbeitrag für die Führung der Bürogeschäfte der BAK	1.592.390

Lage der ArbeitnehmerInnen

Leistungsübersicht

AK-Umlage

Finanzübersicht

Organisation

Die AK-Umlage: durchschnittlicher Mitgliedsbeitrag: 5,87 Euro netto



Diese Aufstellung zeigt, was mit dem Geld geschieht.

<p>➤ 3,03 Euro für Rechtsschutz</p>	<p>In arbeits- und sozialrechtlichen Fragen bekommt man erstklassige Beratung. Die AK geht für ArbeitnehmerInnen auch vor Gericht. Bei Problemen am Arbeitsplatz ist der AKNÖ-Rechtsschutz der persönliche „Airbag“ für den Arbeitsalltag.</p>
<p>➤ 0,39 Euro für Informationen und Publikationen</p>	<p>Wissen ist Macht. Die AKNÖ bietet zahlreiche Infobroschüren. In der Servicezeitung „treffpunkt“ finden sich viele Tipps zum Thema „Geldsparen“ sowie zur Arbeitswelt. Und im Internet sowie am Handy informiert die AKNÖ überall und jederzeit.</p>
<p>➤ 0,33 Euro für Investitionen</p>	<p>Die 23 AKNÖ-Bezirks- und Servicestellen werden mit diesem Geld laufend modernisiert und zu modernen Beratungszentren in der Nähe der Beschäftigten ausgebaut.</p>
<p>➤ 0,09 Euro für Selbstverwaltung</p>	<p>Die Aufwendungen, welche die Tätigkeit der gewählten FunktionärInnen und damit die Demokratie in der AK ermöglichen, kosten jeden Beschäftigten 0,09 Euro pro Monat.</p>
<p>➤ 0,09 Euro für Umlageneinhebung</p>	<p>Die AK-Umlage wird mit den Sozialversicherungsbeiträgen eingehoben. Das spart Zeit und Geld, muss aber den Sozialversicherungsträgern abgegolten werden.</p>
<p>➤ 0,78 Euro für Konsumentenschutz und wirtschaftliche Expertisen</p>	<p>Die AKNÖ-KonsumentenschützerInnen helfen den Beschäftigten, im Alltag Recht zu bekommen. Unseriöse Geschäfte werden aufgedeckt, Preisvergleiche und kritische Tests sichern den Mitgliedern das wohlverdiente Geld. PendlerInnen profitieren von den Verkehrsberatungen der AKNÖ. Die SteuerexpertInnen helfen bei der Arbeitnehmerveranlagung. Die Studien der AKNÖ-WirtschaftsexpertInnen sind oft Basis für politische Entscheidungen im Land. BetriebsrätInnen profitieren besonders von den Bilanzanalysen der AK-ExpertInnen.</p>
<p>➤ 0,76 Euro für berufliche Bildungsaktivitäten und Förderungen</p>	<p>ArbeitnehmerInnen und BetriebsrätInnen sollen ihre Chancen im neuen Europa verbessern können. Deswegen unterstützt die AKNÖ die Beschäftigten mit dem AKNÖ-Bildungsbonus. Österreichweit einzigartig sind die Kompetenzakademie (KOMPAK) und BetriebsRäteAKademie der AKNÖ. Die AK finanziert auch eine Reihe von Förderungen für ArbeitnehmerInnen.</p>
<p>➤ 0,23 Euro Rückstellungen für zukünftige Leistungen</p>	<p>Auch die AK muss für die Zukunft vorsorgen, wie es im Gesetz vorgesehen ist. Damit auch in Zeiten einer schlechteren Konjunktur die Leistungen der AKNÖ aufrechterhalten werden können.</p>
<p>➤ 0,17 Euro an die Bundesarbeitskammer für länderübergreifende Leistungen</p>	<p>Gemeinsam finanzieren die neun Arbeiterkammern Studien und Weiterbildungseinrichtungen. Zum Vorteil für alle ArbeitnehmerInnen. Die Bundesarbeitskammer ist keine eigene Einrichtung, sie bedient sich des Büros der AK Wien. Das unterscheidet die AK auch z. B. von der Wirtschaftskammer.</p>



Bilanz 2011

Aktiva	in Euro
Anlagevermögen	52.694.899,29
Umlaufvermögen	27.605.847,27
Aktive Rechnungsabgrenzung	1.087.599,21
Bilanzsumme	81.388.345,77

Passiva	in Euro
Kapital	48.117.296,62
Rücklagen	10.028.197,86
Rückstellungen	20.579.549,14
Verbindlichkeiten	2.663.302,15
Bilanzsumme	81.388.345,77

Die „CURA“ Treuhand- und Revisionsgesellschaft m.b.H. Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft stellte der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich am 19. April 2012 nach pflichtgemäßer Prüfung aller Bücher und Schriften einen positiven Prüfungsvermerk aus. Buchführung und Rechnungsabschluss entsprechen den Bestimmungen des § 69 Abs. 2 Arbeiterkammergesetz 1992 und der Haushaltsordnung. Aufgrund dieser positiven Prüfung und der Stellungnahme des Kontrollausschusses zum Prüfbericht wurde der Rechnungsabschluss am 11. Mai 2012 durch die Vollversammlung angenommen.

Die Finanzübersicht

Im Jahr 2011 verfügte die AKNÖ über Einnahmen von rund 59 Millionen Euro, davon über 55 Millionen aus der AK-Umlage. Dank der guten Wirtschaftslage gab es eine positive Entwicklung bei der Kammerumlage. Der Aufwand stieg 2011 im Vergleich zu 2010 um rund 2,5 Millionen Euro.

Vergleichsrechnung 2011

	Voranschlag	Jahresabschluss	Abweichung
1. Kammerumlagen	52.900.000,00	55.452.030,35	2.552.030,35
2. Sonstige Erträge	1.040.000,00	2.856.910,21	1.816.910,21
3. Zinsensaldo	200.000,00	643.907,06	443.907,06
4. Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen	0,00	0,00	0,00
Summe Erträge	54.140.000,00	58.952.847,62	4.812.847,62
5. Sachaufwand	10.742.100,00	9.026.907,29	-1.715.192,71
6. Betriebs- und Verwaltungsaufwand	7.103.250,00	6.393.450,04	-709.799,96
7. Kosten der Selbstverwaltung	933.200,00	831.899,44	-101.300,56
8. Personalaufwand	31.194.100,00	29.661.131,08	-1.532.968,92
9. Zuführung zu Rücklagen und Rückstellungen	1.780.250,00	10.618.524,55	8.838.274,55
10. Kosten der Umlageeinhebung	793.500,00	828.545,01	35.045,01
11. Kostenbeitrag für die Führung der Bürogeschäfte der BAK	1.593.600,00	1.592.390,21	-1.209,79
Summe Aufwendungen	54.140.000,00	58.952.847,62	4.812.847,62

Ertragsrechnung 2011

	RA 31.12.2011	RA 31.12.2010	Veränderung
1. Kammerumlagen	55.452.030,35	53.079.673,50	2.372.356,85
2. Sonstige Erträge	2.856.910,21	2.800.739,67	56.170,54
3. Zinsensaldo	643.907,06	546.899,62	97.007,44
4. Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen	0,00	0,00	0,00
Summe Erträge	58.952.847,62	56.427.312,79	2.525.534,83
5. Sachaufwand	9.026.907,29	8.541.502,36	485.404,93
6. Betriebs- und Verwaltungsaufwand	6.393.450,04	6.079.838,38	313.611,66
7. Kosten der Selbstverwaltung	831.899,44	835.921,58	-4.022,14
8. Personalaufwand	29.661.131,08	28.773.698,40	887.432,68
9. Zuführung zu Rücklagen und Rückstellungen	10.618.524,55	9.837.477,25	781.047,30
10. Kosten der Umlageeinhebung	828.545,01	793.327,07	35.217,94
11. Kostenbeitrag für die Führung der Bürogeschäfte der BAK	1.592.390,21	1.565.547,75	26.842,46
Summe Aufwendungen	58.952.847,62	56.427.312,79	2.525.534,83

Die Organisation

Die AKNÖ vertritt als gesetzliche Interessenvertretung die Anliegen von mehr als 450.000 Beschäftigten in Niederösterreich. Alle fünf Jahre bestimmen die ArbeitnehmerInnen den Kurs der AK, indem sie mit ihrer Stimme 110 KammerrätInnen in die Vollversammlung, das ArbeitnehmerInnenparlament, wählen.

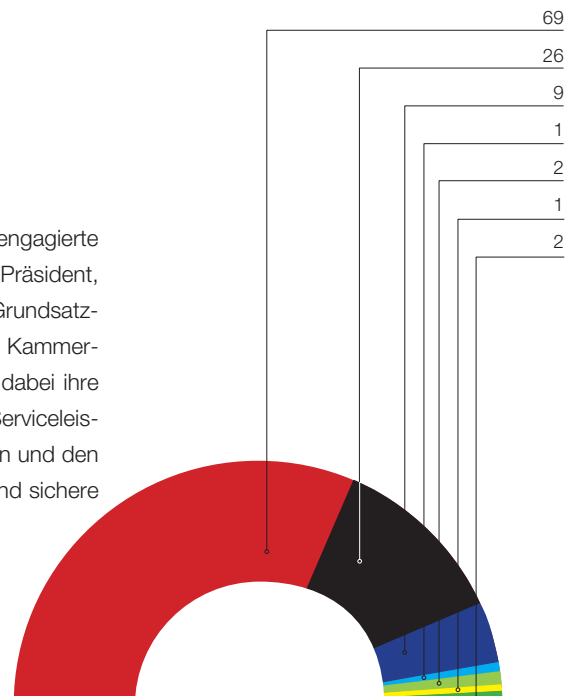
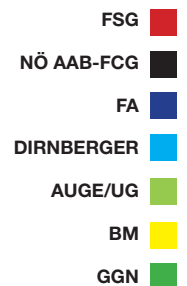


Die KammerrätInnen kennen als BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen oder engagierte GewerkschafterInnen die Arbeitswelt genau. Aus der Vollversammlung werden Präsident, Präsidium, Vorstand und Kontrollausschuss gewählt. Sie sind für die politischen Grundsatzbeschlüsse zuständig. In ihrer politischen Arbeit werden die Kammerrätinnen und Kammerräte durch die Grundlagenarbeit der AKNÖ-ExpertInnen unterstützt. Sie bringen dabei ihre praktische Erfahrung aus Tausenden Beratungen, gerichtlichen Vertretungen und Serviceleistungen ein. Die Arbeiterkammer kooperiert außerdem eng mit den Gewerkschaften und den betrieblichen Interessenvertretungen. Allen ist ein Ziel gemeinsam: eine bessere und sichere Arbeitswelt.

Auf Basis der letzten AK-Wahl im Jahr 2009 verfügt die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) über 69 Mandate in der AK-Vollversammlung, die Fraktion Christlicher Gewerkschafter (NÖ AAB-FCG) hält bei 26 Mandaten und die Freiheitlichen Arbeitnehmer (FA) verfügen über neun Sitze.

Weiters sind die Liste Dirnberger mit einem Mandat, die Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen/Unabhängigen GewerkschafterInnen (AUGE/UG) mit zwei Mandaten, das Bündnis Mosaik (BM) mit einem Mandat und die Grünen GewerkschafterInnen Niederösterreich (GGN) mit zwei Sitzen in der Vollversammlung vertreten.

Mandate





Jahresrückblick 2011

Jänner

20. Jänner

AKNÖ-Konsumentenschutzbilanz 2010: 1.058.058 Euro für ArbeitnehmerInnen erkämpft.

30. Jänner

Großer AKNÖ/ÖGB-Wintersporttag in Puchenstuben. 900 BesucherInnen nahmen daran teil.

Februar

20. Februar

Rund 300 Personen besuchten den großen AKNÖ/ÖGB-Wintersporttag in Hollenstein/Ybbs.

28. Februar

Start der AKNÖ-Steuersparwochen – AKNÖ-ExpertInnen helfen in ganz NÖ beim Steuerausgleich.

März

1. März

Die Studie zum künftigen Standort der AKNÖ ist fertig. Konkretes Ergebnis: Die AKNÖ-Zentrale soll vollständig nach St. Pölten übersiedeln.

3. März

AKNÖ präsentiert Jahresbilanz 2010 im Arbeits- und Sozialrecht. Außergerichtlich und vor Gericht wurden 11,5 Millionen Euro für die Beschäftigten erkämpft.

16. März

Die AKNÖ deckt Missstände in einer privaten Reha-Klinik im Bezirk Mödling auf.

Juli

4. Juli

Rechtzeitig zum Ferienbeginn präsentiert die AKNÖ zehn Arbeitsrechts-Tipps für FerialarbeiterInnen.

8. Juli

Start der AKNÖ-Flughafen-Aktion. Reise-ExpertInnen der AKNÖ beraten Flugreisende bis 21. August über ihre Rechte.

August

3. August

AKNÖ-Lehrlingsbefragung zeigt: drastischer Informationsmangel bei „Lehre mit Matura“.



31. August

Die AKNÖ präsentiert ihre Schuloffensive. Ab Semesterbeginn bietet sie Schulen flächendeckend einen ReferentInnen-dienst an.

September

4. September

AKNÖ-Veranstaltung „Begegnung in der Region“ in Traiskirchen.

9. September

Bernhard Lentsch gewinnt den NÖ Kabarett & Comedy Preis in St. Pölten.

16. September

Die AKNÖ startet Bildungsinfo-Offensive „Treffpunkt Bildung“.

17. September

AKNÖ-Erhebung zeigt: Eltern geben 814 Euro pro Schulkind und Jahr aus.

18. September

AKNÖ-Veranstaltung „Begegnung in der Region“ in Schrems.

23. bis 29. September

Über 4.700 BesucherInnen bei der AKNÖ-Jugendmesse „Zukunft.Arbeit.Leben.“ in St. Pölten.

April

11. April

Die KonsumentenschützerInnen der AKNÖ haben Brennstoffpreise erhoben. Fazit: Vor allem Pellets werden teurer.

15. April

Verleihung des Josef-Staudinger-Preises an fünf niederösterreichische Lehrlinge.



Mai

2. Mai

Arbeitsmarktöffnung – AKNÖ fordert Kontrollen gegen Lohndumping.

12. Mai

5. AKNÖ-Vollversammlung/XIV. Funktionsperiode. Die KammerrätInnen fällen den Beschluss, die AKNÖ-Zentrale von Wien nach St. Pölten zu übersiedeln.

13. Mai

Frühjahrskampagne der AKNÖ startet unter dem Motto „Lass dich nicht zur Schnecke machen“.

1. Tag der Gesundheitsberufe in St. Pölten.

22. Mai

AKNÖ-Veranstaltung „Begegnung in der Region“ in Kirchberg an der Pielach.

Juni

7. Juni

Gleichenfeier in der neuen AK Gmünd.

21. Juni

AKNÖ-Veranstaltung „Begegnung in der Region“ in Marchegg.

21. Juni

Bilanz der AKNÖ-Steuerparwochen: Für die Mitglieder über 10,7 Mio. Euro Steuergutschrift vom Finanzamt zurückgeholt.

24. Juni

Arbeitsklima-Index NÖ: Nur jede/-r vierte NiederösterreicherIn glaubt an sicheren Arbeitsplatz.

28. Juni

VI. Dialogforum Hirschwang der AKNÖ zum Thema Wirtschaftsdemokratie.

Oktober

13. Oktober

Verleihung AKNÖ-Wissenschaftspreis 2011 an sieben JungakademikerInnen.

18. Oktober

Start der AKNÖ-„Kompetenzakademie“ (KOMPAK). Die KOMPAK ist eine völlig neuartige Ausbildung für ArbeitnehmervertreterInnen.



November

4. und 5. November

Enquete „Gesundheit für Sie“ in St. Pölten.

8. November

AKNÖ beschließt neues Bau- und Wohngeld.

9. November

„Hände weg von Werbefahrten“-Datenbank der AKNÖ geht online.

15. November

6. AKNÖ-Vollversammlung/XIV. Funktionsperiode.

15. November

Umzug der AK Gmünd beginnt. MitarbeiterInnen ziehen in neue Bezirksstelle ein.

25. November

AKNÖ-Einkommensanalyse zeigt: 2010 verdienten die NiederösterreicherInnen um 18 Euro brutto weniger pro Monat.

Dezember

7. Dezember

AKNÖ testet Kinderspielzeug auf Schwermetalle: Nur zwei von 65 Produkten weisen erhöhte Werte auf.

15. Dezember

Der niederösterreichische Landtag beschließt kostenloses Nachholen von Pflichtschulabschlüssen. Eine langjährige AKNÖ-Forderung ist damit erfüllt.

29. Dezember

AKNÖ-Präsident Hermann Haneder warnt in seiner Neujahrsbotschaft an 450.000 Mitglieder vor Kranksparen auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen und mahnt Verbesserungen für Benachteiligte ein.



Politische Schwerpunkte 2011

Wir handeln. Wir haben einen klaren Auftrag.

Wenn Belastungspakete geschnürt werden, Sozialprogramme auf dem Abstellgleis landen, zu wenig im Bildungsbereich weitergeht und das Vermögen im Land schlecht verteilt ist, dann gibt es eine Organisation, die nicht wegsieht, sondern handelt. Die NÖ Arbeiterkammer sieht sich als Kämpferin für die Beschäftigten in Niederösterreich. Denn die AKNÖ hat einen klaren Auftrag: Sie ist ihren Mitgliedern, den arbeitenden Menschen in Niederösterreich, verpflichtet. Gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Schief lagen sowie konkrete, individuelle Anliegen der Beschäftigten sind die Grundlage unseres Handelns im Namen unserer Mitglieder.

Wir verleihen den Beschäftigten eine Stimme.

Um den Interessen der Beschäftigten mit einer lauten Stimme Ausdruck zu verleihen, sie zu vertreten und ihre Lebensumstände verbessern zu können, braucht es Zuhören und Wachsamkeit. Denn nur, wenn wir wissen, wo die Menschen der Schuh drückt, können wir ihre Situation verbessern. Dabei ist uns wichtig, nicht erst aufzuzeigen, wenn die Situation unerträglich ist, sondern eine klare Position zu beziehen, bevor es zu spät ist.

AKNÖ-Präsident Hermann Haneder ist die Stimme der Beschäftigten in Niederösterreich.



Wir gestalten Niederösterreich aktiv mit.

Die AKNÖ gestaltet die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in Niederösterreich mit. Dazu braucht es die nötigen Strukturen und eine demokratische Legitimation. Die niederösterreichischen Beschäftigten wählen deshalb aus ihrer Mitte alle fünf Jahre 110 Kammerrätinnen und Kammerräte in die Gremien der Selbstverwaltung der AKNÖ. Das daraus entstandene ArbeitnehmerInnenparlament tagt zumindest zweimal jährlich und wird bei seiner Arbeit von den Expertinnen und Experten der AKNÖ unterstützt. 2011 fand die 5. AKNÖ-Vollversammlung der XIV. Funktionsperiode in St. Pölten statt, während die 6. AKNÖ-Vollversammlung der XIV. Funktionsperiode im Schwechater Multiversum abgehalten wurde. In beiden Vollversammlungen wurden politische Weichenstellungen für die Zukunft gesetzt.

2011 fanden zwei Vollversammlungen statt. Die Vollversammlung fand im Frühjahr am 12. Mai 2011 und im Herbst am 15. November 2011 statt.

Gerechtigkeit muss sein!

Faire Arbeitsbedingungen, ein gerechtes Steuersystem und eine angemessene Verteilung des Vermögens. Das waren die großen Themen der AKNÖ im Jahr 2011. Durch immer höhere Vermögensgewinne wird die Kluft zwischen Arm und Reich in Österreich stetig größer. Derzeit besitzen zehn Prozent der österreichischen Haushalte mehr als die Hälfte des gesamten Geldvermögens. Trotz dieser Ungleichheit bildet das Steueraufkommen aus Vermögen in Österreich mit 0,5 Prozent des BIP eines der Schlusslichter Europas. Bei der Herbstsitzung des ArbeitnehmerInnenparlaments wurde daher eine deutliche Erhöhung der vermögensbezogenen Steuern auf das OECD-Niveau von 1,8 Prozent des BIP gefordert. Mehreinnahmen von mehr als drei Milliarden Euro könnten so zur Budgetsanierung, für Gesundheit, Bildung oder Wohnen verwendet werden. Denn ein gerechtes Steuersystem ist die Grundlage für sozialen Zusammenhalt und eine faire Gesellschaft.



In Österreich wird der Faktor Arbeit zu hoch und Vermögen zu niedrig besteuert. Eine höhere Vermögensbesteuerung würde Geld für Gesundheit, Bildung oder die Budgetsanierung bringen.

Leben und Arbeiten ohne Barrieren

Menschen mit Behinderung müssen viele Hürden überwinden. Im Alltag und am Arbeitsplatz haben sie Herausforderungen zu meistern, die andere gar nicht kennen. Deswegen sollte ihre Situation verbessert und ihnen faire Chancen auf dem Arbeitsmarkt geboten werden. Barrierefreies Arbeiten war deshalb zentrales Thema der AKNÖ-Vollversammlung im Frühjahr 2011. Es ist notwendig, mit Offenheit auf Menschen mit Behinderung zuzugehen und sie bei ihrer individuellen Entwicklung besser zu unterstützen. Ein wichtiger Schritt dazu ist der Rechtsanspruch auf persönliche Assistenz für Menschen mit Behinderung. Obwohl diese in einer von Österreich ratifizierten UN-Konvention verankert ist, gibt es sie nicht flächendeckend. Menschen mit Behinderung eine Perspektive zu geben und sie am Weg zur Unabhängigkeit zu fördern ist der AKNÖ ein besonderes Anliegen.

Bekenntnis zum bestehenden Sozialsystem

Die Zukunft bringt große Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung. Diese Änderungen machen entsprechende Anpassungen am österreichischen Arbeitsmarkt, in der Wirtschaft, im Sozialsystem sowie der Gesellschaft erforderlich. Bei der Vollversammlung im Herbst wurde Eingriffen in das Pensionssystem eine klare Absage erteilt. Durch mehr und bessere Arbeitsplätze, Vollbeschäftigung und Vermeidung von Lohndumping wird auch in Zukunft das Pensionssystem als Grundpfeiler der Generationengerechtigkeit garantiert. Die Generationengerechtigkeit erfordert ein klares Bekenntnis zu einem Anstieg der Sozialkosten für ältere Menschen.

Mehr und bessere Arbeitsplätze sichern gemeinsam mit Vollbeschäftigung das bestehende Sozialsystem.

Längeres Arbeiten durch Gesundheitsförderung

Künftig noch länger arbeiten, um das österreichische Pensionssystem zu stützen? Das kann nur funktionieren, wenn betriebliche Gesundheitsförderung zur Selbstverständlichkeit wird. Vor allem psychische Erkrankungen und psychisch bedingte Krankenstände steigen deutlich an und sind die Nummer eins als Ursache für Berufsunfähigkeits- und Invaliditätspensionen. Die AKNÖ fordert daher den verstärkten Ausbau von Betriebspsychologinnen und die Einführung bedarfsgerechter Gesundheitskurse in Betrieben.



Nur durch rechtzeitige Investitionen in Bildung können hochwertige Arbeitsplätze geschaffen werden.

Bessere Bildung für hochwertige Arbeitsplätze

Das Bildungssystem in Österreich gehört reformiert. Das wissen alle Betroffenen. Die AKNÖ steht für wichtige und notwendige Reformschritte. Es geht um eine hochwertige, gemeinsame Schule bis zum Ende der Pflichtschulzeit, ein flächendeckendes Netz an Ganztagschulen, eine bessere Ausbildung der Lehrkräfte und um uneingeschränkte Hochschulzugänge. Die AKNÖ unterstützte deshalb im Herbst 2011 das Bildungsvolksbegehren. Denn nur, wenn rechtzeitig in die Ausbildung der ArbeitnehmerInnen der Zukunft investiert wird, können hochwertige Arbeitsplätze entstehen.

Zufriedenheit am Arbeitsplatz

Niederösterreichs ArbeitnehmerInnen sind mit ihrer Arbeit und ihren Lebensumständen zufriedener als der Durchschnitt Österreichs. Sie arbeiten grundsätzlich sehr gerne. Das zeigt der Arbeitsklima-Index, der 2011 erstmals für Niederösterreich erhoben wurde. Doch an einer Stelle drückt der Schuh: Vor allem Beschäftigte mit niedrigem Bildungsgrad haben nicht die Möglichkeiten, sich im Beruf aktiv einzubringen oder Anerkennung für ihre Leistungen zu bekommen. Sie haben auch weniger Wahlmöglichkeiten am Arbeitsmarkt. Das führt zu sinkender Arbeitszufriedenheit.

2011: Startschuss für die neue AKNÖ-Zentrale

Bei der Vollversammlung der NÖ Arbeiterkammer im Frühjahr beschlossen die 110 KammerrätlInnen einstimmig die Verlegung der AKNÖ-Zentrale von Wien nach St. Pölten. Die Übersiedelung der Zentrale ist für das Jahr 2016 vorgesehen.

In Wien bleibt eine Beratungsstelle für die rund 50.000 AKNÖ-Mitglieder in der Bundeshauptstadt. Nach dem Beschluss bestanden die nächsten Schritte in der sorgfältigen Vorbereitung der Standortwahl. Dabei wurden neben dem eigenen Grundstück noch fünf weitere Standortangebote überprüft. Inzwischen steht auch schon das Grundstück fest, auf dem gebaut werden soll. Der AKNÖ-Vorstand entschied sich für den Bau in der Herzogenburgerstraße.

Rahmenbedingungen für 2012

Für 2012 werden schwierigere Rahmenbedingungen für die Arbeit der AKNÖ erwartet.

Es ist zu befürchten, dass die Wirtschaft im Jahr 2012 nach einer kurzen Erholung wieder stagniert und es auch am Arbeitsmarkt zu Problemen kommt. Die Entwicklung der Weltwirtschaft sowie politische Entscheidungen auf EU-Ebene, aber auch in Niederösterreich werden sich auf die ArbeitnehmerInnen auswirken.

So drohen in Niederösterreich hochwertige Arbeitsplätze in entlegeneren Regionen verloren zu gehen. Energiegewinnung, Güterproduktion, Verkehrsentwicklungen und das Konsumverhalten müssen daher stärker unter ökologische Aspekte gestellt werden. Das ist eine Chance. Höhere Kosten dürfen dabei jedoch nicht einseitig die ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen belasten.

Verwaltungsreformen bei öffentlichen Strukturen und bei sozialen und Gesundheitseinrichtungen werden immer wahrscheinlicher – mit unmittelbaren Auswirkungen auf die betroffenen ArbeitnehmerInnen und die KonsumentInnen.

Das Steuersystem benachteiligt weiterhin die ArbeitnehmerInnen, die inzwischen vier Fünftel der Last der öffentlichen Finanzierungen tragen. Die Interessen der ArbeitnehmerInnen werden bei der Verteilung der Landes- und Gemeindefinanzen unzureichend berücksichtigt. Das betrifft auch das Verkehrs- und Bildungswesen. Die demografische Entwicklung lässt den Bedarf bei der Gesundheitsförderung, Prävention und Pflegevorsorge steigen. Zudem drohen parteipolitische Auseinandersetzungen eine integrative Sachpolitik zum Wohle aller NiederösterreicherInnen zu verhindern.

Daneben muss die Übersiedelung der Zentrale der NÖ Arbeiterkammer nach St. Pölten vorbereitet werden. Im Interesse der Mitglieder sind Perspektiven für die MitarbeiterInnen und Verbesserungen in den Abläufen zu entwickeln und die Wirksamkeit der AKNÖ in den Regionen zu erhöhen.

Schwerpunkte 2012 – Leitthemen

Die Leitthemen 2012 für die Arbeit der AKNÖ sind:

1. Den Wohlstand der arbeitenden Menschen steigern
2. Hochwertige Arbeitsplätze durch bessere Bildung schaffen
3. Ansprüche der ArbeitnehmerInnen auf öffentliche Leistungen sichern
4. Anliegen der Beschäftigten in der Gesellschaft mehr Gehör verschaffen
5. Bedürfnisse der Mitglieder in die Planung der neuen Zentrale sinnvoll einfließen lassen
6. Kompetenz als Rückgrat wirkungsvoller Arbeit ausbauen
7. Flexibilität sichern, um auf unerwartete Ereignisse effektiv reagieren zu können

2012: 58 Millionen Euro für die Beschäftigten

Rund 58 Millionen Euro stehen der NÖ Arbeiterkammer im Jahr 2012 für Dienstleistungen und interessenpolitische Arbeit zur Verfügung. AKNÖ-Direktor Helmut Guth rechnet dabei mit einer etwa fünfprozentigen Erhöhung der Einnahmen aus der Kammerumlage. Der Budgetvoranschlag spiegelt auch die Arbeitsschwerpunkte der AKNÖ für das kommende Jahr wider.

So werden Geldmittel in Höhe von rund 250.000 Euro für das neue Bau- und Wohngeld der AKNÖ bereitgestellt, mit dem einkommensschwache AK-Mitglieder bis zu 400 Euro Direktunterstützung bei notwendigen Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Wohnbereich erhalten können.

Insgesamt sind knapp 52 Prozent der Budgetmittel zur Unterstützung der Beschäftigten in Niederösterreich im Rechts- und Sozialbereich vorgesehen, knapp 15 Prozent kommen dem Schutz der KonsumentInnen und den Hilfestellungen beim Steuerausgleich zugute.



AKNÖ-Direktor Helmut Guth rechnet für 2012 mit einer fünfprozentigen Erhöhung der Einnahmen aus der Kammerumlage.



Leben und Arbeiten in NÖ

Die niederösterreichische Wirtschaft erholte sich 2011 weiter von der Rezession der Jahre 2008/09.

Die wirtschaftliche Lage im Jahr 2011

Die Erholung der (nieder-)österreichischen Wirtschaft nach der Rezession 2008/09 setzte sich auch 2011 zügig fort. Die gesamtwirtschaftliche Produktion expandierte bis zur Jahreshälfte kräftig und erreichte im 1. Halbjahr wieder das Niveau vor der Krise. Ab der 2. Jahreshälfte schwächte sich die konjunkturelle Dynamik ab. Viele EU-Mitgliedsstaaten verstärkten wegen der Staatsschuldenkrise ihre Sporbemühungen. Diese Konsolidierung führte zu einem deutlichen Abschwächen der Konjunktur.

Beschäftigung höher als im Rekordjahr 2008

Im Jahr 2011 stieg die Beschäftigung in Österreich. Diese Entwicklung ist auch in Niederösterreich zu bemerken gewesen: 573.305 Menschen waren unselbstständig beschäftigt, 1,6 Prozent mehr als 2010. Die Zahl der Arbeitslosen sank österreichweit gegenüber 2010 um 1,6 Prozent auf durchschnittlich 246.702 Personen. In Niederösterreich war der Rückgang der Arbeitslosigkeit wesentlich stärker. Im Jahresschnitt waren 41.698 NiederösterreicherInnen arbeitslos, um 3,3 Prozent weniger als 2010. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit betraf ausschließlich Männer (-5,6 Prozent). Bei den Frauen war die Arbeitslosigkeit nahezu unverändert. Bei über 50-jährigen ArbeitnehmerInnen war entgegen dem allgemeinen Trend ein Anstieg von 1,6 Prozent zu bemerken. Bei den Frauen war der Anstieg in dieser Alterskategorie mit 4,1 Prozent noch höher. Nach dem Ende der Übergangsbestimmungen waren mit 19.000 Personen um 43,6 Prozent (oder 5.770) mehr Beschäftigte aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten in Niederösterreich beschäftigt als ein Jahr zuvor. Diese sind vor allem in der Industrie, aber auch im Baubereich beschäftigt. Insgesamt basierte der Beschäftigungszuwachs aber nach wie vor auf dem Dienstleistungssektor.



In Niederösterreich fehlten 2011 mehr als 2.300 betriebliche Lehrstellen.

Leicht positive Entwicklung bei Jugendarbeitslosigkeit

Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen war im Vergleich zu 2010 rückgängig. Die Lehrstellensituation hat sich 2011 etwas entspannt. Dennoch fehlten immer noch knapp 700 Lehrstellen. Ohne AMS-Auffangnetz hätten 2011 in Niederösterreich sogar mehr als 2.300 betriebliche Lehrstellen gefehlt. Der Rückgang bei den Arbeitslosenzahlen ist vor allem auf den demografischen Rückgang bei den 15-Jährigen zurückzuführen.

Arbeitsmarktdaten Niederösterreich – Durchschnitt 2009-2011

	2009	2010	2011
Unselbstständig Beschäftigte	563.307	564.152	573.305
Veränderung gegenüber dem Vorjahr absolut	-9.046	845	9.153
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	-1,6	0,2	1,6
Vorgemerkte Arbeitslose	43.790	43.115	41.698
Veränderung gegenüber dem Vorjahr absolut	8.617	-675	-1.417
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	24,5	-1,5	-3,3
Arbeitslosenquote in Prozent	7,2	7,1	6,8

Wirtschaftliche Lage

Arbeiten in NÖ
Bildung in NÖ**Einkommen real gesunken**

Das Bruttomedianeinkommen in Niederösterreich lag im Jahr 2010 um 2,7 Prozent unter dem Bundesniveau. Dem österreichischen Medianeinkommen von 1.902 Euro brutto stand damit ein niederösterreichisches von 1.850 Euro brutto gegenüber.

Die Einkommensschere zwischen Niederösterreich und Österreich hat sich um 0,1 Prozent vergrößert. Aufgrund der hohen Inflation sind die Nettoealeinkommen gegenüber 2009 in Niederösterreich im Schnitt um 15 Euro pro Monat gesunken. Bei den Medianeinkommen liegt Niederösterreich hinter Wien, Vorarlberg, Oberösterreich und der Steiermark an fünfter Stelle.

Wirtschaftlicher Ausblick

Die Wirtschaftsforscher gehen davon aus, dass das heimische und das internationale Bankensystem insgesamt stabil bleiben. Angenommen werden zudem weiterhin eine geordnete Schuldenabwicklung durch die Staaten sowie ein Rückgang der derzeit hohen Zinssätze für Staatsanleihen vieler Euroländer auf ein nachhaltigeres Niveau.

Wirtschaftsprognosen für Österreich 2012/13

	2011	2012	2013
Bruttoinlandsprodukt (BIP) real	3,1	0,4	1,4
Privater Konsum real	0,6	0,8	0,9
Verbraucherpreise	3,3	2,4	2,0
Arbeitslosenquote in %	6,7	7,1	7,5
Unselbstständig Beschäftigte	1,9	0,8	0,4

Die heimische Wirtschaft wird 2012 um nur mehr 0,4 Prozent expandieren. Der Export wird mit einem Wachstum von real 3,5 Prozent weniger Impulse liefern. Die Bauinvestitionen werden stagnieren. Dies drückt die heimische Inflationsrate auf 2,4 Prozent und verhindert so weitere Kaufkraftverluste der privaten Haushalte.

Der private Konsum wird mit einem Zuwachs von real 0,8 Prozent die Konjunktur stützen. Die Abschwächung der Konjunktur wird sich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen. Aufgrund der schwachen Produktionsentwicklung dürfte sich das Beschäftigungswachstum 2012 auf 0,8 Prozent verlangsamen.

Die Arbeitslosenquote wird hingegen mit knapp über sieben Prozent wieder ähnlich hoch sein wie im Krisenjahr 2009. Das Defizit der öffentlichen Haushalte wird 2012 auf drei Prozent sinken. Mit dem Anziehen des Wirtschaftswachstums und dem Einsetzen der Wirkungen struktureller Konsolidierungsschritte wird die Neuverschuldung 2013 die Drei-Prozent-Marke unterschreiten.

Medianeinkommen in NÖ in Euro

	2010
Männer	2.145
Arbeiter	1.958
Angestellte	2.834
Frauen	1.418
Arbeiterinnen	1.189
Angestellte	1.618
Gesamt	1.850
ArbeiterInnen	1.743
Angestellte	2.049



Arbeiten in Niederösterreich



In Krisenzeiten ist die Angst um den Arbeitsplatz sehr hoch. Viele Beschäftigte verzichten deshalb auf die Durchsetzung ihrer Rechte.

Angst um Arbeitsplatz

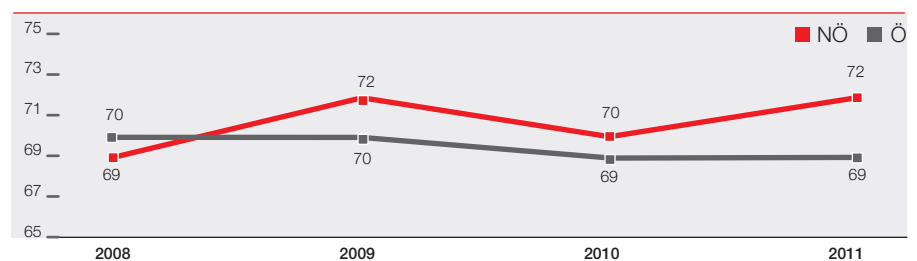
Nach dem Krisenjahr 2010, das durch eine deutliche Reduzierung der Beratungs- und Rechtsschutzfälle in der AKNÖ gekennzeichnet war, stiegen die Beratungs- und Interventionszahlen 2011 wieder an. Offenbar ist in Krisenzeiten die Angst um den Arbeitsplatz so hoch, dass die DienstnehmerInnen angesichts dessen auf eine Durchsetzung ihrer vertraglichen oder kollektivvertraglich zugesicherten Ansprüche verzichten.

Ein weiteres Problemfeld stellen Krankenstände dar. Unternehmen nehmen dabei häufig den Krankenstand einzelner ArbeitnehmerInnen zum Anlass, die Dienstverhältnisse zu beenden oder, statt selbst Entgeltfortzahlung zu leisten, diese gesetzliche Verpflichtung auf die Gebietskrankenkassen abzuwälzen. Auch ist die Lage der Beschäftigten im Handel, häufig Frauen in Teilzeitarbeit, weiterhin problematisch, da weder die Bezahlung noch die Arbeitszeit den Bedürfnissen der Frauen entsprechen.

Arbeitsklima

Die niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen waren laut AK-Arbeitsklima-Index im Jahr 2011 zufriedener als ihre österreichischen KollegInnen. Dabei gab es relativ große Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen. So sind die Menschen im Industrieviertel am zufriedensten und im Waldviertel am unzufriedensten. Generell sind die ArbeitnehmerInnen sehr unzufrieden mit ihrem Einkommen und schätzen ihre Arbeitsmarktchancen als sehr schlecht ein.

Arbeitsklima-Index für NÖ 2008 bis 2011



Soziale Absicherung

Die Einführung des Anspruchs auf bedarfsorientierte Mindestsicherung hatte in Niederösterreich positive Auswirkungen. Mit Ende 2011 waren etwa 9.000 Personen in der bedarfsorientierten Mindestsicherung gemeldet, davon hatten etwa 45 Prozent eine Krankenversicherung über die Mindestsicherung. Viele dieser Personen hatten vor der Einführung der Mindestsicherung keine eigene Krankenversicherung. Die Auswirkungen der bereits 2010 getroffenen Änderungen im Pensionsrecht sind zwar bereits merkbar vorhanden, können allerdings erst 2012 evaluiert werden.

Chancengleichheit

Jede vierte teilzeitbeschäftigte Frau wünscht sich eine Aufstockung der Wochenstunden, knapp die Hälfte sieht Teilzeit als Übergangslösung. Damit Frauen Vollzeit arbeiten können, sind Kinderbetreuung, Ganztagschulen und Pflegeplätze für ältere Menschen wichtig. In Niederösterreich erfüllen jedoch nur acht Prozent der Gemeinden die Voraussetzungen für die optimale Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Betreuungsquote der 0- bis 2-jährigen Kinder ist mit 16,7 Prozent unter dem Österreichschnitt von 17,1 Prozent, ebenso bei den 6- bis 9-jährigen Kindern. Mangelnde Kinderbetreuung, Teilzeitarbeit sowie schlechter bezahlte Berufe sind Gründe dafür, dass Frauen bis zu 30 Prozent weniger verdienen als Männer.

Niederösterreich – Land der PendlerInnen

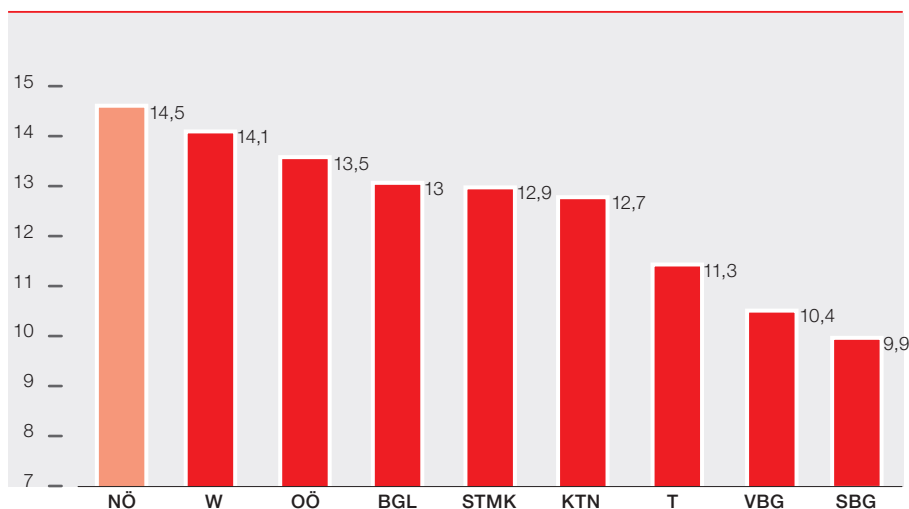
Von 543.797 im Land wohnenden ArbeitnehmerInnen pendeln 266.902 in einen anderen Bezirk aus. Das Industrieviertel stellt die größte Zahl an PendlerInnen, das Weinviertel jedoch den größten Anteil an AuspendlerInnen. Das Waldviertel ist eine relativ geschlossene Region mit wenigen Ein- und AuspendlerInnen.

Gesundheit und Arbeit

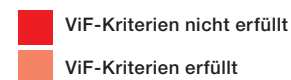
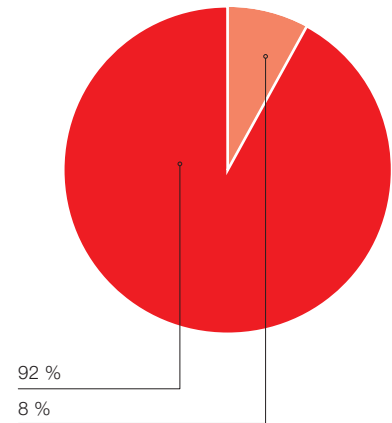
Die Zahl der Arbeitsunfälle ist rückläufig, die Anzahl der Krankenstände steigt aber laut Fehlzeitenreport an. Niederösterreich liegt dabei vor Oberösterreich und Wien. Besonders psychische Belastungen nehmen zu. Deshalb sind der Ausbau der betrieblichen Gesundheitsförderung und der Einsatz von Supervision, Arbeits- und OrganisationspsychologInnen von besonderer Bedeutung. Für ältere Beschäftigte müssen alter(n)sgerechte Arbeitsplätze geschaffen werden.

Krankenstandstage pro Jahr in NÖ

Gebietskrankenkassen, 2010



Vereinbarkeit Beruf und Familie in NÖ



ViF*-Kriterien für Kindergärten sind:

- mind. 45 h pro Woche geöffnet, Mo. bis Fr.
- mind. 4 Tage pro Woche 9,5 h geöffnet
- Mittagessen
- max. 5 Wochen pro Jahr geschlossen

*Vereinbarkeitsindikator für Familie und Beruf. Dieser ist ein Instrument für die Bewertung von Kindergärten.



Das österreichische Bildungssystem benachteiligt Kinder aus niedrigeren sozialen Schichten.

Bildung in Niederösterreich

Das österreichische Bildungssystem ist weiterhin kaum in der Lage, soziale Herkunftseffekte zu kompensieren. Kinder aus Familien mit niedrigem Haushaltseinkommen oder aus einer niedrigeren sozialen Schicht maturaieren und studieren seltener als Kinder von begüterten Familien oder aus einer höheren sozialen Schicht. Das gilt auch für Niederösterreich. Es wird daher eine große Herausforderung der Schulpolitik der nächsten Jahre sein, für diese soziale Problematik rasch eine Lösung zu finden.

Bildungsabschlüsse kostenlos nachholen

Immerhin hat sich in der Erwachsenenbildung im Jahr 2011 etwas weiterbewegt. Es wurde das kostenlose Nachholen grundlegender Bildungsabschlüsse, wie etwa des Hauptschulabschlusses, beschlossen. Damit ist eine Verbesserung des bisher dürftigen Angebotes an Basisbildungs- und Hauptschulabschlusskursen in NÖ zu erwarten. Die Initiative wird 2012 wirksam.

Studieren und Arbeiten in Niederösterreich

In Niederösterreich bieten drei Fachhochschulen berufsbegleitende Fachhochschul-Studiengänge an: die Schulen in Krems, Wiener Neustadt sowie St. Pölten. Diese Angebote haben im Studienjahr 2011/12 über 1.900 Studierende berufsbegleitend in Anspruch genommen. Dabei wenden die Studierenden rund 60 Wochenstunden für Arbeit und Fachhochschule auf.

116 Betriebe weniger, die Lehrlinge ausbilden

Im Jahr 2011 haben sich 116 Unternehmen in Niederösterreich von der FacharbeiterInnen-ausbildung verabschiedet. Im Waldviertel allein 20. In ganz Niederösterreich erlernen 19.407 Jugendliche einen Lehrberuf. Diese Zahl ist im 10-Jahres-Vergleich im Most-, Wein- und Waldviertel stark rückläufig, im Zentralraum und im Industrieviertel jedoch steigend.

Schulkosten belasten die Budgets der Haushalte

Niederösterreichische Haushalte mit Schulkindern wenden pro Schuljahr im Schnitt 1.462 Euro für den Schulbesuch auf. Ärmere Familien haben hier kaum Möglichkeiten, bei den Kos-



Immer weniger Betriebe in Niederösterreich bilden Lehrlinge aus.

ten zu sparen. Dies hat Auswirkungen auf die Schulleistungen und Bildungsverläufe. So gibt jede zehnte Familie mit niedrigem Einkommen an, dass eines oder mehrere ihrer Kinder die Wunschausbildung aus finanziellen Gründen nicht absolvieren konnte.

Schulsituation: Im Waldviertel immer weniger SchülerInnen

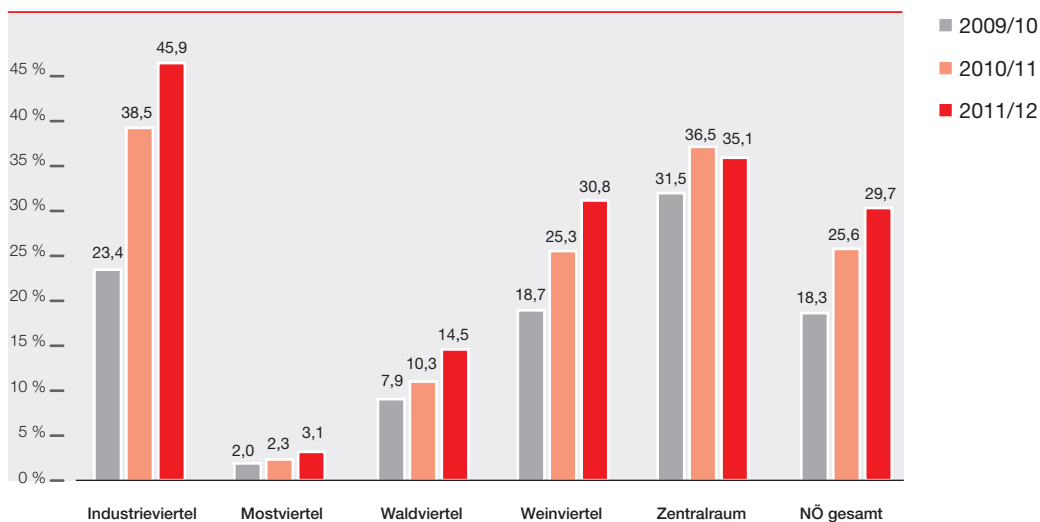
Im Waldviertel gab es mit Beginn des Schuljahres 2011/12 erstmals weniger als 10.000 PflichtschülerInnen. In nur fünf Jahren kam dem Waldviertel jede/-r 5. PflichtschülerIn abhanden. Bei den SchulanfängerInnen konnte das Industrieviertel im Fünfjahresvergleich mit einem Plus von 3,6 Prozent als einziger Landesteil zulegen. Mit einem Rückgang der SchülerInnenzahlen kämpfen auch die Hauptschulen und die polytechnischen Schulen. Die Ursache ist einerseits ein geburtenbedingter Rückgang der SchülerInnenzahlen und andererseits die zunehmende Konkurrenz der AHS-Unterstufen. Seit dem Schuljahr 2005/06 ist die Zahl der HauptschülerInnen in Niederösterreich um 17,5 Prozent und die der SchülerInnen in polytechnischen Schulen sogar um 24 Prozent zurückgegangen.

Dem Waldviertel gehen die SchülerInnen aus.

Deutliche Anstiege gibt es hingegen bei den Neuen Mittelschulen (NMS). Mit deren Ausbau hat sich die Zahl der SchülerInnen seit dem Schuljahr 2009/10 mit nunmehr 8.000 SchülerInnen vervierfacht. Außerdem ist die Anzahl der SchülerInnen in ganztägigen Schulen im gleichen Zeitraum von rund 3.800 auf 9.800 SchülerInnen gestiegen. Das mittlere und höhere Schulwesen in NÖ ist in seinen Angeboten und in der regionalen Verfügbarkeit von einer gewissen Heterogenität geprägt: Große Schulzentren wie St. Pölten, Wr. Neustadt, Mödling, Krems, Hollabrunn, Mistelbach und Baden verfügen über ein großes Angebot, andere Regionen sind jedoch unterversorgt.

Neue Mittelschulen (NMS) in NÖ

Anteil der NMS-SchülerInnen an 1. Klasse Hauptschule





Die AKNÖ-Leistungsbilanz

Steuerung über Wirkungsfelder

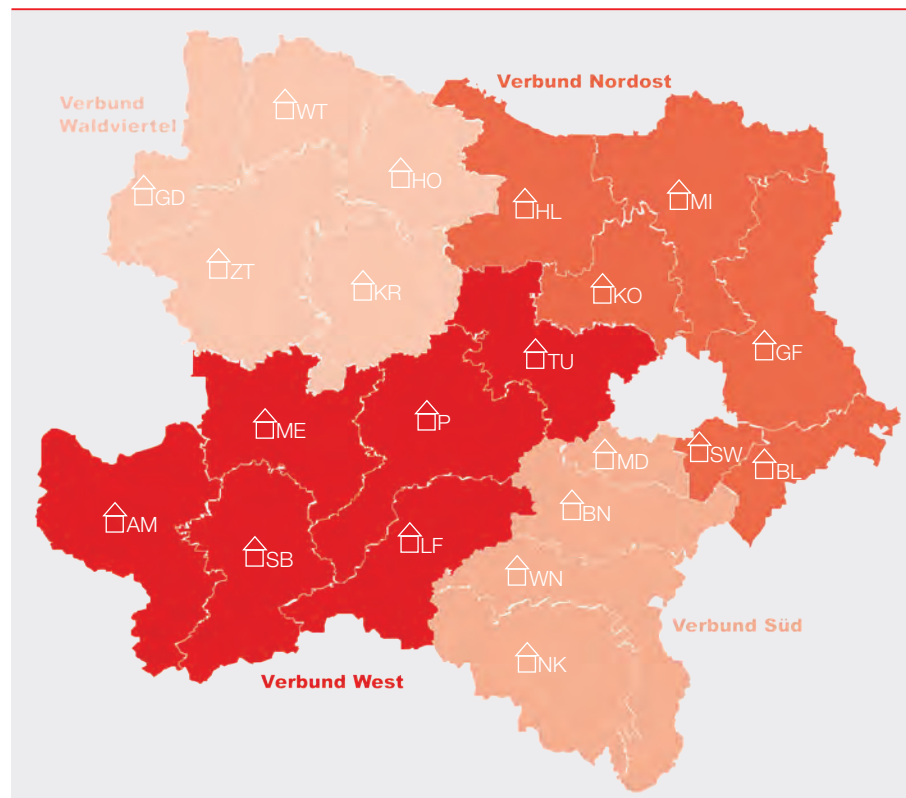
AKNÖ in den Regionen

	2011
ExpertInnen	116
Bezirksstellen	21
Servicestellen	2
Arbeitsbevölkerung	460.000

Dezentrale Organisation und wirkungsvolle Leistungen

Für die AKNÖ ist Mitgliedernähe nicht nur ein Schlagwort! Sie ist ein Kerngedanke unserer Arbeit. Deshalb werden unsere Leistungen, wie etwa Dienstleistungen, aber auch zu einem beträchtlichen Teil die Interessenvertretung dezentral erbracht. Dies ist deshalb möglich, weil die AKNÖ über eine Organisation mit 21 Bezirksstellen und zwei Servicestellen verfügt. Diese sind in vier Verbänden zusammengefasst, was eine effiziente Leistungserbringung sicherstellt. Damit können die AKNÖ-Fachleute den Beschäftigten in ganz Niederösterreich bei den großen und kleinen Sorgen am Arbeitsplatz helfen. Dafür sorgen insgesamt 394 MitarbeiterInnen in den Bezirks- und Servicestellen, der AKNÖ-Zentrale in Wien sowie dem Logistikzentrum in Vösendorf.

Regionale Präsenz der AKNÖ-Bezirksstellen



Ausrichtung nach Themenfeldern

Laut AK-Gesetz hat die Arbeiterkammer „die sozialen, wirtschaftlichen, beruflichen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu vertreten und zu fördern“. Um diesen Auftrag optimal zu erfüllen, organisiert die AKNÖ seit 2011 die Interessenvertretung sowie das komplette Leistungsangebot um eine Wirkungsfeldstruktur herum. Das heißt, die AKNÖ richtet ihre Arbeit für die Beschäftigten an verschiedenen Themenbereichen – Wirkungsfeldern – aus.

Steuerung über Wirkungsfelder

Arbeitsverhältnisse

Soziale Sicherheit

Bildung

Chancengleichheit

Kernbereich „Arbeitsverhältnisse“

Dieser Themenbereich umfasst die arbeitsrechtliche Beratung und den Rechtsschutz für alle ArbeitnehmerInnen in Niederösterreich, weiters Grundlagenarbeit der AK-ExpertInnen zur Absicherung und Weiterentwicklung des ArbeitnehmerInnenbegriffs. Aufklärungs- und Medienarbeit und interessenpolitische Arbeit sollen die Position der ArbeitnehmerInnen absichern und im politischen Prozess stärken. Hier verfügt die AKNÖ über die höchstentwickelte Expertise und kann die Interessen ihrer Mitglieder am effektivsten vertreten.

Arbeitsrechtliche Beratung und Rechtsschutz sind die Kernkompetenzen der AKNÖ.

Strategische Schlüsselbereiche

Weitere strategische Schlüsselbereiche der Tätigkeit der AKNÖ sind die Themenbereiche „soziale Sicherheit und Absicherung“, „Bildung“, „Chancen(un)gleichheit“, „betriebliche und überbetriebliche Interessenvertretung“, „KonsumentInnenschutz“ und „Wirtschaft“. Im Zentrum stehen dabei die Gestaltung eines zeitgemäßen Wohlfahrtsstaates mit einem modernen, durchlässigen Bildungssystem und mit gerechten Entlohnungssystemen und der Schutz der KonsumentInnen vor rechtswidrigen Geschäftspraktiken. Hier arbeitet die AKNÖ mit Partnern zusammen, um politische Prozesse zu gestalten und Entscheidungen mitzubestimmen.

Ergänzungsbereiche

Die Themen (Wirkungsfelder) „Gesundheit“, „Gesellschaft, Politik, öffentliche Leistungen“ sowie „Freizeit, Kultur, Sport“ runden das Arbeitsfeld der AKNÖ ab.

AK-Umlage sichert Unabhängigkeit und Stärke

Das AK-Gesetz sieht vor, dass jedes Mitglied jeden Monat 0,5 Prozent des Bruttoeinkommens bis zur Höchstbemessungsgrundlage in der Sozialversicherung an AK-Umlage zahlt. Die Finanzierung ausschließlich durch ihre Mitglieder garantiert Eigenständigkeit, Unabhängigkeit und Durchsetzungsfähigkeit der AKNÖ als Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen. Insgesamt hat die AKNÖ im Jahr 2011 rund 55,5 Millionen Euro an Umlagebeiträgen erhalten. Im Verhältnis zur Kammerumlage sprechen die Beträge, die für die Mitglieder gesichert wurden, eine deutliche Sprache. So konnten im Jahr 2011 für die Mitglieder im Arbeits- und Sozialrecht, im Lehrlingsschutz, im KonsumentInnenschutz und auch im Rahmen der AKNÖ-Steuerrückholaktion über 67 Millionen Euro auf direktem Weg erbracht werden. Vom mittleren niederösterreichischen Einkommen von 1.850 Euro brutto gerechnet, beträgt die AK-Umlage derzeit 5,87 Euro netto.



Jede/-r niederösterreichische Beschäftigte zahlt im Schnitt 5,87 Euro netto an AK-Umlage.

Leistungsbilanz in zehn Wirkungsfeldern

Die Leistungsbilanz der AKNÖ ist nach den oben genannten zehn Wirkungsfeldern aufgegliedert. Sie zeigt, welche Leistungen wir innerhalb der verschiedenen Themenbereiche für die ArbeitnehmerInnen erbracht haben. Dass unsere Bilanz nicht nur aus Zahlen, Daten und Fakten besteht, sondern aus vielen einzelnen Geschichten von ArbeitnehmerInnen und AKNÖ-Beschäftigten, zeigen die Kurzgeschichten, die am Anfang jedes Themenkapitels stehen. Sie dokumentieren den Arbeitsalltag der AKNÖ-Fachleute anhand von Fallbeispielen und Veranstaltungen des vergangenen Jahres.

Kein Lohn gezahlt: Die AKNÖ Wiener Neustadt hat geholfen!

Schwere Vorwürfe erhoben MitarbeiterInnen eines Wiener Neustädter Fitnessklubs gegen ihren Chef. Gehälter wurden nicht gezahlt. Die Hilfe kam von der AKNÖ.



**AK-Bezirksstellenleiter
Mag. Thomas Kaindl konnte den
betroffenen ArbeitnehmerInnen
helfen.**

Schönes Ambiente, moderne Fitnessgeräte und erfahrene TrainerInnen – so präsentierte sich ein Fitnessstudio in Wiener Neustadt. Doch ein Blick hinter die Kulissen ließ die Fassade schnell bröckeln. Nicht bezahlte Löhne und auch sexuelle Belästigung waren an der Tagesordnung.

Beschäftigte bekamen kein Gehalt. Obwohl die MitarbeiterInnen laufend neue Mitglieder fürs Fitnessstudio akquirierten, mussten sie oft mehrere Monate umsonst arbeiten und auf ihr Geld warten. „Einen Monat lang bekam ich zu wenig Geld. In einem anderen Monat kam wieder gar nichts aufs

Konto. Fragte ich nach, wurde ich vertröstet. Aber zwei Monate später war noch immer nichts vom Lohn zu sehen“, erklärte Natascha Wiesinger, eine ehemalige Mitarbeiterin des Studios. Sie war nicht die einzige. Fast alle MitarbeiterInnen hatten mit denselben Problemen zu kämpfen.

AK-Experte Kaindl setzte sich ein

Die betroffenen MitarbeiterInnen des Fitnessstudios meldeten sich bei der AKNÖ Wiener Neustadt. „In den vergangenen sechs Jahren gab es im Zusammenhang mit dem Fitnessstudio 20 Klagen durch unser Rechtsschutzbüro und 66 Beratungsgespräche in der Bezirksstelle“, so der AK-Bezirksstellenleiter Mag. Thomas Kaindl, der die Machenschaften im Studio bereits sehr gut kannte. Mit seinen Kolleginnen und Kollegen nahm Kaindl sich der Sache an und konnte für Frau Wiesinger und eine weitere Kollegin ausstehende Gehälter in Höhe von über 3.200 brutto sichern.

Insgesamt wurden in den vergangenen Jahren dank der Unterstützung für die Ex-MitarbeiterInnen des Fitnessklubs über 30.000 Euro an ausstehenden Gehältern gesichert. Doch nicht nur MitarbeiterInnen wurden schlecht behandelt, auch bei Lehrlingen gab es Probleme. 24 Lehrverhältnisse wurden begonnen, aber nur eines ging länger als drei Monate. Drei Gerichtsverfahren sind hier noch offen.

Rasche Hilfe für ArbeitnehmerInnen.

Für die NÖ Arbeiterkammer steht Mitgliedernähe an erster Stelle. Die MitarbeiterInnen der 23 Bezirks- und Servicestellen in ganz Niederösterreich stellen gemeinsam mit den Rechtsschutzbüros der AKNÖ sicher, dass die Mitglieder rasch und unbürokratisch zu ihrem Recht kommen. Insgesamt konnte die AKNÖ für die Beschäftigten im Jahr 2011 gerichtlich und außergerichtlich über 14 Millionen Euro sichern.

Mehr Infos im Internet unter: noe.arbeiterkammer.at/beratung



Arbeitsverhältnisse

Arbeitsverhältnisse – das Kerngeschäft der AKNÖ

Die Arbeitsverhältnisse der niederösterreichischen Beschäftigten sind das Kerngeschäft der NÖ Arbeiterkammer. In diesem zentralen Wirkungsfeld lag im Jahr 2011 der Schwerpunkt vor allem auf einer Verbesserung des Zugangs der Mitglieder zu den Beratungsleistungen der AKNÖ sowie auf der Verbesserung der Informationen für die Mitglieder auf der AKNÖ-Webseite. Durch das neue gemeinsame Wirkungsfeldmanagement der Abteilung Arbeits- und Sozialrecht und der für die 21 Bezirksstellen zuständigen Abteilung Regionale Aufgaben wurde eine qualitative und organisatorische Verbesserung in Beratung und Rechtsschutz erreicht.

Schwerpunkte 2011

Zahlreiche Studien zeigen, dass sich die Arbeitsbedingungen vor allem im Handel in den vergangenen Jahren nicht verbessert, sondern eher verschlechtert haben. So werden etwa die vereinbarten Arbeitszeiten bei Teilzeitkräften häufig nicht eingehalten und Überstundenleistungen nur teilweise bezahlt. Hier hat die AKNÖ neben der Beratung und Vertretung der Beschäftigten vor allem durch Medienarbeit auf die Probleme im Handel aufmerksam gemacht.

Ein zweites großes Problem, mit dem die AKNÖ im Jahr 2011 konfrontiert war, betraf die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. Hier lagen den Expertinnen und Experten der AKNÖ zahlreiche Fälle und Anfragen vor. Der Kern des Problems liegt hier darin, dass viele DienstnehmerInnen aufgefordert werden, ihren Dienstvertrag einvernehmlich aufzulösen. Das hat schwerwiegende Konsequenzen für die Allgemeinheit und für die Beschäftigten. Einerseits kommt die „öffentliche Hand“ zum Handkuss, da die Krankenkasse statt dem/der ArbeitgeberIn die Entgeltfortzahlung übernehmen muss. Andererseits hat dies für die Beschäftigten den Nachteil, dass das Krankengeld der Krankenkasse niedriger ist als das Entgelt, das der/die DienstgeberIn hätte leisten müssen. So verlagern viele Unternehmen die Kosten missbräuchlich auf die Krankenkassen.

Die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall war im Jahr 2011 ein arbeitsrechtliches Schwerpunktthema der AKNÖ.

Beratungs- und Vertretungsleistungen im Bereich Arbeitsverhältnisse

	Fälle 2011
Beratungen für ArbeitnehmerInnen	146.436
Vertretungen von ArbeitnehmerInnen bei Gerichten und Behörden	9.186
Interessenpolitische Vertretung (Gesetzesbegutachtungen)	21



**Die AKNÖ hat im Jahr 2011
146.436 Beratungen von Mitgliedern
durchgeführt.**

Bei den gesicherten Beträgen aus den außergerichtlichen Interventionen gab es eine Steigerung von 23 Prozent gegenüber 2010.

Leistungsbilanz im Wirkungsfeld Arbeitsverhältnisse

Bei der Beratung für ArbeitnehmerInnen im Bereich des Arbeitsrechts fällt im Jahr 2011 auf, dass es bei den gesicherten Beträgen aus den außergerichtlichen Interventionen bei den ArbeitgeberInnen eine Steigerung von rund 23 Prozent gegenüber dem Vorjahr gibt. Insgesamt wurden durch Interventionen rund 4,2 Millionen Euro gesichert. Das sind um rund 780.000 Euro mehr als noch im Vorjahr, das konjunkturbedingt etwas schwächer war.

Leider haben auch die Anzahl der Insolvenzen und der deswegen vertretenen ArbeitnehmerInnen zugenommen. Im Berichtsjahr 2011 wurden über 4.600 Mitglieder in Insolvenzfragen vertreten. Zum Vergleich: 2010 waren es knapp 4.000 ArbeitnehmerInnen. Gegenüber 2010 stieg somit die Anzahl der Insolvenzberatungen um rund 15 Prozent. Knapp 30,7 Millionen Euro an berechtigten Ansprüchen konnten so 2011 gesichert werden.

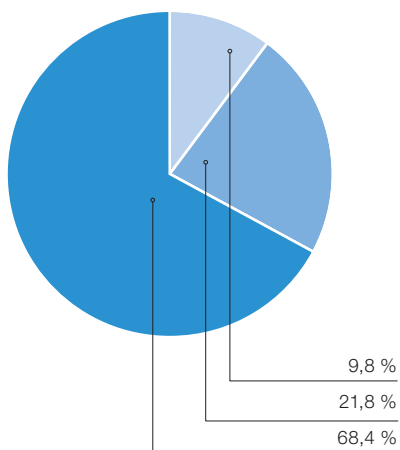
Für ArbeitnehmerInnen gesicherte Beträge im Bereich Arbeitsverhältnisse

	Betrag in Euro
Beratung im Arbeitsrecht (inkl. Lehrlings- und Jugendschutz)	4.420.293
Vertretung von ArbeitnehmerInnen vor Gericht	9.776.210
Vertretung von ArbeitnehmerInnen bei Insolvenzangelegenheiten	30.698.210

Insgesamt wurden über 14 Millionen Euro gerichtlich und außergerichtlich für unsere Mitglieder gesichert. Davon entfallen rund 9,8 Millionen Euro auf die Erfolge vor dem Arbeits- und Sozialgericht, der Rest auf Interventionen und Beratungen.

Die meisten Anfragen und Beratungsleistungen erfolgten in den der Gewerkschaft vida zugehörigen Branchen, gefolgt von den Branchen der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA-djp) sowie von den Gewerkschaften „ProGe“ und „BauHolz“. Die meisten Beratungsleistungen wurden für Beschäftigte erbracht, die maximal 6 Monate beschäftigt waren. Das betrifft etwa 37 Prozent aller Fälle. Im Lehrlingsbereich gab es rund 7.300 Beratungen.

Aufteilung gesicherte Beträge



- Insolvenzvertretungen
- Arbeitsrecht (vor Gericht)
- Arbeitsrecht (Beratung und Intervention)

Sieht man sich die Beratungen genauer an, fällt auf, dass sich die DienstnehmerInnen überwiegend erst dann an die AKNÖ wenden, wenn ihr Dienstverhältnis beendet ist. Dabei zeigt sich auch, dass DienstnehmerInnen aus Betrieben mit Betriebsrat nur in seltenen Fällen bei der NÖ Arbeiterkammer um Rat und Hilfe ansuchen. Das ist ein Indiz dafür, dass viele Probleme schon im Vorfeld mithilfe des Betriebsrats gelöst werden können.

Der typische Ratsuchende ist männlich und überwiegend zwischen 30 und 45 Jahre alt. Es zeigt sich auch, dass mehr als doppelt so viele Arbeiter als Angestellte die AKNÖ-Beratung aufsuchen.

Interessenvertretung

Der Zusammenhang zwischen Krankheit und Arbeit – das war im Jahr 2011 ein Schwerpunkt im Rahmen der interessenpolitischen Tätigkeiten der AKNÖ. Dabei wurden im arbeits- und sozialrechtlichen Ausschuss Umgehungsgeschäfte durch DienstgeberInnen bei einvernehmlichen Beendigungen sowie die Überwälzung der Krankheitsrisiken auf die Gebietskrankenkasse beleuchtet und detaillierte Forderungen ausgearbeitet. Auf bundespolitischer Ebene haben die Arbeiterkammern und Gewerkschaften bei der Planung und Erstellung des notwendigen Sparpakets wesentlichen Einfluss ausgeübt, um die Folgen für die ArbeitnehmerInnen abzufedern.

In Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften konnte die länderübergreifende Information im Zuge der „Ostöffnung“ verbessert und ausgebaut werden. So veranstaltete anlässlich der Arbeitsmarktöffnung am 1. Mai 2011 das grenzüberschreitende Projekt-Team von EURES-T-Pannonia einen Infotag für ungarische ArbeitnehmerInnen in der AK Wiener Neustadt. Auch konnte die Zusammenarbeit mit den Institutionen, die sich mit der Bekämpfung des Lohn- und Sozialdumpings (LSDBG) befassen, intensiviert werden.

Insgesamt wurden 21 Gesetze und Verordnungen von den AKNÖ-ExpertInnen begutachtet. Wesentliche Gesetzesbegutachtungen im Arbeitsrecht waren dabei die Änderungen im Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz, Kinderbetreuungsgeldgesetz, Gerichtsordnungsgesetz, Pensionskassengesetz und Gleichbehandlungsgesetz.

Ausblick für 2012

Für das Jahr 2012 steht im Bereich der Arbeitskräfteüberlassung die Umsetzung einer EU-Richtlinie durch ein neues Gesetz auf dem Programm. Neben der Begutachtung und der Stellungnahmen zum neuen Arbeitskräfteüberlassungsgesetz plant die AKNÖ, auch individuelle Probleme aufzuzeigen, die sich aus der Arbeitskräfteüberlassung ergeben.

Ein weiterer Schwerpunkt im Bereich der Arbeitsverhältnisse wird 2012 die Beratungs- und Rechtsschutzleistung im Bereich Antidiskriminierung sein. Hier wird die AKNÖ aktiv Fälle, wo DienstnehmerInnen aufgrund ihres Geschlechtes, ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder des Alters diskriminiert werden, sowohl gerichtlich als auch außergerichtlich aufgreifen. Im Rahmen einer gemeinsamen Schwerpunktsetzung mit den anderen Arbeiterkammern soll dieses Problem auch in Form einer Medienkampagne thematisiert werden.

2012 wird sich die AKNÖ mit den Auswirkungen des neuen Arbeitskräfteüberlassungsgesetzes beschäftigen.



Krankengeld gesichert!

Die Krankenkasse wollte einer Niederösterreicherin das Krankengeld nicht auszahlen. Dank AKNÖ wurde es dann doch ausbezahlt.



Mag. Karin Matzinger vom AKNÖ-Rechtsschutz konnte gemeinsam mit den KollegInnen des Referates Sozialpolitik einen Erfolg für Silvia K. verbuchen.

Eines vorweg: Die Durchsetzung von Recht ist oft ein harter und steiniger Weg. Doch gemeinsam mit der AKNÖ konnte Silvia K. ihr Recht wahren. Worum ging es? Silvia K. war Servierkraft in einer Kuranstalt. Aufgrund einer psychischen Erkrankung musste sie für mehr als zwei Jahre in den Krankenstand gehen. In dieser Zeit bezog sie auch mehr als ein Jahr Krankengeld von der Gebietskrankenkasse. Obwohl ihr die Ärzte bescheinigten, dass sie aufgrund ihrer psychischen Erkrankung weiterhin im Krankenstand bleiben sollte, ließ sie sich aber „gesundschreiben“.

Krankenkasse zahlte nicht

Einige Monate später erlitt sie einen Verkehrsunfall, bei dem sie schwer verletzt wurde. Frau K. beantragte wieder Krankengeld, da ja ein neuer Versicherungsfall eingetreten war. Die Krankenkasse weigerte sich aber, Krankengeld zu bezahlen.

AKNÖ zog erfolgreich vor Gericht

Silvia K. wandte sich an die AKNÖ, die sofort bei der Krankenkasse nachfragte. Doch diese behauptete, die Bedingungen für eine neuerliche Auszahlung des Krankengelds wären nicht gegeben. Laut Krankenkasse hätte es zwischen den Bezügen des Krankengelds keine mindestens 13-wöchige pflichtversicherte Tätigkeit gegeben. Die Krankenkasse vertrat zudem den Standpunkt, dass Frau K. in dieser Zeit auch nicht arbeitsfähig gewesen wäre. „Das haben wir anders gesehen und bei der Krankenkasse interveniert“, erklärt die Expertin Mag. Karin Matzinger vom AKNÖ-Rechtsschutz. Da sich die Krankenkasse auch nach einer Intervention weigerte, das Geld auszubezahlen, ging die AKNÖ für Frau K. in letzter Konsequenz vor das Arbeits- und Sozialgericht. Vor dem Gericht konnte durch Sachverständige festgestellt werden, dass Frau K. tatsächlich in der Zeit zwischen den beiden Krankenständen arbeitsfähig war. „Der Fall zeigt auch, wie wichtig es ist, seine Rechte zu kennen und sich an die SozialrechtsexpertInnen der AKNÖ zu wenden. Wir haben zwei Jahre prozessiert und mussten sogar mit dem Fall bis zum Oberlandesgericht gehen, um die Ansprüche für unser Mitglied durchzusetzen“, so die AKNÖ-Expertin.

Happy End

Frau Silvia K. erhielt nach Abschluss des Verfahrens im Jänner 2012 endlich das Krankengeld für den Zeitraum von zehn Monaten auf ihr Konto überwiesen.



Hilfe in schwierigen Lebenslagen

Die AKNÖ-ExpertInnen helfen Mitgliedern in schwierigen Lebenslagen: abgelehnte Pensionsanträge, Fragen der Arbeitslosenversicherung und zum Krankengeld gehören zum Arbeitsalltag. Oft stößt dabei die Beratung an ihre Grenzen. Es ist dann notwendig, das Recht vor Gericht durchzusetzen. 2011 musste die AKNÖ über 1.000 Mitglieder vor dem Arbeits- und Sozialgericht vertreten, um Ansprüche einzufordern und die Rechte der Mitglieder durchzusetzen.

Soziale Sicherheit und Absicherung

Schwerpunkte

Ausbau und Qualitätssicherung der Beratung im Sozialrecht in den Bezirksstellen – das wurde im Jahr 2011 zum Schwerpunkt erklärt. Die Umsetzung erfolgte flächendeckend in allen 21 Bezirksstellen. An insgesamt 59 Tagen haben 13 Expertinnen und Experten aus der Abteilung Arbeits- und Sozialrecht die Kolleginnen und Kollegen in den Bezirksstellen unterstützt.

In Zeiten ständiger Veränderungen im österreichischen Sozialrecht ist die Aktualität der Informationen, welche die Mitglieder von den Fachleuten der Arbeiterkammer erhalten, zunehmend wichtiger geworden. Die Mitglieder erwarten immer öfter eine umfassende sozialrechtliche Beratung in den Bezirksstellen. Die inhaltlichen Schwerpunkte des Coachings der AKNÖ-BeraterInnen in den Bezirksstellen waren dabei neben dem Pensionsrecht auch speziell das Arbeitslosenversicherungsrecht und die Mindestsicherung. Ziel der Coachings ist es, eine gleichwertige arbeits- und sozialrechtliche Beratung vor Ort für alle Mitglieder sicherzustellen.

Dienstleistungen

Aufgrund der Schwerpunktsetzung auf die sozialrechtliche Beratung konnte die Anzahl der Erstkontakte im Sozialrecht im Jahr 2011 auf 7.868 gesteigert werden. Das sind um 1.260 Beratungen mehr als noch im Jahr 2010. Die Anzahl der Rechtschutzanträge ist mit 1.056 über die Jahre konstant geblieben. Vor dem Arbeits- und Sozialgericht wurden im Rahmen des Rechtsschutzes im Jahr 2011 insgesamt 1.067 Personen von der AKNÖ vertreten.

Die AKNÖ konnte im Bereich des Sozialrechts mehr als 9,6 Millionen Euro für die ArbeitnehmerInnen sichern. Im Vergleich zum Jahr 2010 wurden dabei um rund 2,4 Millionen Euro weniger Ansprüche der Mitglieder gesichert, was einem Minus von rund 20 Prozent entspricht.

Beratungs- und Vertretungsleistungen im Bereich soziale Sicherheit und Absicherung

	Fälle 2011
Beratung von ArbeitnehmerInnen	33.245
Vertretung von ArbeitnehmerInnen bei Gerichten und Behörden	2.123
Interessenpolitische Vertretung (Gesetzesbegutachtungen)	19

Die AKNÖ hat 2011 mit dem Ausbau der Sozialrechtsberatung in ihren 21 Bezirksstellen begonnen.



2011 wurden vor Gericht 1.067 Personen vertreten. Dabei wurde eine Summe von 9,6 Millionen Euro gesichert.

Häufige Anfragen in der Beratung betrafen den Vorrang der Rehabilitation vor der Zuerkennung einer Pension und dem Rechtsanspruch auf Rehabilitation. Durch gleichlautende Antragsmuster, die auch mit der AK Wien akkordiert wurden, konnten Verschlechterungen wie zum Beispiel bei der Anrechnung der Ausübungsersatzzeiten in der Landwirtschaft für die „Hacklerregelung“ sehr effizient bearbeitet werden.

Interessenvertretung

Im Vordergrund der interessenpolitischen Aktivitäten im Bereich der sozialen Sicherheit und Absicherung stand in der ersten Jahreshälfte die Evaluierung des mit 1. September 2010 in Kraft getretenen niederösterreichischen Mindestsicherungsgesetzes. Im Zuge der praktischen Umsetzung des Gesetzes wurde rasch erkannt, dass für die BezieherInnen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung kein Anspruch auf Heizkostenzuschuss mehr gegeben war. Aufgrund der Intervention der NÖ Arbeiterkammer wurde diese Forderung vom Land Niederösterreich aufgegriffen. Ab dem Jahr 2012 steht nun allen BezieherInnen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung auch der Heizkostenzuschuss zu.

Ein weiterer Schwerpunkt der interessenpolitischen Arbeit betraf die Pensionsänderungen des Jahres 2011. Dabei wurde festgestellt, dass der gewünschte Vorrang der Rehabilitation vor Invaliditätspension noch nicht die erwarteten Auswirkungen zeigte. In der Folge wurde im Herbst 2011 im Sozialpartnerpapier von Bad Ischl ein Konzept zum Ausbau der Gesundheitsförderung vorgelegt, das die Inanspruchnahme von Invaliditätspensionen langfristig zurückdrängen soll. Unmittelbar im Anschluss daran entwickelte sich die politische Vorfelddiskussion zum Sparpaket 2012.

Die SozialrechtsexpertInnen der NÖ Arbeiterkammer haben darüber hinaus im Jahr 2011 das „Sozialstatistische Handbuch für Niederösterreich“ erstellt. Nicht immer, aber sehr oft sind es Zahlen, welche die persönliche Situation der Menschen beschreiben. Mit diesem neuen Nachschlagewerk wird die soziale Lage der Menschen in Niederösterreich erfassbar gemacht. Das Handbuch deckt dabei alle wichtigen Themenbereiche zur sozialen Lage der NiederösterreicherInnen ab: Einkommen, Gesundheit, Beruf, Familie, Armut und auch Bildung. Somit sind praktisch alle relevanten Daten zur sozialen Situation in NÖ übersichtlich enthalten. Daraus können rasch soziale Schwachstellen festgestellt und politischer Handlungsbedarf erkannt werden. Dieses Handbuch stellt eine umfassende Datensammlung dar, die von zahlreichen Institutionen und politischen EntscheidungsträgerInnen verwendet wird.



Das sozialstatistische Handbuch deckt alle wichtigen Themenbereiche zur sozialen Lage der NiederösterreicherInnen ab.



Aufgrund einer Intervention der NÖ Arbeiterkammer steht ab dem Jahr 2012 allen BezieherInnen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung der Heizkostenzuschuss zu.

Für Menschen mit Behinderung wurde im April 2011 in St. Pölten die Veranstaltung „Integration – Isolation“ organisiert. Seit 1. Jänner 2011 gelten neue gesetzliche Bestimmungen für den Kündigungsschutz bei begünstigten Behinderten. Der Kündigungsschutz setzt bei neu begründeten Dienstverhältnissen im Regelfall erst ab dem 5. Jahr eines Dienstverhältnisses ein. Gleichzeitig wurde die Ausgleichstaxe für Betriebe ab 100 DienstnehmerInnen, die ihrer Einstellungspflicht nicht nachkommen, nicht nur angepasst, sondern angehoben. Über 70 % der Betriebe kommen ihrer Einstellungspflicht nicht nach. Über 28 % der arbeitsfähigen und arbeitswilligen begünstigten Behinderten sind erwerbslos. Im Rahmen der Veranstaltung ging man der Frage nach: „Was bringt der neue Kündigungsschutz für die Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderung?“ Dabei wurden gemeinsam mit VertreterInnen aller wichtigen Behindertenorganisationen die massiven Änderungen im Behinderteneinstellungsgesetz diskutiert und Problemstellungen aufgezeigt. Die Teilnahme von VertreterInnen aller wichtigen Behindertenorganisationen hat zudem die Bedeutung der Veranstaltung unterstrichen und gezeigt, welchen Informations- und Abstimmungsbedarf es noch gibt.

Die Situation von Menschen mit Behinderung wurde gemeinsam mit Betroffenen im Rahmen der Veranstaltung „Integration – Isolation“ diskutiert.

Die Sozialrechtsexpertinnen und -experten der AKNÖ haben im Jahr 2011 insgesamt 19 Gesetzesbegutachtungen durchgeführt. So wurden speziell die Änderungen zum Kinderbetreuungsgeldgesetz, zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, zum NÖ Sozialhilfegesetz sowie zum NÖ Pflegegeldgesetz einer genaueren Analyse unterzogen und Stellungnahmen im Interesse der niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen abgegeben.

Ausblick für 2012

Für das kommende Jahr 2012 stehen im Bereich soziale Sicherheit und Absicherung mehrere Themenschwerpunkte am Programm. So wird der im Jahr 2011 begonnene Ausbau der sozialrechtlichen Beratung in den 21 Bezirksstellen der NÖ Arbeiterkammer weiter fortgeführt.

Einen zweiten wesentlichen Arbeitsschwerpunkt für 2012 wird das Thema „aktives Altern“ darstellen. Hier ist neben einer verstärkten Pressearbeit auch die Durchführung einer Podiumsdiskussion vorgesehen, um Aufmerksamkeit für dieses Thema zu schaffen.

Darüber hinaus wird es Begutachtungen und Stellungnahmen zu geplanten gesetzlichen Änderungen rund um die Thematik der Gesundheitsvorsorge statt Invalidisierung sowie rund um die Umsetzung der Pensionsreform 2012 geben.



Aktives Altern wird ein Schwerpunktthema der AKNÖ-Sozialrechtsexpertinnen im Jahr 2012 sein.

Gute Beratung ist gefragt

Die erste AKNÖ-Messe für Erwachsenenbildung fand am 6. Oktober 2011 in St. Pölten statt. Bei der Veranstaltung besonders gefragt waren die AKNÖ-Bewerbungscoachs.



Doppelolympiasiegerin Michaela Dorfmeister gab am ersten „Tag der Weiterbildung“ Motivations- und Durchhaltetipps.

Reger Andrang herrschte beim ersten „Tag der Weiterbildung“ in der AKNÖ-Bezirksstelle in St. Pölten. Über 400 NiederösterreicherInnen waren gekommen und nutzten die erste Messe für Erwachsenenbildung, um sich bei den 20 AusstellerInnen aus dem Bereich der Erwachsenenbildung zu informieren. „Unser Ziel war es, den NiederösterreicherInnen einen Überblick über die Vielfalt an Bildungsangeboten zu ermöglichen. Das große Publikumsinteresse zeigt uns, dass wir damit einen Informationsbedarf gestillt haben“, so AKNÖ-Präsident Hermann Haneder.

Bewerbungscoachs proben Vorstellungsgespräche

Die Veranstaltung bot nicht nur eine Übersicht über Kursangebote, die ExpertInnen informierten unter anderem auch über Förderungsangebote, Bildungskarenz oder

Ausbildungen im Gesundheitsbereich. Besonders gefragt waren die AKNÖ-Bewerbungscoachs. Sie probten mit den BesucherInnen den passenden Auftritt für ein Vorstellungsgespräch und wiesen auf mögliche Fallen hin.

Profitipps von Michaela Dorfmeister

Höhepunkt der Messe war der Auftritt der Ex-Skirennfahrerin und Doppelolympiasiegerin Michaela Dorfmeister. Sie informierte die weiterbildungsinteressierten BesucherInnen über ihre Motivationsstrategien auf dem Weg zum Erfolg. „Wichtig ist grundsätzlich eine positive Lebenseinstellung und die eigenen Ziele im Kopf zu visualisieren“, lautet das Credo der erfolgreichen Sportlerin.

AKNÖ ist Mitglied des Netzwerks Bildungsberatung

Die Veranstaltung fand in Kooperation mit dem Netzwerk für Bildungsberatung in Niederösterreich statt. Die Niederösterreichische Arbeiterkammer wird als Mitglied dieses Netzwerks auch in Zukunft Erwachsenenbildungsmessen abhalten, damit so viele Menschen wie möglich über regionale Bildungsangebote informiert werden können. „Der Erfolg gibt uns recht. Es ist wichtig, die Bevölkerung zu informieren, denn die Anforderungen an die ArbeitnehmerInnen ändern sich immer schneller. Deshalb unternimmt die AKNÖ alles, damit die Chancen am Arbeitsmarkt für alle Berufstätigen laufend verbessert werden“, so das Resümee von AKNÖ-Direktor Helmut Guth.



Hilfe im Weiterbildungsdschungel

Das große Angebot an Bildungsmaßnahmen erschwert vielen Weiterbildungsinteressierten die Orientierung. Deshalb helfen die ExpertInnen der AKNÖ den Mitgliedern bei der Wahl der für sie richtigen Weiterbildung. Alleine mittels der Telefonhotline der AKNÖ-Bildungsberatung wurden 2011 über 2.500 Personen beraten. Und für 2012 sind weitere „Tage der Weiterbildung“ in den Regionen Niederösterreichs geplant.

Bildung

38 | 39

Schwerpunkte

Bildungsberatung und Berufsorientierung waren im Jahr 2011 die Arbeitsschwerpunkte der AKNÖ im Bildungsbereich. So wurde die AKNÖ mit ihrer Bildungsberatung im Juni 2011 Teil des ESF- und BMUKK-geförderten Projektes „Bildungsberatung Österreich – Netzwerk Niederösterreich“. Gemeinsam mit dem Forum Erwachsenenbildung NÖ und dem Jugendservice Ybbstal wird im Netzwerk beraten. Die AKNÖ ist für die telefonische und schriftliche Beratung, die muttersprachliche Beratung und die Organisation der Erwachsenenbildungsmessen in den Regionen, die „Tage der Weiterbildung“, verantwortlich. Schwerpunkte im Bereich der Berufsorientierung bildeten vor allem die Jugendmesse „Zukunft.Arbeit.Leben.“ mit rund 4.800 BesucherInnen, der Pilotversuch Potenzialanalyse für SchülerInnen der 3. Klasse Hauptschule, Bewerbungstrainings für SchülerInnen und Fortbildungen für BerufsorientierungslehrerInnen.

Dienstleistungen

Mit der neu gegründeten „Kompetenzakademie“ (KOMPAK) wurde das Aus- und Weiterbildungsangebot für ArbeitnehmervertreterInnen erweitert. Es handelt sich dabei um die erste zertifizierte Ausbildungsform für BetriebsrätInnen.

Im Rahmen der Schulbetreuungsoffensive wurden erstmals politisch-ökonomische Planspiele für Schulklassen angeboten. 30 Klassen aus weiterführenden Schulen nahmen daran teil. Damit bietet die AKNÖ den Schulen neben den bewährten Bewerbungstrainings ein weiteres Angebot, um die Jugendlichen auf das Arbeitsleben vorzubereiten.

Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Bereich Bildung

	Anzahl
Beratungen	4.332
Beihilfen, Förderungen, Zuschüsse, Stipendien, Bildungsbonus	5.304
Bewerbungstrainings, Planspiele, ReferentInnendienst, Schulbetreuung	19.700
Jugendmesse „Zukunft.Arbeit.Leben.“	4.792
Mitwirkung bei Lehrabschlussprüfungen	8.423
Sonstige Veranstaltungen	160
Gesetzesbegutachtungen	34

Die AKNÖ wurde im Sommer 2011 Teil des Projekts „Bildungsberatung Österreich – Netzwerk Niederösterreich“

Die AKNÖ startete im Jahr 2011 eine Schulbetreuungsoffensive.

Rund 4.800 Jugendliche besuchten 2011 die Jugendmesse „Zukunft. Arbeit.Leben.“ und informierten sich über Weiterbildungsmöglichkeiten nach der Pflichtschule.



Die Bildungsberatung bildet weiterhin eine wichtige Kernaufgabe der AKNÖ. Dabei wurden im Jahr 2011 in Summe über 4.300 Personen telefonisch, persönlich oder auch schriftlich informiert.

Mit Förderungen und Beihilfen der AKNÖ wurden im Berichtsjahr mehr als 5.300 Personen unterstützt – davon alleine 4.000 Personen mit dem AKNÖ-Bildungsbonus. Insgesamt wurden dafür etwa 700.000 Euro an Förderungen für die Mitglieder bereitgestellt.

Über 800 ArbeitnehmervertreterInnen wurden außerdem im Rahmen diverser Ausbildungen, wie etwa der AKNÖ-BetriebsrätInnenakademie (BRAK), der Gewerkschaftsschulen oder auch im Rahmen der insgesamt 38 Kurse zur Betriebsrätefortbildung unterstützt.

Direkte Unterstützungsleistungen im Bereich Bildung

	Betrag in Euro
AKNÖ-Bildungsbonus	394.756
Stipendien, 2. Bildungsweg	136.945
Kursbeihilfen (Hesoun-Fonds)	14.041
Lehrausbildungsbeihilfen	110.880
Zuschuss zur Berufsreifeprüfung	48.000

Interessenvertretung

Eine wesentliche Aufgabe der AKNÖ im Jahr 2011 war es, die Mitglieder über Reformen im Bildungsbereich zu informieren und sie für das Bildungsvolksbegehren zu mobilisieren, das die NÖ Arbeiterkammer unterstützte. Unter dem Titel „Treffpunkt Bildung“ wurde im Herbst 2011 eine Informationsoffensive gestartet und Bildungseinrichtungen im Bundesland besucht. In Zusammenarbeit mit dem NÖ Landesverband der Elternvereine wurden bei einer Podiumsdiskussion aus der Reihe „Baustelle Bildung“ Möglichkeiten einer Bildungsreform diskutiert.

Im Zuge der Novelle zum Berufsausbildungsgesetz 2011 richtete die AKNÖ ihre Bemühungen auf die Umsetzung des leichteren Zugangs zur ausnahmsweisen Zulassung zur Lehrabschlussprüfung sowie auf die Änderungen der Förderrichtlinie hinsichtlich der Qualitätssicherung in der Ausbildung.

Die AKNÖ unterstützte 2011 das Bildungsvolksbegehren.



Die Beratungen bei Messen und im Rahmen von Veranstaltungen gehören zu den wichtigsten Aufgaben der AKNÖ im Bereich der Bildung und Weiterbildung.

Im Schuljahr 2010/11 führte die AKNÖ ein österreichweit einmaliges Projekt zur Erhebung von schulbedingten Kosten für Familien, eine Nachhilfestudie sowie eine Studie zur Situation berufsbegleitend Fachhochschul-Studierender in Niederösterreich durch.

Eine für die AKNÖ immer wichtigere, weil wachsende Zielgruppe sind jene Jugendlichen, die nach Abschluss der Pflichtschule keine weiterführende schulische oder duale Ausbildung beginnen und auch nicht in den Arbeitsmarkt eintreten. Von der AKNÖ geforderte Projekte, wie Jugendcoaching, Produktionsschulen und Berufsvorbereitungskurse, schaffen hier Abhilfe und ermöglichen es, auch dieser Zielgruppe eine Ausbildungs- und Berufsperspektive zu eröffnen.

Einen Erfolg konnte die AKNÖ beim Thema „kostenloses Nachholen von Bildungsabschlüssen“ erreichen: Basisbildungsangebote und das Nachholen von Hauptschulabschlüssen sind künftig kostenlos möglich. Allerdings gibt es noch Defizite bei der erwachsenengerechten Gestaltung der Hauptschulabschluss-Vorbereitungskurse.

Im Bereich der Integration forderte die AKNÖ eine leichtere und vor allem schnellere und kostengünstigere Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen, um dem überdurchschnittlich hohen Anteil von dequalifiziert beschäftigten ZuwanderInnen entgegenzuwirken.

Daneben haben die Bildungsexpertinnen und -experten der AKNÖ im Jahr 2011 insgesamt 34 Gesetze sowie Verordnungen begutachtet.

Ausblick für 2012

Im Jahr 2012 wird die Initiative zum kostenlosen Nachholen von Bildungsabschlüssen fortgesetzt. Ziel ist die Umsetzung des Erwerbs der kostenlosen Berufsreifeprüfung. Im Dienstleistungsbereich strebt die AKNÖ den weiteren Ausbau der „muttersprachlichen Berufs- und Bildungsberatung“ an. Das Beihilfenwesen wird bis Herbst 2012 auf ein neues Modell umgestellt. Die Angebote im Bereich Schulbetreuung und Lehrerfortbildung werden weiter ausgebaut. Im Bereich der Lehre ist es ein vordringliches Ziel der AKNÖ, dass das Auffangnetz für Jugendliche, die keinen Lehrplatz in der Wirtschaft finden, weiterhin dicht gespannt bleibt. Die AKNÖ sieht Bildung als ein wichtiges und dauerhaftes Element der Integration von ZuwanderInnen.

Einen Erfolg verbuchte die AKNÖ beim Thema kostenloses Nachholen von Bildungsabschlüssen: Basisbildungsangebote und das Nachholen von Hauptschulabschlüssen sind künftig kostenlos möglich.

Im Rahmen der Podiumsdiskussion „Baustelle Bildung“ wurde gemeinsam mit ElternvertreterInnen und BildungsexpertInnen über Möglichkeiten einer Bildungsreform diskutiert.



Vielfalt und Netzwerke

Erfahrungsaustausch und Herausforderungen für Frauen mit Migrationshintergrund. Das waren die Schwerpunkte der beiden AKNÖ-Veranstaltungen „Frauen-Leben-Vielfalt“ und „Netzwerke stärken Frauen“.



Zur Veranstaltungsreihe „Frauen-Leben-Vielfalt“ kamen sehr viele Frauen mit Migrationshintergrund. Hier zwei Besucherinnen mit Christa Bogath (r.), der Leiterin der AKNÖ-Abteilung Frauenpolitik.

Es ist ein schwieriges Feld, das die frauenpolitische Abteilung der AKNÖ gemeinsam mit den Frauen des ÖGB Niederösterreich im Rahmen der Veranstaltungsreihen „Frauen-Leben-Vielfalt“ und „Netzwerke stärken Frauen“ 2011 beackert haben. Dennoch: Das Interesse war vor allem von Frauen sehr groß. „Zu den Veranstaltungen sind insgesamt 500 Besucherinnen gekommen“, fasste Christa Bogath, Leiterin der AKNÖ-Abteilung Frauenpolitik zusammen. Zurückgeführt wird das auf zwei Faktoren: „Wir waren regional sehr präsent und haben mit den acht

Veranstaltungen alle Landesviertel erreicht. Sozusagen von Hollabrunn bis Wiener Neustadt und von Ybbs bis Schwarzenau.“ Und bei allen Veranstaltungen saßen Betroffene am Podium: „Damit haben wir unsere Zielgruppen erreicht“, erklärt Bogath. „Auffällig war, dass besonders die Reihe ‚Frauen-Leben-Vielfalt‘, zu 75 Prozent von Migrantinnen besucht wurde.“ Aus ihrer Sicht haben vor allem bei dieser Veranstaltung nicht nur die Besucherinnen profitiert: „Die vielen Gespräche haben auch uns Interessenvertreterinnen einen besseren Einblick gegeben, wie die Betroffenen ihren Alltag erleben.“ Diese Kenntnisse wird sie in der alltäglichen Arbeit umsetzen, sagt Bogath.

Schlüssel zur Integration: Sprache und Bildung

„Für Frauen mit Migrationshintergrund stellt meist schon der Berufseinstieg eine kaum überwindbare Hürde dar. Unzureichende Sprachkenntnisse, Nichtanerkennung von im Ursprungsland erworbenen Ausbildungen und Isolation zählen zu den am häufigsten genannten Problemen“, so Bogath. Sprachkenntnisse und Bildung sind laut Bogath die beiden Schlüssel zum Berufseinstieg. Der Erwerb von Bildung setzt Deutschkenntnisse voraus. Beides bildet die Grundlage für erfolgreiche Integration, auch auf dem Arbeitsmarkt. Wer sich erfolgreich verständigen und mitteilen kann, dem fällt der Einstieg in die Arbeitswelt leichter.

Migrantinnen sind doppelt benachteiligt

Die Erfahrungen der frauenpolitischen Arbeit zeigen, dass Migrantinnen in der Arbeitswelt doppelt benachteiligt sind, da z. B. ihre Bildungsschlüsse, die sie im Ausland erworben haben, in Österreich nicht anerkannt werden. Die Ergebnisse der AKNÖ-Veranstaltungsreihe „Frauen-Leben-Vielfalt“, die es seit 2011 niederösterreichweit gibt, bestätigen dies. Das Ziel der AKNÖ ist es, allen berufstätigen Frauen die Unterstützung zu bieten, die sie in ihrer speziellen Situation benötigen.

Chancengleichheit

Schwerpunkte

Die zwei Veranstaltungsreihen „Frauen-Leben-Vielfalt“ und „Netzwerke stärken Frauen“ bildeten 2011 den Schwerpunkt der Arbeit im Bereich der Chancengleichheit. Ziel beider Veranstaltungsreihen ist es, Frauen zu helfen, selbstbewusster aufzutreten und Frauennetzwerke aufzubauen und zu benutzen. Die acht Veranstaltungen wurden von 500 Personen besucht.

Dienstleistung

Bei den verschiedensten AKNÖ-Veranstaltungen, Messen sowie bei den Frauen-Gesundheitstagen war die AKNÖ mit frauenspezifischen Info- und Beratungsständen vertreten. Das Beratungs- und Informationsangebot der AKNÖ in Sachen Gleichbehandlung und Chancengleichheit wurde von den BesucherInnen der Veranstaltungen sehr gut angenommen. Dabei haben die AKNÖ-ExpertInnen mit 16 Referaten über 1.400 Personen erreicht.

Interessenvertretung

Im Bereich der Gleichstellung haben die AKNÖ-ExpertInnen 2011 insgesamt sechs Gesetze begutachtet und ihre Stellungnahmen dazu abgegeben. So wurden zum Beispiel das Gleichbehandlungsgesetz, die Änderung des Paragraphen 15a B-VG im Hinblick auf die kostenlose Kinderbetreuung sowie die Novelle des Kinderbetreuungsgeldgesetzes (KBGG) kommentiert.

Ausblick für 2012

Gleichbehandlung und Chancengleichheit insbesondere für berufstätige Frauen und Migrantinnen, Wiedereinsteigerinnen und Alleinerzieherinnen werden auch im kommenden Jahr Schwerpunkte der Arbeit der AKNÖ im Bereich der Chancengleichheit bilden. Hier wird es im Jahr 2012 Vorträge und Workshops zum Thema Gleichbehandlung geben. In diesem Zusammenhang wird ein neues Konzept für die Veranstaltungsreihen „Frauen-Leben-Vielfalt“ und „Netzwerke stärken Frauen“ erarbeitet. Als Schwerpunktthema für das 10-Jahres-Jubiläum der Frauengesundheitsenquete „Gesundheit für Sie“, am 9. und 10. November 2012, wurde „Gender Medicine“ gewählt.

Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Bereich Chancengleichheit

	Anzahl
TeilnehmerInnen bei Aktionen im Genderbereich (8 Veranstaltungen)	497
TeilnehmerInnen bei Direktaktionen (bei 5 Veranstaltungen)	1.310
TeilnehmerInnen bei Vorträgen (16 Referate bei externen Veranstaltungen)	1.402



Ausreichende Kinderbetreuungsangebote sind eine wichtige Voraussetzung für die Gleichstellung von Frau und Mann. Dafür setzt sich die AKNÖ ein.

Gesunder Rücken am Bau

Die AKNÖ hat im Rahmen eines Projekts mit dem AMZ Mödling die Rückengesundheit bei Beschäftigten im Baugewerbe untersucht. Das Ziel: Fehlhaltungen früh erkennen.



Fehlhaltungen am Bau sind häufig. Modernste Untersuchungsmethoden sollen helfen, diese frühzeitig zu erkennen, um rechtzeitig Maßnahmen dagegen ergreifen zu können.

Zementsäcke heben, Scheibtruhe schieben, Sand in die Mischmaschine schaufeln – das Arbeiten auf einer Baustelle belastet den menschlichen Körper sehr stark und führt auch zu gesundheitlichen Problemen bei den Beschäftigten. „Gerade bei körperlich intensiven Tätigkeiten ist es wichtig, Fehlhaltungen früh zu erkennen und rechtzeitig Maßnahmen dagegen zu ergreifen“, weiß AKNÖ-Experte Gustav Lenzki, Leiter der Abteilung Betriebsbetreuung und Jugendprojekte. Deshalb hat die AKNÖ im Herbst 2011 gemeinsam mit dem Arbeits- und sozialmedizinischen Zentrum (AMZ) Mödling erhoben,

wie sich die Arbeiten auf der Baustelle, aber auch im Büro auf den Rücken auswirken.

Individuelle Beratung

Ein wichtiger Bestandteil des Projekts war – neben der Rückenvermessung – das persönliche Beratungsgespräch. „Wir konnten im Gespräch nicht nur allgemeine Tipps und Infos für die Erhaltung und Verbesserung der Rückengesundheit geben, sondern auch auf individuelle Probleme und Verbesserungsmöglichkeiten eingehen“, erklärt Lenzki. Ein Gespräch von rund 20 Minuten pro Person reichte dabei aus, um den BauarbeiterInnen und BüromitarbeiterInnen zielgerichtete Bewegungs- und Haltungsratschläge zu geben.

369 Personen untersucht

„Wir haben in einem Zeitraum von zwei Monaten 369 Personen, 46 Frauen und 323 Männer, untersucht. Zwei Drittel der untersuchten Personen waren BauarbeiterInnen und ein Drittel BüromitarbeiterInnen“, so Lenzki über die Untersuchung, die von den teilnehmenden ArbeitnehmerInnen positiv aufgenommen wurde. Interessantes Detail: Weniger Personen als gedacht litten an tatsächlichen Fehlhaltungen, während eine wesentlich höhere Zahl der Personen zur Entwicklung einer Fehlhaltung neigte. Durchschnittlich liegen die reversiblen Hal-tungsfehler um etwa 5 bis 7 Prozent über den bereits verfestigten Fehlhaltungen.

Formetric - moderne 3-D-Rückenanalyse

- Die oben geschilderte Untersuchung wurde mittels des modernen 3-D-Analysesystems Formetric durchgeführt.
- Dieses System ermöglicht die schnelle, berührungslose, strahlenfreie großflächige optische Vermessung des menschlichen Rückens und der Wirbelsäule.
- Es ist dadurch eine objektive und quantitative Analyse der Körperstatik und Körperhaltung möglich.
- Die Analyse wurde vom Arbeits- und sozialmedizinischen Zentrum Mödling durchgeführt.

AKNÖ

Betriebliche und überbetriebliche Interessenvertretung

Schwerpunkte

Im Bereich der betrieblichen und überbetrieblichen Interessenvertretung konzentrierte sich die AKNÖ im Jahr 2011 unter anderem auf den Ausbau des Angebots für Jugendliche. Mit der HTL Mödling, Europas größter Schule, konnte für ein Jugendprojekt auch ein interessanter Partner gewonnen werden.

Weiters wurde auch ein größeres Augenmerk auf DienstnehmerInnen aus Klein- und Mittelbetrieben gelegt. Ein Schwerpunkt der Aktivitäten war, das Interesse der ArbeitnehmerInnen für die betriebliche Gesundheitsförderung (BGF) zu wecken. In diesem Zusammenhang wurden Betriebe von AKNÖ-ExpertInnen beraten sowie über die Finanzierungsmöglichkeiten bei der betrieblichen Gesundheitsförderung informiert.

Dienstleistungen

Im Bereich des ArbeitnehmerInnenschutzes bot die AKNÖ im Jahr 2011 ein kompaktes Dienstleistungspaket an. Dieses beinhaltete Beratungs- und Informationsangebote, zum Beispiel Betriebsbegehungen gemeinsam mit dem Arbeitsinspektorat, Schulungsmaßnahmen für Mitglieder, BetriebsrätInnen und Sicherheitsvertrauenspersonen, Projekte in der betrieblichen Gesundheitsförderung und Gesundheitsvorsorge.

Wie notwendig die Beratung ist, zeigen auch die 1.289 gestellten Anfragen an unsere ExpertInnen. Sie betrafen hauptsächlich die Themen gefährliche Arbeitsstoffe, Bildschirmarbeitsplatz, ergonomische Arbeitsabläufe und Temperaturen am Arbeitsplatz.

Beratungs- und Unterstützungsleistungen 2011 im Bereich betriebliche und überbetriebliche Interessenvertretung

	Leistungen
Beratungen von ArbeitnehmerInnen im Rahmen der Betriebsbetreuung	889
BetriebsrätInnenberatung (pers./schriftl.)	173
Überprüfungen von Betriebsratsfonds	984
BetriebsrätInnen-Consulting – Bilanzanalysen	216
Beratungen bei Betriebsbegehungen – ArbeitnehmerInnenschutz	1.289
Untersuchungen von ArbeitnehmerInnen im Gesundheitsbus	3.327
Veranstaltungen der Sicherheits- und Gesundheitsakademie (SIGE)	24
Gesetzesbegutachtungen	7



ArbeitnehmerInnenschutz ist ein wichtiger Bestandteil der Beratungsleistungen bei der betrieblichen und überbetrieblichen Interessenvertretung.

3.327 Personen unterzogen sich im AKNÖ-Gesundheitsbus einem Check.

Bei der betrieblichen Gesundheitsförderung halfen die ExpertInnen der AKNÖ, betriebliche Abläufe und Strukturen sowie die Verhaltensweise der Beschäftigten zu analysieren und Veränderungsprozesse zu initialisieren und umzusetzen. 2011 konnten schon einige Betriebe bei der Installierung von konkreten Gesundheitsförderungsprojekten unterstützt und begleitet werden.

Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung von Sicherheitsvertrauenspersonen, BetriebsrätInnen und sonstigen am Sicherheits- und Gesundheitsschutz interessierten Personen wurden 24 Seminare mit 772 TeilnehmerInnen durchgeführt.

Mit dem Gesundheitsbus bietet die AKNÖ Betrieben und ArbeitnehmerInnen einen Gesundheitscheck direkt am Dienort an. Ziel ist es, berufsbedingte Risikofaktoren für Herz-, Kreislauf- und Stoffwechselerkrankungen frühzeitig zu erkennen und zeitgerecht einzulenken. Bei einer Häufung von gesundheitlichen Beschwerden im Betrieb können so gemeinsam mit dem Betriebsarzt Gegenmaßnahmen gesetzt werden. Im Jahr 2011 haben 3.327 Personen von diesem Angebot Gebrauch gemacht. Zudem gab es einen Pilotversuch, um diesen Service auch den MitarbeiterInnen von Klein- und Mittelbetrieben zu ermöglichen. Im Einkaufszentrum von Horn wurden alle Untersuchungstermine in einer Woche zu 100 Prozent ausgeschöpft.

Der AKNÖ obliegt die Revision der Rechtmäßigkeit der Gebarung und Verwendung der Mittel der von den Betriebsratskörperschaften verwalteten Betriebsratsfonds. 2011 wurden bei insgesamt 775 Betrieben 984 Fonds mit einem Gesamtvermögen von 28,3 Millionen überprüft.

Die Unterstützung der BetriebsrätInnen bei ihren Aktivitäten zählt zu den wichtigsten Aufgaben der AKNÖ. Auch bei akuten wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind die ExpertInnen wichtige AnsprechpartnerInnen für BetriebsrätInnen.

Ein wesentliches Instrument bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Situation des Betriebes ist die Jahresabschlussanalyse. Die Analyse bezieht sich vor allem auf das Ermitteln des tatsächlichen wirtschaftlichen Erfolges, auf die Entwicklung der Vermögens- und Kapitalstruktur und auf die Beurteilung des Unternehmens. 2011 wurden 216 Jahresabschlussanalysen erstellt.



Die AKNÖ-ExpertInnen haben 2011 über 200 Jahresabschlussanalysen für niederösterreichische BetriebsrätInnen erstellt.

Das Jahr 2011 wurde darüber hinaus auch im Jugendbereich intensiv für Recherche und Informationsaustausch genutzt und es wurden neue Kooperationspartner für Projekte gewonnen. Mit der AUVA und der HTL Mödling wurden konkrete Maßnahmen entwickelt. Bei dem durch die Stadt Leonding österreichweit veranstalteten Literatur- und Fotowettbewerb für Jugendliche von 14 bis 19 Jahren beteiligte sich die AKNÖ als Kooperationspartner.

Interessenvertretung

Vernetzungstreffen und Informationsplattformen für international tätige BetriebsrätInnen sind ein wesentlicher Bestandteil der modernen Interessenvertretung für die ArbeitnehmerInnen des Landes. Im Rahmen dieser Veranstaltungen werden von den BetriebsrätInnen mit den ExpertInnen Gesetzesänderungen, die auf europäischer Ebene durchgeführt werden, oder auch aktuelle interessenpolitische Schwerpunkte auf europäischer Ebene diskutiert.

Mit dem AK-Unternehmensmonitor für Niederösterreich gibt die AKNÖ einen Überblick über die wirtschaftliche Situation der Unternehmen des Landes und ihre Beschäftigten. Als Grundlage dafür dienen die veröffentlichten Jahresabschlüsse von bis zu 233 Unternehmen. Entstanden ist der Unternehmensmonitor als gemeinsames Projekt der Arbeiterkammern Wien, Niederösterreich und Oberösterreich.

Ausblick für 2012

Für 2012 sind regionale Informationsveranstaltungen für interessierte UnternehmerInnen, BetriebsrätInnen und Sicherheitsvertrauenspersonen zum Thema betriebliche Gesundheitsförderung geplant.

Im Rahmen einer Vortragsreihe werden 2012 erstmals alle 2. Klassen der HTL Mödling über das Pflichtpraktikum und den ArbeitnehmerInnenschutz informiert. In einem Workshop mit Jugend-ExpertInnen werden neue Produkte für Jugendliche entwickelt.

Den 2011 gestarteten Pilotversuch, den Gesundheitsbus in Klein- und Mittelbetrieben anzubieten, wird 2012 an vier weiteren Standorten in Niederösterreich fortgeführt. Mit 2012 startet das Arbeitsinspektorat eine Schwerpunktaktion in Möbeltischlereien, an der sich auch die AKNÖ beteiligt. Die Kampagne ist als Beratungs- und Kontrollkampagne ausgelegt.

2012 werden in einem Pilotprojekt erstmals alle 2. Klassen der HTL Mödling über das Pflichtpraktikum und den ArbeitnehmerInnenschutz informiert.



AKNÖ warnt vor Werbefahrten

Datenbank „Hände weg von Werbefahrten“ rechnet mit dubiosen Firmen ab. Diese bieten KonsumentInnen im Rahmen von Werbefahrten nur leere Versprechen und überteuerte Produkte an.



Bei Werbefahrten werden KonsumentInnen in die Falle gelockt. Es werden dort überteuerte Produkte verkauft.

Vermeintliche Gewinnschreiben und Einladungen zu Werbefahrten halten KonsumentenberaterInnen der AKNÖ regelmäßig auf Trab. So gab die Werbefahrten-Firma „Salzburger Treuhand“ vor, KonsumentInnen ausstehende Gewinne, Prämien und Reisechecks übermitteln zu wollen. Hinter dem Lockversuch versteckte sich eine Werbefahrt, die mit einem angeblichen Gewinn, Gratis-Bustransfer und reichhaltigem Mittagessen die KonsumentInnen in die Falle lockte. Dabei ging die „Salzburger Treuhand“ aggressiv vor. Die Veranstalter der Werbefahrt warteten nicht, bis die KonsumentInnen selbst ihren vermeintlichen Gewinn abholten.

„Die Menschen wurden mit einem Bus persönlich aus ihrer Gemeinde abgeholt“, berichtet AKNÖ-Konsumentenberaterin Christa Hörmann. „Bei Werbefahrten werden vor allem überteuerte Gesundheitsprodukte wie Nahrungsergänzungsmittel und Magnetfeldtherapien zu Preisen bis zu 3.000 Euro angeboten. Wurde ein Produkt aufgeschwatzt, ist es sehr schwer, aus dem Kaufvertrag auszuweichen“, so Hörmann.

Kooperation gegen dubiose Machenschaften

Immer wieder fallen KonsumentInnen auf verlockend klingende Einladungen und Gewinnzusagen herein. Die Folge: im besten Fall enttäuschte Erwartungen, im schlimmsten Fall hohe Geldsummen, die auf die Bankkonten von unseriösen Firmen überwiesen wurden.

Den dubiosen Machenschaften dieser Firmen wollte die AKNÖ einen Riegel vorschieben und startete in Kooperation mit dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK), der AK-Wien, dem Land Niederösterreich und dem Land Burgenland die österreichweite „Hände weg von Werbefahrten“-Initiative. Dazu wurde eine umfassende, im Internet abrufbare Datenbank eingerichtet, die mit wenigen Klicks Auskunft über jene Firmen gibt, von denen man am besten die Hände lassen sollte.

Die neue Werbefahrten-Datenbank der AKNÖ

- Unter www.haendewegvonwerbefahrten.at ist die AKNÖ-Datenbank online abrufbar.
- Jeder Eintrag enthält den Firmennamen, die Anschrift, das „Lockmittel“, mit dem die Firma arbeitet, und das Schreiben, das an die KonsumentInnen ausgesickt wurde.
- Die Datenbank wird laufend ergänzt. Durch Meldungen von betroffenen KonsumentInnen ist die Liste dubioser Firmen immer am letzten Stand.
- AKNÖ-KonsumentenschützerInnen raten: Gewinnzusendungen und Einladungen zu Werbefahrten, die massenhaft ausgesickt werden, am besten gleich in den Papierkorb werfen.

KonsumentInnenschutz

48 | 49

Schwerpunkte

Überhöhte Handyrechnungen, horrenden Summen für Datendienste sowie ungebetene Werbeanrufe (Cold Calling) machten viele Menschen ratlos. 4.887 NiederösterreicherInnen wandten sich 2011 deshalb an die AKNÖ. Zwar traten im Frühjahr 2011 strengere Vorschriften gegen Cold Calling in Kraft, womit auch eine langjährige AKNÖ-Forderung umgesetzt wurde. Doch einige Unternehmen haben sich eine neue Masche ausgedacht, um das Gesetz auszuhelben. KonsumentInnen wurden durch Tricks immer wieder dazu gebracht, den Anruf aktiv zu tätigen.

Probleme rund ums Internet, wie zum Beispiel mit Websites, die vermeintliche Gratisangebote zu Routenplanern, Software-Downloads, Raucherentwöhnung oder Kochrezepten enthalten, waren auch 2011 ein Thema. 2.561 KonsumentInnen ließen sich beraten. Doch es zeigt sich ein erfreulicher Abwärtstrend: Probleme von KonsumentInnen mit Internetbetrug haben abgenommen. Als Grund dafür vermuten die AKNÖ-KonsumentenberaterInnen die gestiegene Wachsamkeit der KonsumentInnen aufgrund der zahlreichen Medienberichte im letzten Jahr.

Ein Dauerbrenner in den Beratungen der KonsumentenexpertInnen der AKNÖ sind Finanzdienstleistungen. Insgesamt erkundigten sich im Vorjahr 4.954 KonsumentInnen wegen laufender Bankgeschäfte. Dabei sorgten vor allem die Fremdwährungskredite bei vielen NiederösterreicherInnen für Kopfzerbrechen. Nach einem Höhenflug des Schweizer Frankens hat die Schweizer Nationalbank im September 2011 einen Wechselkurs von 1,20 Franken je Euro festgelegt. Doch die große Erleichterung kam damit nicht. Die meisten Kredite sind endfällig und an einen Tilgungsträger gebunden. Die Tilgungsträger, oft fondsgebundene Lebensversicherungen oder Wertpapiere, hinken schon seit über einem Jahrzehnt hinter den Prognosewerten hinterher und können in vielen Fällen die offenen Kreditsummen am Ende der Laufzeit nicht abdecken. Außerdem ist nicht davon auszugehen, dass die Kursfixierung über Jahre hinweg aufrechterhalten werden kann. Damit blieb die Fixierung des Schweizer Frankens für viele KreditnehmerInnen nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Interventionen bei Reiseveranstaltern hatten 2011 wieder Saison. Die meisten der insgesamt 1.496 Anfragen drehten sich um Pauschalurlaube und Flugreisen. Thema Nummer eins war aufgrund der unsicheren Lage in Nordzypern, der Überflutungen in Thailand und der politischen Umbrüche in Nordafrika das Reisestorno. Bis Juni 2011 drehten sich 20 Prozent der Anfragen um Reisestornos von Ägypten- oder Tunesienurlaube.

Erfreulicher Abwärtstrend: Probleme von KonsumentInnen mit Internetbetrug haben abgenommen.

Die KonsumentenschützerInnen der AKNÖ informierten am Flughafen Schwachat Reisende über ihre Rechte und Pflichten.



Dienstleistungen

1.175.035 Euro – diesen Betrag haben die AKNÖ-KonsumentenberaterInnen für Niederösterreichs KonsumentInnen im Vorjahr gesichert. 2.628 Mal mussten die AKNÖ-ExpertInnen bei Firmen intervenieren, weil diese nicht bereit waren, auf berechnigte Anliegen zu reagieren. In sieben Fällen unterstützte die AKNÖ ihre Mitglieder vor Gericht. 38.602 KonsumentInnen aus Niederösterreich haben sich über die Hotline der KonsumentenberaterInnen telefonisch beraten lassen. In 9.151 Fällen war ein persönliches Beratungsgespräch nötig, um eine Lösung zu finden.

Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Bereich KonsumentInnenschutz

	Leistungen
Beratungen im KonsumentInnenschutz (inkl. Mietrecht)	65.416
Interventionen im KonsumentInnenschutz (inkl. Kreditverträgen)	2.628
Rechtshilfe für KonsumentInnen	7
Sitzungen der Schlichtungsstellen	24
Verbandsklagen und UWG-Verfahren	8
Gesetzesbegutachtungen	56
Preiserhebungen	8
Versicherungsvergleiche für Mitglieder	1.367
Auskünfte bei Messen (6 Veranstaltungen)	8.177
Vorträge	61

Interessenvertretung

Die AKNÖ setzte sich im Jahr 2011 für die Möglichkeit der Abschöpfung zu Unrecht erzielter Gewinne einer Firma ein. In der Praxis zeigte sich nämlich, dass Unternehmen durch rechtswidriges Handeln massenhaft Minimalschäden zulasten von KonsumentInnen verursachen. Da diese Schäden für die Einzelnen im Bagatellbereich liegen, ist der Weg zum Gericht unökonomisch. Dubiose Unternehmen spekulieren dann darauf, dass diese Ansprüche nicht eingefordert werden, und ziehen so aus unrechtmäßigen Geschäftspraktiken große Gewinne. Deswegen erscheint eine Klagslegitimation der Verbraucherverbände zur Abschöpfung der durch unlautere Geschäftspraxis erzielten Gewinne sinnvoll. Die abgeschöpften Gewinne könnten den Verbraucherorganisationen zufließen und so den Verbrauchern zugute kommen. Dies könnte auch zweckgebunden für Präventionstätigkeit erfolgen. Im österreichischen Wettbewerbsrecht kennt man keine Möglichkeit zur Gewinnabschöpfung, wie sie beispielsweise in Deutschland schon seit längerer Zeit existiert. Ohne dieses Instrumentarium werden Unterlassungsurteile oft zu einer stumpfen Waffe. Unternehmer können kalkulieren, dass ihr Gewinn aus einem Rechtsbruch so viel höher ist als die Verfahrens- und Urteilkosten, sodass sich der Rechtsbruch auszahlt. In vielen Fällen ist nur die Gewinnabschöpfung ein wirksames Mittel gegen den fortgesetzten Rechtsbruch. Eine zweites Anliegen, für das sich die AKNÖ 2011 eingesetzt hat, ist die Möglichkeit von Gruppenklagen.

Die Abschöpfung von zu Unrecht erzielten Gewinnen war ein interessenpolitisches Schwerpunktthema im Jahr 2011.

Gesicherte Beträge im Bereich KonsumentInnenchutz

	Betrag in Euro
KonsumentInnenrechtshilfe	53.872
Interventionen im KonsumentInnenchutz (inkl. Kreditverträge)	970.793
Versicherungsvergleiche	150.370

Ausblick für 2012

2012 gibt es den bereits fälligen Lückenschluss im Beratungsangebot der KonsumentInnenberatung – ab Jänner 2012 werden in allen Bezirksstellen der AKNÖ Sprechstage der KonsumentInnenberatung stattfinden. Da diese Sprechstage je nach Nachfrage in den Bezirken teilweise nur einmal im Monat stattfinden, wird es auch hier ein Pilotprojekt geben, wie diese „Wartezeiten“ verkürzt werden können. Auf Wunsch wird es dann in ausgewählten Bezirksstellen möglich sein, mittels Videokonferenz mit den ExpertInnen ein Beratungsgespräch zu führen. Die Erfahrungen dieses Probelaufes werden anschließend herangezogen, um zu entscheiden, ob dieses Angebot niederösterreichweit angeboten werden kann – und vor allem auch, ob diese Form der Kommunikation auch auf eine entsprechende Zustimmung unserer Mitglieder stößt.

Thematisch wird 2012 der Energiesektor die KonsumentInnenberatung beschäftigen. Denn die gewünschte Einführung der Smart-Meter wird für eine Fülle an Diskussionen bei den StromkundInnen sorgen.

Eine langjährige Forderung der AKNÖ wird 2012 endlich umgesetzt: Ab April 2012 werden KundInnen von ihren Handy Anbietern auch innerhalb Österreichs und nicht nur im EU-Ausland kostenlos benachrichtigt, wenn ihre Handyrechnung einen bestimmten Betrag übersteigt. Ab einer Höhe von 60 Euro wird der Datendienst durch den Mobilfunkanbieter sogar gesperrt. Mit horrenden Telefonrechnungen wird dann endlich Schluss sein. Ein weiterer Erfolg für den KonsumentInnenchutz im Bereich von Telefonie und Internet: KundInnen von Mobilfunk Anbietern haben ein Recht auf eine Papierrechnung. So haben KundInnen nun die Wahl zwischen der guten alten Papierrechnung und einer elektronischen Rechnung. Bei zu hoher Handyrechnung haben KonsumentInnen künftig drei Monate statt nur einen Monat Zeit, um beim Mobilfunkanbieter schriftlich Einspruch zu erheben.

**Pilotprojekt im KonsumentInnenchutz:
 2012 wird die Beratung mittels
 Videokonferenz erprobt.**

Erfolg für die AKNÖ: Ab April 2012 werden KundInnen auch innerhalb Österreichs kostenlos benachrichtigt, wenn ihre Handyrechnung einen bestimmten Betrag übersteigt.



10,7 Millionen Euro Gutschrift vom Finanzamt

Die NÖ Arbeiterkammer hat ihre Mitglieder von 7. März bis 4. Juni 2011 beim Steuerausgleich unterstützt. Über 13.000 NiederösterreicherInnen kamen in die Bezirksstellen der AKNÖ, um sich beim Steuerausgleich helfen zu lassen.



AKNÖ-Bezirksstellenleiter Norbert Kerschbaum, die Leiterin des Referates Steuerrecht Elisabeth Holub und AKNÖ-Vizepräsident Markus Wieser (hinten v. l. n. r.) mit Familie Braunsteiner und Berater Josef Ecker.

April 2011, es ist früher Nachmittag in der Bezirksstelle Schwechat. Der Wartebereich ist voll mit Menschen. Intensiv nutzen die AK-Mitglieder aus Schwechat die Unterstützung der AKNÖ beim Steuerausgleich. Schließlich geht es darum, zu viel bezahlte Steuern vom Finanzamt zurückzuholen. Alleine in Schwechat wurden fast 700 Termine vergeben. „Man kann mehr von der Steuer abschreiben, als die meisten glauben. Je weniger die Menschen an Geld zur Verfügung haben, desto wichtiger ist es, dass sie sich ihre Steuergutschrift sichern“, betont Elisabeth Holub, AKNÖ-Steuerexpertin und Leiterin der Aktion.

Schwechats AK-Bezirksstellenleiter Norbert Kerschbaum erklärt auch, warum der Erfolg der Aktion so groß ist: „Die Möglichkeit, dass wir sofort online berechnen, wie hoch die Gutschrift ist, wird von unseren Mitgliedern sehr geschätzt.“ So wie in Schwechat, war der Andrang auch in den anderen Bezirksstellen der AKNÖ sehr groß. Insgesamt haben über 13.000 Personen ihre Arbeitnehmerveranlagung mithilfe der AKNÖ durchgeführt.

Geld für Häuslbauer, Alleinverdiener, Teilzeitkräfte und Pendler

Jährlich lassen die ÖsterreicherInnen über 300 Millionen Euro beim Finanzminister liegen, weil sie keinen Steuerausgleich machen. „Vor allem die Beschäftigten der unteren Einkommensklassen zahlen häufig zu viel Lohnsteuer. Dieses Geld liegt beim Finanzminister. Die einzige Möglichkeit, es wiederzuerhalten, ist der Steuerausgleich“, erklärt Holub. Sie nennt die häufigsten Beispiele, wo man sich zu viel bezahlte Steuer zurückholen kann: „Kosten für Hausbau oder Wohnraumsanierung, nachgekaufte Schulzeiten, Ausgaben für Bewerbungsgespräche oder den beruflich genutzten PC. PendlerInnen können das Pendlerpauschale geltend machen. Beschäftigte mit maximal 12.000 Euro Jahreseinkommen erhalten außerdem 10 Prozent ihrer Sozialversicherungsbeiträge zurück, das können bis zu 110 Euro sein.“

Im Schnitt 800 Euro Steuergutschrift

Über 13.000 AKNÖ-Mitglieder haben ihren Steuerausgleich mithilfe der AKNÖ-Steuerexpertinnen und -experten gemacht, einige von ihnen rückwirkend für fünf Jahre. Deshalb verbergen sich hinter den 10,7 Millionen Euro Steuergutschrift auch mehr als 18.700 einzelne Steuererklärungen der AKNÖ-Mitglieder. Im Schnitt ergibt das eine Gutschrift in Höhe von rund 800 Euro pro Mitglied. Die AKNÖ-Steuerparsonaden finden 2012 zum zehnten Mal statt. 2012 wird ein neues Rekordergebnis erwartet.

Wirtschaft

Schwerpunkte

Das Auslaufen der 2004 eingeführten Übergangsfristen bedeutete für ArbeitnehmerInnen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten – außer Rumänien und Bulgarien – ungehinderten Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt. Mit der Arbeitsmarktöffnung trat in Österreich das Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping in Kraft, um zu verhindern, dass Firmen, die in Österreich tätig sind, ihre ArbeitnehmerInnen unter dem gültigen Kollektivvertrag entlohnen. Denn Lohn- und Sozialdumping ist eine sozialpolitisch unerwünschte Erscheinung, die nicht nur ArbeitnehmerInnen das ihnen zustehende Entgelt für die erbrachte Arbeitsleistung vorenthält, sondern auch einen fairen Wettbewerb zwischen den Unternehmen untergräbt.

Die AKNÖ sieht in grenzüberschreitenden Netzwerken, in die Institutionen wie die Arbeitsmarktverwaltungen, ArbeitgeberInneninteressenvertretungen, ArbeitnehmerInneninteressenvertretungen, Finanzämter, Gebietskrankenkassen etc. einbezogen werden, einen wertvollen Beitrag zur Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping. Darum begrüßt die AKNÖ grenzüberschreitende Projekte wie EURES-T-Pannonia, Netlab, Recom, Expak AT.HU und andere, die eine Informationsplattform in Form von angebotenen Informationsveranstaltungen für ArbeitnehmerInnen darstellen und zugleich einen Austausch auf ExpertInnenebene forcieren sollen. Eine der AKNÖ-Aktivitäten innerhalb dieser grenzüberschreitenden Partnerschaft war die Erstellung einer Studie zum Thema „Ungarische GrenzgängerInnen in Österreich“. Damit beauftragt wurde das Forschungsinstitut „L+R Sozialforschung“. Ziel dieser Untersuchung war es, quantitative als auch qualitative Aspekte von Arbeitsmigration zu erfassen. Anhand von Tiefeninterviews mit zehn ungarischen GrenzgängerInnen konnte beschrieben werden, unter welchen Bedingungen ArbeitnehmerInnen aus den östlichen Nachbarländern in Österreich arbeiten, welche Erwartungen sie haben und wie sie den Alltag hier erleben.

Die Studie belegte: Dequalifikation und schlechte Arbeitsbedingungen werden zum Teil in Kauf genommen und Sprachdefizite und mangelnde Information über Rechte ausgenutzt. Um dies zu ändern, muss verstärkt Informationsarbeit über arbeits-, sozial- und finanzrechtliche Rechte und Pflichten für MigrantInnen geleistet werden. Dazu gehört auch eine gute Vernetzung der Institutionen der einzelnen Länder untereinander. Zudem muss die Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen erleichtert werden.

Neben der Arbeitsmarktöffnung im Mai 2011 war auch die jährlich stattfindende AKNÖ-Steuerückholaktion ein Schwerpunkt der Arbeit im wirtschaftspolitischen Bereich.

Dequalifikation und schlechte Arbeitsbedingungen werden zum Teil in Kauf genommen und Sprachdefizite und mangelnde Information von Beschäftigten aus den neuen EU-Mitgliedsländern ausgenutzt.



Steuerrückholaktion der AKNÖ



Dienstleistungen

Die Steuerrückholaktion der AKNÖ brachte 2011 einen Rekord. In Summe bekamen weit über 13.000 ArbeitnehmerInnen mithilfe der AKNÖ 10,7 Millionen Euro an Steuern zurück, die sie zu viel bezahlt hatten. Das waren im Vergleich zu 2010 um rund 1,4 Millionen Euro mehr, die diese Aktion den Mitgliedern brachte. Darüber hinaus beraten die AKNÖ-SteuerexpertInnen die Mitglieder nicht nur bei der Steuerrückholaktion, sondern auch das ganze Jahr hindurch. So wurden zusätzlich weitere 15.000 Menschen unter anderem auch im Rahmen der AKNÖ-Steuerhotline beraten.

Interessenvertretung

Zahlreiche Studien und Analysen unterstreichen die wirtschaftspolitische Kompetenz der NÖ Arbeiterkammer. 2011 standen dabei folgende Analysen und Studien im Zentrum: die alljährliche Einkommensanalyse, fünf Regionalanalysen „Meine Region“ sowie eine Kurzanalyse „Perspektiven einer Vermögensbesteuerung“. Im „Monatsbericht“ der AKNÖ wird die monatliche sowie die langfristige Entwicklung der Konjunktur, des Arbeitsmarktes und des Wirtschaftsstandortes Niederösterreich aufgezeigt.



Die jährliche Einkommensanalyse der AKNÖ war auch 2011 ein Fixpunkt der interessenpolitischen Arbeit im Bereich Wirtschaft.

Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Bereich Wirtschaft

	Anzahl
Beratungen von Mitgliedern im Rahmen der Steuerrückholaktion	13.279
Beratungen von Mitgliedern in Steuerangelegenheiten	14.964
Gesetzesbegutachtungen	128
Gewerberechtliche Stellungnahmen	118

Im Bereich der Steuerpolitik setzte sich die AKNÖ dafür ein, dass Fahrtkosten zum Arbeitsplatz sowie Kosten für Kinderbetreuung in Form von Absetzbeträgen statt Freibeträgen von der Steuer abgesetzt werden können. Die Arbeiterkammer fordert hier eine Umstellung auf Absetzbeträge mit Negativsteuerwirkung, denn die derzeitigen Freibeträge bevorzugen vor allem Besserverdiener.

Neben der interessenpolitischen Grundlagenarbeit nahm die AKNÖ im Jahr 2011 auch Mitwirkungspflichten in diversen niederösterreichischen Wirtschaftsgremien wahr. Diese umfassten zum Beispiel gewerberechtliche Stellungnahmen und die Beurteilung von Anträgen zur Bewilligung von Landes- und Bundesfördermitteln. Die bei der ECO-PLUS eingebrachten Anträge für Regionalisierungsprojekte wurden seitens der AKNÖ begutachtet. Weiters wirkte die AKNÖ bei der Ausgestaltung der Arbeitsmarktpolitik neben dem AMS Landesdirektorium auch im Bereich des Territorialen Beschäftigungspaktes (TEP) und bei Arbeitsstiftungen aktiv mit. Neben der Erstellung von Gesetzesbegutachtungen fand eine aktive Teilnahme in den Gremien der Wirtschaftsförderung statt.

Ausblick 2012

Im Jahr 2012 werden im Bereich Wirtschaft neben der Fortführung der AKNÖ-Steuerrückholaktion vor allem folgende Projekte in Angriff genommen: eine Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Umwelt und Volkswirtschaft anhand von ausgewählten Nahrungsmitteln, die Analyse des NÖ Landesbudgets nach Schwerpunktthemen, periodische Auswertungen des NÖ Arbeitsklima-Index, die Ökologisierung der Energiegewinnung sowie eine Studie zur Sicherheit der Arbeitswege in NÖ. Das Dialogforum Hirschwang widmet sich 2012 der Entwicklung des ländlichen Raums in Niederösterreich.

2012 wird sich die AKNÖ verstärkt mit der Ökologisierung der Energiegewinnung befassen.



Allianz mit Ärztinnen und Ärzten

Enorme Überlastung in den Gesundheits- und Sozialberufen, Arbeitstage von mehr als 12 Stunden, Teilzeitverträge, die nur auf dem Papier bestehen, und akute Burn-out-Gefahr – beim ersten „Tag der Gesundheitsberufe“ am 13. Mai 2011 in St. Pölten kam es zu einem historischen Schulterschluss zwischen Arbeiter- und Ärztekammer. Das Ziel: die Politik aufrütteln und bessere Arbeitsbedingungen für die Betroffenen schaffen.



Starkes Duo: Sozialminister Rudolf Hundstorfer und AKNÖ-Vizepräsidentin Brigitte Adler setzen sich für bessere Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen ein.

Die Arbeitsbedingungen für die über 35.000 Beschäftigten in den Gesundheitsberufen sind kein Honiglecken. Das ergab schon 2010 eine Studie der AKNÖ, die unter 40.000 Beschäftigten in den Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufen durchgeführt wurde. „Trotz der alarmierenden Ergebnisse der Studie steckten die Arbeitgeber aber weiterhin den Kopf in den Sand“, so AKNÖ-Vizepräsidentin DGKS Brigitte Adler, die selbst Betriebs-

ratsvorsitzende im Landeskrankenhaus Klosterneuburg ist. Eines ist klar: Ohne die Pflege- und Betreuungskräfte und angestellte Ärztinnen und Ärzte gibt es keine funktionierende Gesundheitsversorgung in Niederösterreich. Um die hohe Qualität der Gesundheitsversorgung zu gewährleisten und die Gesundheit der Beschäftigten zu schützen, startete die AKNÖ gemeinsam mit der ÖK NÖ eine Initiative, die schließlich den ersten „Tag der NÖ Gesundheitsberufe“ einläutete.

Schulterschluss

Beim ersten „Tag der Gesundheitsberufe“ kam es zwischen der NÖ Arbeiterkammer und NÖ Ärztekammer zu einem historischen Schulterschluss. Die beiden Präsidenten Hermann Haneder und Dr. Christoph Reisner unterzeichneten bei der Veranstaltung den „St. Pöltner Appell“, in dem eine deutliche Aufstockung des Personals, planbare und verlässliche Arbeitszeiten, eine professionelle Personalentwicklung und gesundheitsfördernde Arbeitsplätze gefordert werden. Minister Hundstorfer nahm als Zeichen der Unterstützung für die Anliegen der Gesundheitsberufe den „St. Pöltner Appell“ von den Präsidenten Haneder und Reisner entgegen. Die AKNÖ und die Ärztekammer sind sich auf jeden Fall einig: Die Berufe müssen attraktiver werden, sonst ist die Versorgung nicht zu halten.

Arbeitsbedingungen in Gesundheitsberufen

- 54 % der Beschäftigten arbeiten mehr als acht Stunden pro Tag.
- 27 % arbeiten zwischen 12 und 14 Stunden pro Tag.
- 1 % der Beschäftigten hat eine vertragliche Arbeitszeit von mehr als 40 Stunden, 20 % arbeiten aber länger als 40 Wochenstunden.
- 22 % geben an, emotional erschöpft zu sein, der Burn-out droht.
- 85 % sind mit dem gewählten Beruf sehr zufrieden oder zufrieden.



AKNÖ

Gesundheit

Schwerpunkte

Die Lage der ArbeitnehmerInnen in den Gesundheitsberufen war im Jahr 2011 für die AKNÖ das wichtigste Thema im Gesundheitsbereich. Dabei wurde die Situation der Beschäftigten thematisiert und die Zusammenarbeit vor allem mit der Ärztekammer NÖ ausgebaut.

Dienstleistungen

Die AKNÖ-Sicherheits- und Gesundheitsakademie (SIGE) ist das Aus- und Weiterbildungsangebot im Bereich des Gesundheitswesens und des ArbeitnehmerInnenschutzes. Bei 21 Seminaren bildeten die AKNÖ-ExpertInnen insgesamt 347 TeilnehmerInnen aus. Schwerpunkte der Ausbildung waren: Sicherheit am Arbeitsplatz, psychische und physische Gesundheit. Neben Ausbildungsmaßnahmen gehört die Beratung zu ergonomisch richtiger Gestaltung von Arbeitsplätzen, zum Kostenersatz für Arbeitskleidung, zur Verringerung der emotionalen Erschöpfung sowie zum Berufsrecht zu den Aufgaben der ExpertInnen. Hier wurden 2011 insgesamt 40 Beratungen durchgeführt. Zudem wird auch die zweitägige Fraueneinquete „Gesundheit für Sie“ gemeinsam mit den niederösterreichischen Gesundheitspartnern durchgeführt. Abgerundet wird das Angebot durch die viermal im Jahr erscheinende Zeitung für Gesundheitsberufe AM PULS mit einer Jahresauflage von 160.000 Exemplaren.

Interessenvertretung

Die ExpertInnen der AKNÖ haben im Jahr 2011 alleine im Bereich des Gesundheitswesens 26 Begutachtungen von Gesetzen und Verordnungen durchgeführt. Darüber hinaus wurden aber auch andere Aktivitäten gesetzt. Gemeinsam mit der Ärztekammer NÖ setzt sich die AKNÖ für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von ärztlichen und nicht ärztlichen Gesundheitsberufen ein und es wurde der „St. Pöltner Appell“ mit Forderungen an die Politik gerichtet. Bei der Vorbereitung der Registrierung der nicht ärztlichen Gesundheitsberufe war die AKNÖ genauso intensiv beteiligt wie am Projekt „Qualitätsmanagementsysteme im Gesundheitswesen“, am Projekt „Kinder- und Jugendgesundheit“ des Gesundheitsministeriums sowie an der „Plattform Gesundheitswirtschaft“ der WKO. Federführend beteiligt war die AKNÖ auch an der Erstellung eines „Nationalen Aktionsplanes für Bewegung“. Im Standing Committee „Gesundheitsberufe“ des AMS wurden Beiträge hinsichtlich der Aus- und Weiterbildung in Gesundheitsberufen geliefert. Die AKNÖ war zudem an der Etablierung des Pflegekonsiliums, einer Plattform von Berufsverbänden der Pflege und der Arbeiterkammern, beteiligt und lieferte wesentliche Impulse in der niederösterreichischen Plattform für „Betriebliche Prävention und Gesundheitsförderung“.

Ausblick 2012

Besonderes Augenmerk wird 2012 weiterhin auf Beschäftigte in den Gesundheits- und Sozialberufen gelegt: Die Arbeitsbelastung der Pflege- und Betreuungskräfte ist alarmierend und muss durch verschiedene Maßnahmen verbessert werden. Ein weiterer Schwerpunkt wird im EU-Jahr des „Aktiven Alterns“ der Gesundheit der älteren ArbeitnehmerInnen gewidmet. Eine Enquete dazu sowie der zweite „Tag der NÖ Gesundheitsberufe“ stehen dabei ebenso im Mittelpunkt wie der „Nationale Aktionsplan für Bewegung“. Mithilfe von Arbeitsmedizinern sowie Arbeits- und OrganisationspsychologInnen sollen die Gesundheitsbelastungen verringert werden.

Leistungen im Bereich Gesundheit

	Anzahl
Gesundheitsberatungen	40
BesucherInnen bei „Gesundheit für Sie“	3.204
Veranstaltungen Sicherheits- und Gesundheitsakademie (SIGE)	21
Gesetzesbegutachtungen	26
Auflage Zeitung AM PULS (4/Jahr)	149.195

Wie viel Demokratie darf sein?

Mit Oskar Negt hatte die AKNÖ einen hochkarätigen Wissenschaftler als Hauptredner für das Dialogforum Hirschwang 2011 eingeladen. Aber auch die Podiumsdiskussion war mit Infineon-Chefin Dr. Kircher-Kohl, dem Politologen Ferdinand Karlhofer, dem AUA-Betriebsrat Alfred Junghans und Maria Jepsen vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut sehr prominent besetzt.



Maria Jepsen (Mitte) vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut sieht die Gewerkschaften gefordert.

Tendenzen der Entdemokratisierung – die ortet der Frankfurter Sozialphilosoph Oskar Negt angesichts der Wirtschaftskrisen der letzten Jahre. Er sieht in diesem Zusammenhang eine Drittelung der Gesellschaft: „Ein Drittel merkt von der Krise nichts, ein Drittel kämpft gegen den sozialen Abstieg und ein Drittel gehört bereits zur Armee der dauerhaft Überflüssigen.“ Aus seiner Sicht gefährdet das direkt die Demokratie: „Eine halbe Demokratie mit freien Wahlen, aber ungenügenden bis

keinen Mitbestimmungsrechten in den eigenen zentralen Lebensbereichen ist nicht von Dauer. Demokratisierung auch in den wirtschaftlichen Machtbereichen ist die einzig verlässliche und wirksame Kraft gegen deren zerstörerische Tendenzen“, so Negts Analyse.

Gewerkschaften gefordert

Für den AUA-Betriebsratsvorsitzenden Alfred Junghans bedrohen vor allem Machtverschiebungen und Kulturveränderungen in Großkonzernen die Mitbestimmungsmöglichkeiten der ArbeitnehmerInnen. „Eine anonyme Eigentümerstruktur, wie in Großkonzernen, ermutigt die Konzernleitungen, Druck auf Beschäftigte zu machen.“ Maria Jepsen vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut sieht die Gewerkschaften gefordert. Sie müssten sich stärker an jene Gruppen wenden, die strukturell von der Teilnahme an Arbeit und Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sind. Das sind vor allem Frauen: „Sie sind in der Finanzkrise aus dem Arbeitsprozess gedrängt worden und auf Sozialleistungen angewiesen. Und diese werden EU-weit gekürzt.“ Ferdinand Karlhofer von der Universität Innsbruck meint: „Das Schutzbedürfnis der Menschen steigt. In politischen Entscheidungsprozessen sind die Gewerkschaften wieder gefragt.“ Allerdings müssten die Gewerkschaften für ihre ArbeitnehmerInnen wieder attraktiver werden.

Dialogforum Hirschwang

Das Dialogforum Hirschwang ist seit 2006 das gesellschaftspolitische Forum der Niederösterreichischen Arbeiterkammer. Einmal jährlich treffen sich AK und ÖGB sowie Partnerorganisationen mit WissenschaftlerInnen aus dem europäischen Raum und treten mit ihnen in Dialog, um neue Ideen für die Zusammenarbeit zu entwickeln.

Ziel ist es, die Arbeit der Interessenvertretungen zu reflektieren, zu stärken und zu erweitern.

AKNÖ

Gesellschaft, Politik und öffentliche Leistungen

Schwerpunkte

Neben Studien, dem Dialogforum Hirschwang, wissenschaftlichen Enqueten und Veranstaltungen in Kooperation mit anderen Partnern war 2011 vor allem eine intensive Presse- und Medienarbeit der Garant dafür, dass die Anliegen der ArbeitnehmerInnen Gehör finden.

Dienstleistungen

Dass die AKNÖ mit ihren Fachabteilungen und 21 Bezirksstellen in Niederösterreich eine wichtige Informationsstelle für die Menschen ist, zeigen auch die rund 216.000 KundInnenkontakte im Jahr. Neben allgemeinen rechtlichen Auskünften wurden dabei fast 2.500 Beratungen zu den Themen Pendeln, Umwelt, Energie, Verkehr und öffentliche Leistungen durchgeführt. Die Mitglieder informierten sich zum Beispiel über die Wasser- und Lebensmittelqualität sowie auch über das Abfallwirtschaftsgesetz und die Müll-, Kanal- und Wassergebühren. Bei der Mitgliederinformation sind das sechsmal jährlich erscheinende AKNÖ-Mitgliedermagazin „treffpunkt“ mit einer Auflage von insgesamt 2,6 Millionen Exemplaren und die AKNÖ-Website mit über 1.500.000 Visits hervorzuheben. Darüber hinaus verfolgt die AKNÖ eine aktive und transparente Informationspolitik, was sich 2011 in 480 Presseausendungen und 48 Pressekonferenzen niedergeschlagen hat.

Interessenvertretung

Die AKNÖ hat im Bereich Gesellschaftspolitik und öffentliche Leistungen 65 Gesetzesbegutachtungen durchgeführt. Mit den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) und dem Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) wurden Probleme der PendlerInnen diskutiert und Verbesserungen eingefordert. Zudem ist die AKNÖ in Begutachtungsverfahren für Konzessionerteilungen und -enthebungen von Kraftfahrlinien eingebunden. Die AKNÖ-VertreterInnen leisteten bei der Beurteilung von Umweltgütekriterien, in der Gentechnikkommission sowie im Bereich der Daseinsvorsorge wertvolle Arbeit.

Ausblick 2012

Für 2012 ist eine Studie über den „ländlichen Raum“ geplant. Weiters ist angedacht, ein Gebührenmonitoring einzuführen, das die Kosten für Ver- und Entsorgung von Wasser, Abwasser und Müll unter die Lupe nimmt. Weitere Schwerpunkte sind eine Studie über die wirtschaftliche Situation der betrieblichen Vorsorgekassen, die Verkehrspolitik in der Ostregion sowie eine verstärkte Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen.

Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Bereich Gesellschaft, Politik und öffentliche Leistungen

	Leistungen
Beratungen von Mitgliedern (allg. rechtliche Auskünfte, KundInnenkontakte)	215.956
Gesetzesbegutachtungen	65
Presseausendungen	480
Pressekonferenzen	48
Jubilarehrungen	136
Visits AKNÖ-Website noe.arbeiterkammer.at	1.529323
Auflage Mitgliedermagazin „treffpunkt“ (6/Jahr)	2.594.210
Auflage Zeitung „Standpunkt“ (5/Jahr)	15.720

Die Metaller waren nicht zu biegen

AKNÖ-Betriebsfußballcup 2011: Beim Finale in Wilhelmsburg holten sich die Fußballer der VOEST Traisen den Titel.



Da freute sich auch der Betriebsratsvorsitzende der VOEST Traisen, Gerhard Hutter (Zweiter von links). Seine Schützlinge holten sich den AKNÖ-Betriebsfußballcup 2011. Als Gratulant stellte sich auch AKNÖ-Präsident Hermann Haneder ein.

Der Wettergott meinte es gut. Bis zum letzten Schlusspfiff zogen die Regenwolken am Wilhelmsburger Sportplatz vorbei. Dort kämpften die vier besten Teams aus Niederösterreich im Finalturnier des AKNÖ Betriebsfußballcups. Es endete mit einer kleinen Überraschung. Nach den Vorrundenbegegnungen gab es für alle beteiligten Mannschaften einen klaren Favoriten: das Team von der PVA aus St. Pölten. Doch während sich am Hauptplatz die ÖMV-Auswahl durch zwei Ausschlüsse selbst schwächte und gegen die Elf von Gebauer & Griller mit 1 : 2 unterlag, nahm im Parallelspiel auf dem Nebenplatz das wahre Drama des Tages seinen Lauf.

Entscheidung im Elfmeterschießen

Die PVA hatte von Beginn an ihre Probleme gegen die von Coach Gerhard Hutter exzellent eingestellten Kicker von der VOEST Traisen. Nach Ende der regulären Spielzeit stand es 1 : 1, das Elfmeterschießen musste die Entscheidung bringen. Und da machten die Traisener alles klar und werteten den entscheidenden Penalty zum 5 : 4. Im Spiel um den dritten Platz waren dann die alten Verhältnisse wieder hergestellt. Die PVA siegte klar mit 5 : 0 gegen die ÖMV. BRV Peter Schaludek, der seine Schützlinge aus dem Kabelwerk Gebauer & Griller betreute, ahnte bereits vor dem Finale gegen VOEST nichts Gutes: „Wir haben gegen zwei Mann weniger nur knapp gewonnen, es wird schwer.“ Und er behielt Recht. Mit 4 : 0 (2 : 0) landeten die Metaller aus Traisen einen sicheren Sieg.

61 Mannschaften

Am traditionellen AKNÖ-Betriebsfußballcup 2010/11 nahmen 61 Mannschaften mit über 1.000 Fußballern teil. Teilnahmeberechtigt sind Mitglieder der AKNÖ und des ÖGB, die zum Zeitpunkt der Meisterschaft im teilnehmenden Betrieb beschäftigt sind. Kleinbetriebe mit bis zu 300 Beschäftigten können eine Spielgemeinschaft aus maximal zwei Betrieben schließen. Großbetriebe können auch mehrere Mannschaften melden. Der Kader darf aus höchstens 18 Spielern bestehen.

AKNÖ-Betriebssport

Die AKNÖ veranstaltet gemeinsam mit dem ÖGB und anderen Partnern vier Sport-Betriebswettbewerbe mit insgesamt 3.200 TeilnehmerInnen:

- Betriebsfußballcup
- Hallenfußballcup
- Kegelmeisterschaften
- Stocksport

Kultur, Freizeit und Sport

60 | 61

Schwerpunkte

Im Jahr 2011 hat die AKNÖ erstmals ein neues Konzept für den traditionellen „Tag der NÖ ArbeitnehmerInnen“ vorgestellt und durchgeführt. Unter dem Titel „Begegnung in der Region“ werden nun von AKNÖ und ÖGB in allen vier niederösterreichischen Vierteln Veranstaltungen abgehalten, um neben einer interessenpolitischen und kulturellen Schwerpunktsetzung auch die regionalen Besonderheiten Niederösterreichs hervorzuheben. Rund 2.000 ArbeitnehmerInnen besuchten mit ihren Familien die Veranstaltungen in Kirchberg, Marchegg, Traiskirchen und Schrems.

Wintersporttage

Die AKNÖ/ÖGB-Wintersporttage in Hollenstein an der Ybbs und Puchenstuben boten vor allem Familien alles, was das Herz begehrt: Gratis-Skifahren, Snowboarden oder Langlaufen in einem niederösterreichischen Skigebiet. Zu allen drei Wintersporttagen kamen insgesamt 1.200 TeilnehmerInnen. Als zusätzliches Service in Kooperation mit den AKNÖ-Bezirksstellen wurden auch Fackelwanderungen veranstaltet, zu denen 200 TeilnehmerInnen kamen.

Sportbewerbe

Die AKNÖ veranstaltet vier Betriebssportbewerbe: Kegeln, Stocksport, Betriebsfußballcup und Hallenfußballcup für Senioren. Bei den Bewerben traten 2011 insgesamt 446 Teams an. Dabei stehen vor allem Spielfreude, Ehrgeiz und Teamarbeit im Vordergrund. Es verwundert daher auch nicht, dass die Sportbewerbe von AKNÖ und ÖBG von Jahr zu Jahr immer mehr Anhänger gewinnen.

Die AKNÖ organisiert und führt mehr als 100 Bewerbe jährlich durch. Neben Sportbewerben wurden von den AKNÖ-Bezirksstellen auch Sportartikeltauschsörben mit insgesamt 400 TeilnehmerInnen veranstaltet.

Kulturveranstaltungen

Höhepunkt im Kulturbereich der AKNÖ war 2011 sicherlich das Finale des „Großen NÖ Kabarett & Comedy Preises“, das in der Bühne im Hof in St. Pölten erfolgreich veranstaltet wurde. Über die WUCHTEL 2011 konnte sich Sieger Bernhard Lentsch freuen.

Rund 8.700 Menschen besuchten die weiteren 55 Kulturveranstaltungen der NÖ Arbeiterkammer. Diese Veranstaltungen bieten AKNÖ-Mitgliedern die Möglichkeit, vor allem hochwertige Kabarettprogramme in der Region zu sehen.



2.000 ArbeitnehmerInnen besuchten mit ihren Familien die „Begegnungen in den Regionen“.

Leistungen im Bereich Kultur, Freizeit und Sport

	Anzahl
TeilnehmerInnen bei 4 Veranstaltungen „Begegnung in der Region“	2.000
TeilnehmerInnen Sportwettbewerbe	3.200
TeilnehmerInnen bei 2 Wintersporttagen	1.200
BesucherInnen bei 59 Kulturveranstaltungen (inkl. Kabarett & Comedy Preis)	9.827



Der AKNÖ-Finanzbericht

Bericht zum Rechnungsabschluss

Rechtsgrundlage

Die Organisation sowie der Aufgabenbereich der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich sind durch das Arbeiterkammergesetz 1992 (BGBl. Nr. 626/1991 in der geltenden Fassung) geregelt. Die Niederösterreichische Arbeiterkammer als Körperschaft öffentlichen Rechts ist zur Vertretung und Förderung der sozialen, wirtschaftlichen, beruflichen und kulturellen Interessen der niederösterreichischen Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer berufen.

Gemäß § 10 Abs. 1 AKG gehören der Kammer alle im Bundesland Niederösterreich beschäftigten unselbstständig Erwerbstätigen mit Ausnahme der im § 10 Abs. 2 AKG angeführten Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer an. Als Aufsichtsbehörde ist das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz zuständig.

Der Wirkungsbereich der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich erstreckt sich auf das Bundesland Niederösterreich. Die Arbeiterkammer ist gem. § 1 Körperschaftssteuergesetz in ihrem gesetzlich definierten Aufgabenbereich sowohl von der Körperschaftsteuer als auch von der Gewerbesteuer befreit.

Infolge des Fehlens der Unternehmereigenschaft ist sie gemäß § 2 Umsatzsteuergesetz weder umsatzsteuerpflichtig noch vorsteuerabzugsberechtigt. Lediglich mit den von ihr unterhaltenen Betrieben gewerblicher Art unterliegt sie sowohl der Ertragssteuer- als auch der Umsatzsteuerpflicht. Hier ist in erster Linie das in einem gesonderten Abrechnungskreis erfasste und über ein Verrechnungskonto mit der Buchhaltung der Kammer verbundene Seminar-Park-Hotel Hirschwang zu erwähnen.

Die Organe der Kammer, Kammerbüro

Die Organe der Kammer sind gemäß § 46 AKG 1992, die Vollversammlung, der Vorstand, das Präsidium, der Präsident, die Ausschüsse, die Fachausschüsse und der Kontrollausschuss. Die wichtigsten OrganwalterInnen bzw. -mitglieder im Wirtschaftsjahr des Rechnungsabschlusses waren:

Präsident: HANEDER Hermann

VizepräsidentInnen: ADLER Brigitte
HEMM Franz
FIALA Michael
WIESER Markus

Vorstandsmitglieder: ARTMÄUER Alfred
ASPERGER Christine
FARTHOFER Christian

HÄUSLER Armin (bis 14.10.2011)
KAUER Christian
PAMMER Horst (ab 15.11.2011)
PFEIFER Gottfried
PRIESCHING Herta
STERLE Harald
STRAUSSBERGER Erwin
PIRIBAUER Franz (bis 31.1.2012)
BUDER Thomas (kooptiert)
ENGEL Bruno (kooptiert)
HARTMANN Petra (ab 1.2.2012) (kooptiert)
KUPETSCH Alfred (kooptiert)
LEIDENFROST Franz (kooptiert)
LIERNBERGER Margot (kooptiert) (bis 31.1.2012)
PFISTER Rene (kooptiert)
SOMMER Johann (ab 1.2.2012) (kooptiert)
STATTMANN Peter (kooptiert)

Die OrganwalterInnen bzw. -mitglieder der anderen Organe der Selbstverwaltung sind im AKNÖ-Jahresbericht 2011 angeführt.

Die zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben notwendigen fachlichen und administrativen Arbeiten hat das Kammerbüro zu leisten. Das Kammerbüro wird gemäß §§ 76 ff. AKG vom Direktor und den Direktor-StellvertreterInnen geleitet.

Die Zeichnung der Geschäftsstücke der Kammer erfolgt durch Präsident und Direktor bzw. Direktor-StellvertreterInnen nach Maßgabe der Bestimmungen der §§ 56 Abs. 1 Ziff. 2 und 77 Abs. 2 Ziff. 5 AKG sowie der Geschäftsordnung der AKNÖ.

Zusammensetzung des Direktoriums im Berichtsjahr:

Direktor: Mag. Helmut Guth

Direktor-StellvertreterInnen:

Mag. Thomas Wagnsonner (Finanzen, Organisation & Recht), Mag.^a Bettina Heise (Kommunikation & Marketing), Alfred Kermer (Zusammenarbeit mit betrieblichen und überbetrieblichen ArbeitnehmerInnenvertretungen), Günter Mayer (Personal & Infrastruktur)

Die Untergliederung des Kammerbüros ist im Jahresbericht 2011 angeführt. Der Beschäftigtenstand der Arbeiterkammer betrug zum Stichtag exklusive karenzierter und verliehener Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer wie folgt:



Beschäftigungsstand (Vollzeitäquivalent)

	Anzahl
Zentrale (ohne Lehrlinge)	244,5
Lehrlinge Zentrale Wien	2,0
Bezirksstellen	111,2
Logistikzentrum Vösendorf	11,0
Rechtsschutzbüros	25,7
Seminar-Park-Hotel Hirschwang (SPH)	28,3
Lehrlinge SPH	3,0
PensionistInnen	129,0

Erläuterungen zum Rechnungswerk

Der Vorstand genehmigte in seiner Sitzung am 3. Mai 2012 gemäß § 54 Abs. 3 Ziff. 2 AKG 1992 und § 8 Abs. 2 HO-AKNÖ den Entwurf des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2011 und legte ihn gemäß § 66 Abs. 1 AKG 1992 und § 15 Ziff. 4 in Verbindung mit § 17 Abs. 5 Ziff. 2 GO-AKNÖ der Vollversammlung für deren Tagung am 11. Mai 2012 zur Beschlussfassung vor. Dem Rechnungsabschluss ist gemäß § 16 HO-AKNÖ ein Bericht zum Rechnungsabschluss anzufügen.

In der Vollversammlung am 12. November 2010 wurde der den Rahmen für den vorliegenden Jahresabschluss 2011 bildende Voranschlag 2011 mit einem Ausgabenrahmen von insgesamt 54.140.000,00 Euro beschlossen.

In der Vollversammlung am 11. Mai 2012 wurde der Rechnungsabschluss 2011 mit einem Ausgabevolumen von 58.952.847,62 Euro genehmigt.

Vergleichs- und Ertragsrechnung

Vergleichsrechnung

Die wirtschaftliche Lage der Kammer war 2011 einerseits dadurch gekennzeichnet, dass die tatsächlich erzielten Erlöse bei den Kammerumlagen wieder über den Voranschlagswerten blieben und auch die sonstigen Erträge und die Zinserträge über den Werten des Voranschlages lagen. Die Mehreinnahmen betragen bei den Kammerumlagen rund 2,55 Mio. Euro. Die Zinserträge blieben um rund 0,44 Mio. Euro über dem entsprechenden Voranschlagswert. Aus sonstigen Erträgen betragen die Mehrerlöse rund 1,82 Mio. Euro. Die sonstigen Erträge ergaben sich größtenteils durch Kostenrefundierungen infolge der Verrechnung mit dem Insolvenzschutzverband der ArbeitnehmerInnen und sonstigen Personalrefundierungen.

Hinsichtlich der vom Land Niederösterreich in den vergangenen Jahren regelmäßig gewährten Subventionen für Stipendien und Lehrausbildungsbeihilfen gab es eine Zuwendung in

Höhe von 200.000,00 Euro. Die im Wesentlichen der Kostenstruktur eines Dienstleistungsbetriebes entsprechenden Aufwendungen der Arbeiterkammer konnten im Kalenderjahr 2011 um insgesamt rund 4,03 Mio. Euro unter den Werten des Voranschlages gehalten werden.

In den Aufwendungen sind finanzwirksame Maßnahmen der Bundesarbeitskammer (§ 9 Abs. 2 Ziff. 3 AKG) in den Positionen 5.2.1. Wirtschaftspolitik (50.042,96 Euro), 5.2.2. KonsumentInnenberatung – KonsumentInnenpolitik (29.381,01 Euro), 5.4.1. Information und Drucklegungen (75.117,35 Euro), 5.4.2. Öffentlichkeitsarbeit (219.931,16 Euro), 5.4.3. Dokumentationen (13.571,30 Euro), 5.5. Fachausschüsse (29.398,73 Euro), 5.6.1. Mitgliedsbeiträge (115.107,30 Euro), 5.6.2. Subventionen (140.258,21 Euro), 5.6.7. Unterstützung der wahlwerbenden Gruppen (57.555,68 Euro), 6.3.2. Bürobedarf und EDV-Aufwand (28.992,02 Euro), 6.4.1. ExpertInnen- und Prüfungsaufwand für die Verwaltung (1.501,80 Euro) und 7.2. Funktionsgebühren (478,29 Euro) enthalten.

Die Liegenschaftsverwaltungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH erbrachte als hundertprozentige Tochter der AKNÖ Leistungen in Form von Personalbereitstellung für Auskunfts- und Bürotätigkeiten in 5.1.1. Rechtsschutz und Rechtsberatung in der Arbeitsrechtsberatung Wien (134.644,51 Euro) und im RSB West (24.611,53 Euro), in 5.1.3. Sozialpolitik und Sozialberatung (4.447,24 Euro), in 5.1.4. Berufsfürsorge, Gesundheit und ArbeitnehmerInnen-schutz (9.409,29 Euro), in 5.2.1. Wirtschaftspolitik (56.968,06 Euro), in 5.2.2. KonsumentInnenberatung - KonsumentInnenpolitik (123.578,99 Euro), in 5.2.4. Arbeitnehmerveranlagung (50.225,49 Euro), 5.3.2. Berufliche Aus- und Weiterbildung (95.416,78 Euro), 5.3.4. Bibliotheken (25.157,95 Euro), 5.4.1. Information und Drucklegungen (173.213,98 Euro), in 6.3.2. Bürobedarf und EDV-Aufwand (79.853,62 Euro) und in 7.5. Aufwand für die Selbstverwaltung – Sonstiges (43.914,48 Euro), in Form von Bereitstellung von Reinigungspersonal in 6.1.3. Reinigung (841.697,86 Euro) in der Zentrale und in diversen Bezirksstellen und Außenstellen sowie in Form von Bereitstellung von Kraftfahrzeugen in 6.1.6. Betriebsaufwand (95.198,25 Euro) und ab Dezember durch die Einmietung in Gmünd für Miete in 6.1.2. Mietaufwand von Gebäuden (3.600,00 Euro) und für Betriebskosten in 6.1.6. Betriebsaufwand (900,00 Euro).

Im Bereich des Personalaufwandes ist in der Position 8.2. Sozialaufwand die Kantine als Betrieb gewerblicher Art mit Einnahmen in Höhe von 126.485,28 Euro und Ausgaben von 126.691,70 Euro (exkl. Personalaufwand) saldiert dargestellt. Für das Seminar-Park-Hotel Hirschwang wird ein eigener unabhängiger Rechnungskreis geführt. Der bei Erträgen von 1.242.767,51 Euro und Aufwendungen von 1.916.163,45 Euro entstandene Betriebsabgang wurde durch entsprechende Verwendung der „Rückstellung für Betriebe der Kammer“ abgedeckt.

Durch diese Mehreinnahmen bzw. Minderaufwendungen konnten im vorliegenden Jahresabschluss über die von der Vollversammlung im Voranschlag 2011 beschlossenen Zuweisungen zu Rücklagen und Rückstellungen hinaus rund 8,84 Mio. Euro aus dem Jahresergebnis den Rücklagen und Rückstellungen zugeführt werden. Demgegenüber stehen Ausgaben für Investitionen in Höhe von 3,05 Mio. Euro und Verwendungen von Rücklagen und Rückstellungen in Höhe von 2,85 Mio. Euro.



Ertragsrechnung

1. Kammerumlagen **55.452.030,35 (2010: 53.079.673,50)**

Gegenüber dem Vorjahr war ein Anstieg um rund 2,37 Mio. Euro d. s. 4,47 % zu verzeichnen. Dies ist vor allem auf einen Anstieg bei den Umlagepflichtigen zurückzuführen.

2. Sonstige Erträge **2.856.910,21 (2010: 2.800.739,67)**

Die Steigerung in dieser Position ist vor allem auf den Verkauf des Grundstückes der ehemaligen Bezirksstelle Gmünd, auf Erträge aus Förderungen der Bildungsberatung durch Bundes- (BMUKK) und EFS-Mitteln und auf die Mehreinnahmen durch die Verrechnung von Personalkosten an den Insolvenzschutzverband der ArbeitnehmerInnen, durch die höhere Anzahl an Insolvenzen, zurückzuführen.

3. Zinsensaldo **643.907,06 (2010: 546.899,62)**

Der Anstieg bei den Zinserträgen ergibt sich durch die erhöhten Mehreinnahmen.

4. Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen

Auflösungen von Rücklagen und Rückstellungen waren wie im Vorjahr nicht notwendig.

5. Sachaufwand **9.026.907,29 (2010: 8.541.502,36)**

Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr beim Sachaufwand ist auf geplante verstärkte Aktivitäten im Bildungsbereich und im Information- und Öffentlichkeitsbereich zurückzuführen.

5.1. Rechts- und Sozialbereich **2.421.938,22 (2010: 2.510.087,08)**

Der Rückgang bei 5.1.1. Rechtsschutz und Rechtsberatung basiert auf niedrigeren Rechtsschutz- und Veranstaltungskosten. Bei 5.1.2. Lehrlings- und Jugendschutz und 5.1.3. Sozialpolitik und Sozialberatung (Dialogforum) gab es kaum Veränderungen bei den Aufwänden, während es bei 5.1.4. Berufsfürsorge, Gesundheit und ArbeitnehmerInnenschutz (Gesundheitsbus und SIGE-Akademie) und 5.1.5. Frauen- und Jugendprojekte (Begegnung in den Regionen) zu Anstiegen bei den Veranstaltungskosten kam.

5.2. Wirtschaft, Umwelt- und KonsumentInnenschutz **818.506,99 (2010: 822.852,60)**

Bei 5.2.1. Wirtschaftspolitik kam es zu einem Anstieg bei den Honoraren. Die Rückgänge bei 5.2.2. KonsumentInnenberatung erfolgten insbesondere durch Einsparungen bei der Mietrechtsberatung durch verstärkte Eigenberatung. Der Rückgang bei 5.2.5. Arbeitsmarktprojekte entstand durch geringere Aufwände bei der Beteiligung an diversen Implacemestiftungen.

5.3. Kultur-, Bildungs- und Freizeitbereich **2.198.685,18 (2010: 1.910.053,39)**

Der Anstieg bei 5.3.2. Berufliche Aus- und Weiterbildung ist mit der Auslagerung der Werkmeisterschule an das bfi, wo nunmehr zwei komplette Jahrgänge gefördert werden, und mit vermehrter Veranstaltungstätigkeit wie Bewerbungstrainings zu begründen. Bei 5.3.3. Funktionäre- und Betriebsräteschulung entstand ein Anstieg durch die Durchführung der Betriebsräteakademie-Studienreise und einen ganzen Jahrgang Sozialakademie nach Wieder-

introduction im Herbst 2010 und durch eine verstärkte Förderung der Gewerkschaftsschulen. Bei 5.3.4. Bibliotheken kam es zu einem Rückgang bei den Honoraren, während es bei 5.3.1. Kultur- und Bildungsveranstaltungen und bei 5.3.5. Sport Einsparungen bei den Veranstaltungskosten gab.

5.4. Information, Öffentlichkeitsarbeit,

Dokumentation

1.982.210,51 (2010: 1.663.996,09)

In dieser Position kam es in fast allen Unterkapiteln zu Anstiegen. Diese begründeten sich bei 5.4.1. Information und Drucklegungen insbesondere mit der Produktion einer zusätzlichen Ausgabe des „treffpunkt“, mit Druckkosten für Plakate für die BAK-Kampagne „Gerechtigkeit muss sein“ sowie mit Honorarverrechnungen, bei 5.4.2. Öffentlichkeitsarbeit mit höheren Kosten bei Insertionen.

5.5. Fachausschüsse

136.432,89 (2010: 135.721,42)

Der geringe Anstieg entstand vor allem durch höhere Ausgaben des BAK-Fachausschusses MOBI. Die Zuwendungen und Ausgaben für die Fachausschüsse der AKNÖ sind in der folgenden Tabelle ersichtlich.

Fachausschüsse

	Zuwendungen AKNÖ	Sonstige Einnahmen	Einnahmen gesamt	Ausgaben
Bau-Holz	16.406,64	17,72	16.424,36	8.945,88
Angestellte	20.725,45	11,70	20.737,15	20.830,63
Hotel-Gastgewerbe	12.248,01	12,61	12.260,62	6.227,30
Agrar-Nahrung-Genuss	3.298,67	10,44	3.309,11	5.400,56
Metallgewerbe	33.241,60	37,64	33.279,24	24.475,68
FriseurInnen-KosmetikerInnen	8.204,00	6,09	8.210,09	4.917,97
Textil, Bekleidung, Leder	3.054,73	6,97	3.061,70	3.416,87
Graphik-Papier	5.403,76	6,38	5.410,14	5.031,09
HTV	3.176,83	5,30	3.182,13	4.305,46
Gesundheit	23.223,24	8,61	23.231,85	22.430,09
GESAMT	128.982,93	123,46	129.106,39	105.981,53

5.6. Zuwendungen, Unterstützungen

und andere Betreuungskosten

1.469.133,50 (2010: 1.498.791,78)

Hier waren es vor allem Rückgänge, obwohl es bei 5.6.1. Mitgliedsbeiträge und bei 5.6.2. Subventionen und Förderungsbeiträge einen geplanten Anstieg bei den BAK-Mitgliedsbeiträgen und BAK-Subventionen sowie Anstiege bei 5.6.5. Hilfsaktionen und Unterstützungen durch eine Erhöhung der Zwecksubventionen und bei 5.6.7. Unterstützung von wahlwerbenden Gruppen durch eine Inflationsanpassung gab.



6. Betriebs- und Verwaltungsaufwand 6.393.450,04 (2010: 6.079.838,38)

6.1. Instandhaltung und Betriebsaufwand 2.944.895,14 (2010: 2.642.867,85)

In diesem Kapitel gab es durchwegs Steigerungen, in der Position 6.1.1. Instandhaltung der Gebäude und technischen Anlagen durch vermehrte Instandhaltungsaufwendungen, die, wie im Voranschlag geplant, nicht mehr aus der entsprechenden Rückstellung finanziert wurden, bei 6.1.2. Mietaufwand von Gebäuden durch die Neueinmietung der Bezirksstelle Gmünd bei der LIDI und diverse Betriebskostenabrechnungen und Mietanpassungen in der Windmühlgasse 26, in 6.1.3. Reinigung durch den Einsatz von zusätzlichem Reinigungspersonal in Wien, Lilienfeld und Scheibbs, in der Position 6.1.4. Energiekosten sowohl bei Strom (um rund 12.000 Euro) als auch bei den Heizkosten durch Gas und Fernwärme (um rund 38.000 Euro), in 6.1.6. Betriebskosten durch diverse Fahrzeugreparaturen und bei der Position 6.1.7. Versicherungen durch höhere Prämien bei den Gebäudeversicherungen wegen vieler Schadensfälle durch Einbrüche in den Vorjahren.

6.2. Postgebühren und Fahrtaufwand 2.263.362,00 (2010: 2.118.466,79)

Der Anstieg bei den Portokosten ist vor allem auf eine zusätzliche Ausgabe des „treffpunkt“ zurückzuführen.

6.3. Büroaufwand 993.478,22 (2010: 1.037.384,63)

In der Position 6.3.2. Bürobedarf und EDV-Aufwand reduzierten sich vor allem die Aufwände für Honorare, während es zu höheren Kosten bei den Softwarelizenzen kam.

6.4. Sonstiger Aufwand 191.714,68 (2010: 281.119,11)

Die Rückgänge in diesem Bereich sind auf eine Kostenreduktion in der Position 6.4.4. Mitgliederverwaltung für die Übermittlung von monatlich aktualisierten Datenbeständen durch die Sozialversicherungsträger, in 6.4.1. ExpertInnen- und Prüfungsaufwand für die Verwaltung und in 6.4.5. Qualitätsmanagement – Organisationsentwicklung auf den Abschluss des Strategieprozesses zurückzuführen.

7. Selbstverwaltung 831.899,44 (2010: 835.921,58)

Der Anstieg in der Position 7.4. Repräsentation lässt sich mit Einladungen des Präsidenten bei den ÖGB-Landes- und -Bezirkskonferenzen begründen, während der Rückgang in 7.5. Sonstiges durch geringere Pensionsauszahlungen an ehemalige FunktionärInnen entstand.

8. Personalaufwand 29.661.131,08 (2010: 28.773.698,40)

Der Anstieg bei den Personalkosten erklärt sich durch die Gehaltserhöhung ab Juni. Die den Voranschlag überschreitenden Beträge bei Pensionszahlungen (280.553,92 Euro) und Abfertigungszahlungen (25.512,45 Euro) waren laut Haushaltsordnung als Verwendung der Rückstellung zur Pensionsvorsorge bzw. Abfertigungsvorsorge zu verbuchen.

9. Zuführung zu Rücklagen und Rückstellungen 10.618.524,55 (2010: 9.837.477,25)

Unter dieser Position sind die Dotierungen diverser Rücklagen bzw. Rückstellungen ausgewiesen. Die Zuführung zur Rückstellung zur Pensionsvorsorge musste von 3,00 Mio. Euro im

Kalenderjahr 2010 auf 4,00 Mio. Euro erhöht werden, da sich die Performance der Pensionskasse für das Kalenderjahr 2011 auf +/- 0 Prozent verringert hat.

10. Kosten der Umlageneinhebung **828.545,01 (2010: 793.327,07)**

Für die aus der Einhebung der Kammerumlage entstehenden Verwaltungskosten verrechnen die Sozialversicherungsträger den Arbeiterkammern einen pauschalen Aufwandsersatz in Höhe von 1,5 Prozent.

11. Kostenbeitrag für die Führung der Bürogeschäfte der Bundesarbeitskammer **1.592.390,21 (2010: 1.565.547,75)**

Die Bürogeschäfte der Bundesarbeitskammer werden gemäß § 90 AKG von der Arbeiterkammer Wien geführt. Zur Abdeckung der daraus erwachsenden Kosten erhält die Arbeiterkammer Wien von den übrigen Länderkammern eine Vergütung in Höhe von 3 Prozent der Erträge aus Kammerumlagen des jeweils vorangegangenen Jahres.

Vermögensbilanz

Die Vermögensbilanz zum 31. Dezember 2011 weist im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2010 eine Steigerung der Bilanzsumme um rund 5,942 Mio. Euro auf rund 81,388 Mio. Euro aus.

AKTIVA

Das Anlagevermögen stieg um rund 2,238 Mio. Euro auf rund 52,695 Mio. Euro infolge von Zugängen in Höhe von 5,184 Mio. Euro gegenüber Abschreibungen bzw. Abgängen in Höhe von 2,946 Mio. Euro. Bei den Finanzanlagen sind unter Wertpapiere und Anteile, neben den zur Sicherung der Informationsbeschaffung zur Wahrung der Interessen von ArbeitnehmerInnen Aktienanteilen in Höhe von 8.346,68 Euro, insbesondere die Beteiligungen an verbundenen Unternehmen in Höhe von 3.210.605,80 Euro. Unter dieser Position werden der 100 Prozentanteil an der LIDI Liegenschaftsverwaltungs- und Dienstleistungsgesellschaft m.b.H. mit einem zur Gänze einbezahlten Stammkapital von 35.000 Euro zuzüglich des Gesellschafterzuschusses in Höhe von 2.859.823,63 Euro und die Übertragung einer Liegenschaft in Grmünd in Höhe von 63.090,00 Euro ausgewiesen.

Von der LIDI wurden mit Stichtag 31.12.2011 insgesamt 49 MitarbeiterInnen – davon 28 ArbeiterInnen im Bereich Reinigung und 21 Angestellte als Aushilfskräfte zur Spitzenabdeckung im externen Leistungsbereich – überlassen.

Die festverzinslichen Wertpapiere des Anlagevermögens in Höhe von 6.667.981,60 Euro dienen für zukünftige Pensionsleistungen und sind daher gemäß § 94 EstG von der Kapitalertragsteuer befreit. Das Umlaufvermögen stieg um rund 3,686 Mio. Euro auf rund 27,606 Mio. Euro, wobei die Forderungen nahezu unverändert blieben. Die Kassenstände blieben mit rund 14.800 Euro beinahe unverändert, während es bei den Guthaben bei Banken zu einem Anstieg um rund 3,336 Mio Euro auf nunmehr 20,586 Mio. Euro kam. Da einige Festgeldgeschäfte zur Absicherung für zukünftige Pensionsleistungen dienen, sind sie ebenso wie die



dafür im Anlagevermögen vorgesehenen festverzinslichen Wertpapiere gemäß § 94 EstG von der Kapitalertragsteuer befreit.

Die Rechnungsabgrenzungsposten blieben fast unverändert bei rund 1,088 Mio. Euro.

PASSIVA

Das Kapital stieg um rund 1,222 Mio. Euro durch Investitionen in Höhe von 3,055 Mio. Euro und Abschreibungen und Anlagenabgänge in Höhe von 1,833 Mio. Euro auf rund 48,117 Mio. Euro. Die Rücklagen erhöhten sich um rund 1,667 Mio. Euro auf rund 10,028 Mio. Euro durch Verwendungen für Investitionen um rund 3,055 Mio. Euro und für Unterstützungen im Bereich Arbeitsmarktpolitik um 0,006 Mio. Euro und durch Dotierungen in Höhe von rund 4,729 Mio. Euro. Die Rückstellungen stiegen um rund 2,630 Mio. Euro auf rund 20,580 Mio. Euro. Der Stand der einzelnen Rückstellungen zum Stichtag 31. Dezember 2011 betrug wie folgt:

1. Abfertigungsrückstellung	4.401.981,88	(2010: 4.293.727,63)
2. Pensionsrückstellung	7.400.401,95	(2010: 5.785.502,48)
3. Reparatur- und Instandhaltungsrückstellung	399.327,36	(2010: 399.327,36)
4. Wahlrückstellung	1.752.202,48	(2010: 1.202.202,48)
5. Rückstellung für Betriebe der Kammer	796.674,13	(2010: 870.070,07)
6. Sonstige Rückstellungen	5.828.961,34	(2010: 5.399.427,91)
a. J.Hesoun Fachausbildung	705.513,89	(2010: 771.396,89)
b. Rechtsschutz	717.854,84	(2010: 717.854,84)
c. Expertenleistungen	218.484,55	(2010: 218.484,55)
d. Vorsorge gemäß § 12 (5) RILAK und § 19 (2) DBPO	1.413.973,15	(2010: 1.356.802,65)
e. Vorsorge gem. § 27 ALVG	295.026,21	(2010: 405.714,07)
f. Noch nicht konsumierte Urlaube	2.478.108,70	(2010: 1.929.174,91)

Die Verbindlichkeiten stiegen um rund 0,422 Mio. Euro auf rund 2,663 Mio. Euro.

Die Vermögensbilanz in Euro

		Aktiva
A. Anlagevermögen		
A.1. Immaterielle Vermögenswerte		32.391,18
A.2. Sachanlagen		
A.2.1. Bebaute Grundstücke	42.357.467,43	
A.2.2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	426.453,28	
A.2.3. Anlagen in Bau	0,00	42.783.920,71
A.3. Finanzanlagen		9.878.587,40
Anlagevermögen		52.694.899,29
B. Umlaufvermögen		
B.1. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		7.004.934,36
B.2. Wertpapiere und Anteile		0,00
B.3. Kassenbestand und Guthaben bei Banken		20.600.912,91
Umlaufvermögen		27.605.847,27
C. Aktive Rechnungsabgrenzung		1.087.599,21
BILANZSUMME		81.388.345,77

		Passiva
A. Kapital		48.117.296,62
B. Rücklagen		
B.1. Bau- und Investitionsrücklage		8.994.603,52
B.2. Sonstige Rücklagen		1.033.594,34
Rücklagen		10.028.197,86
C. Rückstellungen		
C.1. Rückstellung für Abfertigungsansprüche		4.401.981,88
C.2. Rückstellung für Pensionsvorsorge		7.400.401,95
C.3. Rückstellung für Erhaltungs- und Reparaturaufwand		399.327,36
C.4. Rückstellung für Wahlaufwand		1.752.202,48
C.5.1. Rückstellung für Betriebe der Kammer		796.674,13
C.5.2. Sonstige Rückstellungen		5.828.961,34
Rückstellungen		20.579.549,14
D. Verbindlichkeiten		
D.1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		0,00
D.2. Verbindlichkeiten aus Darlehen		0,00
D.3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		1.299.545,87
D.4. Sonstige Verbindlichkeiten		1.363.756,28
Verbindlichkeiten		2.663.302,15
BILANZSUMME		81.388.345,77



Die Ertragsrechnung in Euro

	Erträge 2011
1. Kammerumlagen	55.452.030,35
2. Sonstige Erträge	2.856.910,21
3. Zinsensaldo	643.907,06
4. Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen	0,00
Summe Erträge	58.952.847,62

	Aufwendungen 2011
5. Sachaufwand	9.026.907,29
6. Betriebs- und Verwaltungsaufwand	6.393.450,04
7. Kosten der Selbstverwaltung	831.899,44
8. Personalaufwand	29.661.131,08
9. Zuführung zu Rücklagen und Rückstellungen	10.618.524,55
10. Kosten der Umlageneinhebung	828.545,01
11. Kostenbeitrag für die Führung der Bürogeschäfte der Bundesarbeitskammer	1.592.390,21
Summe Aufwendungen	58.952.847,62

	Erträge und Aufwendungen 2011 im Detail	
1. Kammerumlagen	55.452.030,35	
2. Sonstige Erträge		
2.1. Mieterträge	558.645,65	
2.2. Verkaufserlöse	109.100,00	
2.3. Sonstige Erträge	2.189.164,56	2.856.910,21
3. Zinsensaldo		
3.1. Zinsenerträge	689.512,74	
3.2. Kapitalertragsteuer	-45.605,68	643.907,06
4. Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen		
4.1. Auflösung von Rücklagen	0,00	
4.2. Auflösung von Rückstellungen	0,00	0,00
5. Sachaufwand		
5.1. Rechts- und Sozialbereich		
5.1.1. Rechtsschutz und Rechtsberatung	1.045.955,99	
5.1.2. Lehrlings- und Jugendschutz	253.008,96	
5.1.3. Sozialpolitik und Sozialberatung	58.025,22	
5.1.4. Berufsfürsorge, Gesundheit u. Arbeitnehmerschutz	936.248,09	
5.1.5. Frauen- und Jugendprojekte	128.699,96	2.421.938,22
5.2. Wirtschaft, Umwelt- und Konsumentenschutz		
5.2.1. Wirtschaftspolitik	128.454,20	
5.2.2. Konsumentenberatung - Konsumentenpolitik	231.508,35	
5.2.3. Umweltschutz	11.564,76	
5.2.4. Arbeitnehmerveranlagung	377.539,57	
5.2.5. Arbeitsmarktprojekte	69.440,11	818.506,99

Erträge und Aufwendungen 2011 im Detail

5.3. Kultur-, Bildung- und Freizeitbereich		
5.3.1. Kultur- und Bildungsveranstaltungen	122.097,27	
5.3.2. Berufliche Aus- und Weiterbildung	886.759,90	
5.3.3. Funktionäre- und Betriebsräteschulung	998.841,58	
5.3.4. Bibliotheken	118.371,93	
5.3.5. Sport	72.614,50	2.198.685,18
5.4. Information, Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation		
5.4.1. Information und Drucklegungen	969.504,77	
5.4.2. Öffentlichkeitsarbeit	919.040,65	
5.4.3. Dokumentationen	93.665,09	1.982.210,51
5.5. Fachausschüsse		136.432,89
5.6. Zuwendungen, Unterstützungen und andere Betreuungskosten		
5.6.1. Mitgliedsbeiträge	126.740,95	
5.6.2. Subventionen und Förderungsbeiträge	193.101,21	
5.6.3. Lehrausbildungsbeihilfen	110.880,00	
5.6.4. Stipendien	135.634,00	
5.6.5. Hilfsaktionen und Unterstützungen	124.668,15	
5.6.6. Wohnbauförderung	0,00	
5.6.7. Unterstützung der wahlwerbenden Gruppen		
5.6.7.1. AKNÖ	695.200,00	
5.6.7.2. BAK	57.555,68	
5.6.8. Ehrung von Arbeitsjubilaren	25.344,35	
5.6.9. Sonstiges	9,16	1.469.133,50
6. Betriebs- und Verwaltungsaufwand		
6.1. Instandhaltung und Betriebsaufwand		
6.1.1. Instandhaltungen der Gebäude und technischen Anlagen		
	345.646,39	
6.1.2. Mietaufwand von Gebäuden	623.920,52	
6.1.3. Reinigung	879.879,11	
6.1.4. Energieaufwand	499.656,12	
6.1.5. Abgaben und Gebühren	4.615,78	
6.1.6. Betriebsaufwand	439.465,65	
6.1.7. Versicherungen	151.711,57	2.944.895,14
6.2. Postgebühren und Fahrtaufwand		
6.2.1. Porti, Post- und Telefongebühren	1.524.184,39	
6.2.2. Reise- und Fahrtaufwand	739.177,61	2.263.362,00
6.3. Büroaufwand		
6.3.1. Miete und Instandhaltung von Büromaschinen und Einrichtungen		
	304.981,50	
6.3.2. Bürobedarf und EDV-Aufwand	674.236,15	
6.3.3. Sonstiger Büroaufwand	14.260,57	993.478,22
6.4. Sonstiger Aufwand		



Erträge und Aufwendungen 2011 im Detail

6.4.1. Experten- und Prüfungsaufwand für die Verwaltung	68.302,00	
6.4.2. Repräsentation	5.329,99	
6.4.3. Zinsaufwand und sonstige Bankspesen	21.887,08	
6.4.4. Mitgliederverwaltung	34.440,31	
6.4.5. Qualitätsmanagement - Organisationsentwicklung	60.716,26	
6.4.6. Sonstiges	1.039,04	191.714,68
7. Aufwand für die Selbstverwaltung		
7.1. Sitzungen, Versammlungen, Ausschüsse und Delegationen	84.292,08	
7.2. Funktionsgebühren	454.145,70	
7.3. Aufwandsentschädigungen für Funktionäre	65.537,28	
7.4. Repräsentation	93.589,96	
7.5. Sonstiges	134.334,42	831.899,44
8. Personalaufwand		
8.1. Löhne und Gehälter	20.435.957,36	
8.2. Sozialaufwand	5.262.414,81	
8.3. Aus- und Fortbildung	262.758,91	
8.4. Pensionszahlungen	3.200.000,00	
8.5. Abfertigungszahlungen	500.000,00	29.661.131,08
9. Zuführung zu Rücklagen und Rückstellungen		
9.1. Zuführung zu Rücklagen		
9.1.1. Zuführung zur Bau- und Investitionsrücklage	4.728.653,56	
9.1.2. Zuführung zu sonstigen Rücklagen		
9.1.2.1. Zuführung zur Rücklage für finanzwirksame Maßnahmen der BAK	0,00	

Erträge und Aufwendungen 2011 im Detail

9.1.2.2. Zuführung zur Rücklage für Grundlagenarbeit	0,00	
9.1.2.3. Zuführung zur Rücklage für Katastrophen und Wohnbadaurlehen	0,00	4.728.653,56
9.2. Zuführung zu Rückstellungen		
9.2.1. Zuführung zur Pensionsvorsorge	4.000.000,00	
9.2.2. Zuführung zur Abfertigungsrückstellung	133.766,70	
9.2.3. Zuführung zur Reparatur- und Instandhaltungsrückstellung	0,00	
9.2.4. Zuführung zur Wahlrückstellung	550.000,00	
9.2.5. Zuführung zu sonstigen Rückstellungen		
9.2.5.1. Zuführung zur Rückstellung für Betriebe der Kammer	600.000,00	
9.2.5.2. Zuführung zur Rechts- und Beratungsrückstellung	0,00	
9.2.5.3. Zuführung zur J. Hesoun- Fachausbildung-Rückstellung	0,00	
9.2.5.4. Zuführung zur Rechtsschutzrückstellung	0,00	
9.2.5.5. Zuführung zur Rückstellung gem. § 19 (2) DBPO u.§ 12 (5) RILAK	57.170,50	
9.2.5.6. Zuführung zur Rückstellung gem.§ 27 AIVG	0,00	
9.2.5.7. Zuführung zur Rückstellung für nicht konsumierte Urlaube	548.933,79	5.889.870,99
10. Kosten der Umlageneinhebung		828.545,01
11. Kostenbeitrag für die Führung der Bürogeschäfte der Bundesarbeitskammer		1.592.390,21



Die Leistungsübersicht in Euro

Erträge 2011	
1. Kammerumlagen	55.452.030,35
2. Sonstige Erträge	2.856.910,21
3. Zinsensaldo	643.907,06
4. Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen	0,00
Summe Erträge	58.952.847,62

Aufwendungen 2011	
5. Dienstleistungen	43.166.429,82
6. Zuwendungen	1.915.058,59
7. Selbstverwaltung	831.899,44
8. Vorsorge für Leistungen	10.618.524,55
9. Kosten der Umlageneinhebung	828.545,01
10. Kostenbeitrag für die Führung der Bürogeschäfte der Bundesarbeitskammer	1.592.390,21
Summe Aufwendungen	58.952.847,62

Erträge und Aufwendungen 2011 im Detail			
1. Kammerumlagen			55.452.030,35
2. Sonstige Erträge			
2.1. Mieterträge	558.645,65		
2.2. Verkaufserlöse	109.100,00		
2.3. Sonstige Erträge	2.189.164,56	2.856.910,21	
3. Zinsensaldo			
3.1. Zinsenerträge	689.512,74		
3.2. Kapitalertragsteuer	-45.605,68	643.907,06	
4. Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen			
4.1. Auflösung von Rücklagen	0,00		
4.2. Auflösung von Rückstellungen	0,00	0,00	
5. Dienstleistungen der Arbeiterkammer			
5.1. Rechts- und Sozialbereich			
Sachaufwand	2.421.938,22		
Betriebs- und Verwaltungsaufwand	4.353.561,58		
Personalaufwand	21.149.846,11	27.925.345,91	
5.2. Wirtschaft, Umwelt- und Konsumentenschutz			
Sachaufwand	818.506,99		
Betriebs- und Verwaltungsaufwand	1.137.555,95		
Personalaufwand	5.274.972,78	7.231.035,71	
5.3. Kultur-, Bildung- und Freizeitbereich			
Sachaufwand	2.198.685,18		
Betriebs- und Verwaltungsaufwand	482.015,23		
Personalaufwand	1.583.469,69	4.264.170,11	

Erträge und Aufwendungen 2011 im Detail

5.4. Information, Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation			
Sachaufwand	1.982.210,51		
Betriebs- und Verwaltungsaufwand	323.914,24		
Personalaufwand	1.303.320,46	3.609.445,20	
5.5. Fachausschüsse		136.432,89	
6. Zuwendungen, Unterstützungen und andere Betreuungskosten			
Sachaufwand	1.469.133,50		
Betriebs- und Verwaltungsaufwand	96.403,05		
Personalaufwand	349.522,04	1.915.058,59	
7. Aufwand für die Selbstverwaltung		831.899,44	
8. Vorsorge für Leistungen			
8.1. Zuführung zu Rücklagen			
8.1.1. Zuführung zur Bau- und Investitionsrücklage			
	4.728.653,56		
8.1.2. Zuführung zu sonstigen Rücklagen			
8.1.2.1. Zuführung zur Rücklage für finanzwirksame Maßnahmen der BAK			
	0,00		
8.1.2.2. Zuführung zur Rücklage für Grundlagenarbeit			
	0,00		
8.1.2.3. Zuführung zur Rücklage für Katastrophen und Wohnbaudarlehen			
	0,00	4.728.653,56	
8.2. Zuführung zu Rückstellungen			
8.2.1. Zuführung zur Pensionsrückstellung			
	4.000.000,00		
8.2.2. Zuführung zur Abfertigungsrückstellung			
	133.766,70		
8.2.3. Zuführung zur Reparatur- und Instandhaltungsrückstellung			
	0,00		
8.2.4. Zuführung zur Wahlrückstellung			
	550.000,00		
8.2.5. Zuführung zu sonstigen Rückstellungen			
8.2.5.1. Zuführung zur Rückstellung für Betriebe der Kammer			
	600.000,00		
8.2.5.2. Zuführung zur Expertenrückstellung			
	0,00		
8.2.5.3. Zuführung zur J.-Hesoun-Fachausbildung-Rückstellung			
	0,00		
8.2.5.4. Zuführung zur Rechtsschutzrückstellung			
	0,00		
8.2.5.5. Zuführung zur Rückstellung gem. § 19 (2) DBPO und § 12 (5) RILAK			
	57.170,50		
8.2.5.6. Zuführung zur Rückstellung gem. § 27 AVG			
	0,00		
8.2.5.7. Zuführung zur Rückstellung für nicht konsumierte Urlaube			
	548.933,79	5.889.870,99	
9. Kosten der Umlageneinhebung		828.545,01	
10. Kostenbeitrag für die Führung der Bürogeschäfte der BAK		1.592.390,21	



Kontrollbericht des Kontrollausschusses zum Rechnungsabschluss 2011

Der Kontrollausschuss hat sich in seiner Sitzung am 4. Mai 2012 mit dem vom Vorstand der AKNÖ am 3. Mai 2012 genehmigten Entwurf des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2011 befasst und erstattet nach eingehender Behandlung des Rechnungsabschlusses 2011 der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich folgenden Kontrollbericht.

Rechtsgrundlage

Der Kontrollausschuss ist gemäß § 59 Abs. 5 AKG 1992 Ld. g. F. verpflichtet, einen Kontrollbericht über den Rechnungsabschluss der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich zu erstellen. Nach den Bestimmungen des § 59 Abs. 5 AKG und § 22 Abs. 8 der Geschäftsordnung der AKNÖ hat der Kontrollausschuss diesen Kontrollbericht der Vollversammlung vorzulegen. Die Prüfung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2011 erfolgte gemäß § 59 Abs. 1 und § 62 AKG. B.

Unterlagen

Die Beurteilung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2011 erfolgte unter Verwendung folgender Unterlagen:

1. Rechnungsabschluss
 - 1.1. Zahlenwerke des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2011 (einschließlich der Aufklärungen und Erläuterungen des Direktors Mag. Guth zu den Zahlenwerken)
 - a. Vermögensbilanz
 - b. Vergleichsrechnung
 - c. Ertragsrechnung
 - d. Leistungsübersicht zur Ertragsrechnung
 - 1.2. Bericht zum Rechnungsabschluss 2011 gemäß § 16 der Haushaltsordnung der AKNÖ.
2. Bericht des vom Vorstand gemäß § 70 Abs. 1 AKG bestellten Abschlussprüfers („CURA“ Treuhand- und Revisionsgesellschaft m.b.H.) über die Prüfung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2011
3. Beschlüsse, Prüfungsergebnisse und Protokolle der
 - Sitzung des Kontrollausschusses vom 29. Juni 2011
 - Sitzung des Kontrollausschusses vom 28. September 2011
 - Sitzung des Kontrollausschusses vom 19. Oktober 2011
 - Sitzung des Kontrollausschusses vom 30. November 2011
 - Sitzung des Kontrollausschusses vom 18. Jänner 2012
 - Sitzung des Kontrollausschusses vom 22. Februar 2012
 - Sitzung des Kontrollausschusses vom 28. März 2012

Vom Kontrollausschuss wurde zur Kenntnis genommen, dass im Vorstand der AKNÖ in seiner Sitzung am 3. Mai 2012 der Entwurf des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2011 unter Anwesenheit aller im Vorstand vertretenen Fraktionen einstimmig genehmigt wurde.

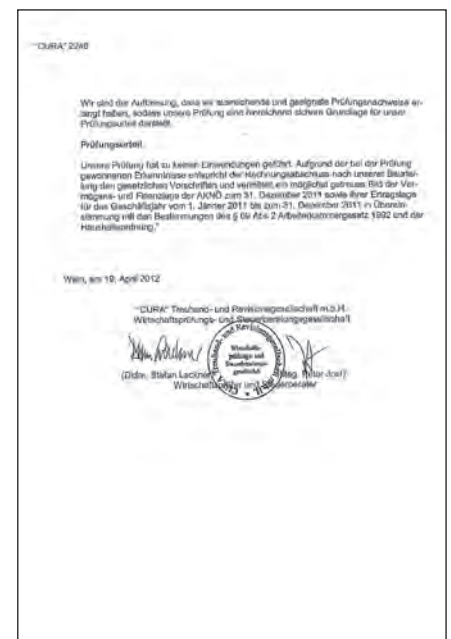
Ergebnis

Der Kontrollausschuss stellt fest, dass die gebahrungsrelevanten gesetzlichen Vorschriften, die Vorschriften der Haushaltsordnung, der Geschäftsordnung sowie die Organbeschlüsse eingehalten wurden. Weiters stellt der Kontrollausschuss fest, dass die einschlägigen kaufmännischen Bewertungsvorschriften im Rechnungsabschluss für das Jahr 2011 beachtet wurden. Die erforderlichen Nachweise und Aufgliederungen zu den einzelnen Positionen des Rechnungsabschlusses wurden vorgelegt. Zur form- und fristgerechten Behandlung durch die übrigen Organe der Kammer stellt der Kontrollausschuss fest, dass die Behandlung durch den Vorstand der Kammer sowie die Beschlussfassung des Vorstandes auf Vorlage des Rechnungsabschlusses 2011 an die Vollversammlung zur Beschlussfassung in deren Tagung am 11. Mai 2012 den Bestimmungen des Arbeiterkammergesetzes entspricht.

Der Rechnungsabschluss für das Jahr 2011 ist hinreichend erläutert, die finanzielle Lage der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich ist im Rechnungsabschluss für das Jahr 2011 ordnungsgemäß dargestellt.

Aufgrund der vom Kontrollausschuss gewonnenen Eindrücke und Erkenntnisse erfolgte die Führung der Geschäfte der Kammer im Jahre 2011 nach den Grundsätzen kaufmännischer Sorgfalt und Vorsicht und unter Einhaltung des von der Vollversammlung beschlossenen Voranschlages.

Das Prüfungsergebnis





Die Organisation

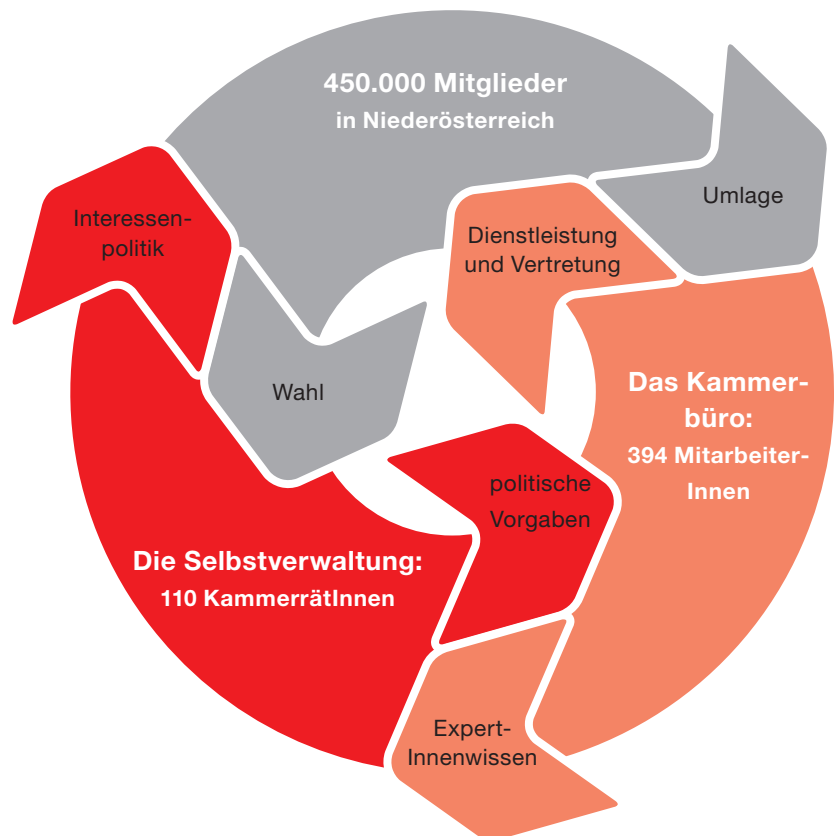
Die Struktur

Die niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen können sich auf ihre Interessenvertretungen verlassen: Tausende engagierte BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen und GewerkschafterInnen leisten täglich einen ausgezeichneten Job.

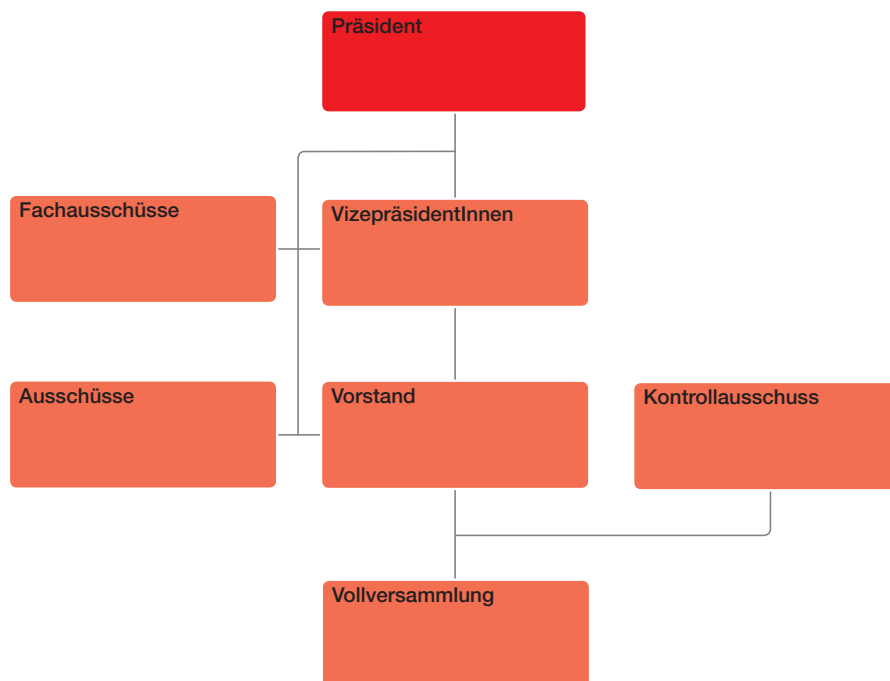
Die niederösterreichischen Beschäftigten wählen aus ihrer Mitte alle fünf Jahre 110 Kammerrätinnen und Kammerräte in die Gremien der Selbstverwaltung der NÖ Arbeiterkammer. Sie bilden gemeinsam das „ArbeitnehmerInnenparlament“. Die Kammerrätinnen und Kammerräte werden in ihrer politischen Arbeit durch die Grundlagenarbeit der ExpertInnen der AKNÖ unterstützt.

Die AKNÖ-ExpertInnen bringen ihre praktische Erfahrung aus Tausenden Beratungen, gerichtlichen Vertretungen und Serviceleistungen ein und verbessern damit die Lebensbedingungen der ArbeitnehmerInnen. Darüber hinaus arbeitet die Arbeiterkammer eng mit den Gewerkschaften und den betrieblichen Interessenvertretungen zusammen. Für die Interessen aller ArbeitnehmerInnen in Niederösterreich.

Die KammerrätInnen und ExpertInnen der AKNÖ arbeiten Hand in Hand mit den Gewerkschaften und BetriebsrätInnen für die Interessen der niederösterreichischen Beschäftigten.



Die Selbstverwaltung



Die Selbstverwaltung

Der bzw. die PräsidentIn ist gemäß § 56 AKG der/die gesetzliche VertreterIn der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich und wird von den 110 KammerrätInnen in der Vollversammlung gewählt. Sie wählen in der konstituierenden Vollversammlung aus ihren Reihen das Präsidium.

Der Präsident

Haneder Hermann, FSG

Vizepräsidentin und Vizepräsidenten

Adler Brigitte, FSG

Fiala Michael, FSG

Hemm Franz, NÖ AAB-FCG

Wieser Markus, FSG



Das Präsidium (v. l. n. r.):
 Franz Hemm, Brigitte Adler,
 Michael Fiala, Hermann Haneder,
 Markus Wieser



Der Vorstand

Die Mitglieder des Vorstandes werden von den Kammerrätinnen und Kammerräten der AKNÖ in der konstituierenden Vollversammlung gewählt.

Im Vorstand werden unter anderem die Vollversammlungen vorbereitet, der Jahresvorschlag und der Rechnungsabschluss genehmigt sowie die Durchführung größerer Vorhaben der Arbeiterkammer beschlossen.

Der AKNÖ-Vorstand ist ein wichtiges Beschlussorgan der Selbstverwaltung.

Der AKNÖ-Vorstand ist gemäß Arbeiterkammergesetz ein wichtiges Beschlussorgan der Selbstverwaltung. Grundlagen dieser Beschlüsse sind ExpertInnenberichte aus dem Kammerbüro und die Tätigkeit der Ausschüsse, die der Vorstand zur Unterstützung seiner Arbeit einsetzt.

Die Ausschüsse ihrerseits beschließen Stellungnahmen und Gutachten zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen. Die Arbeit des AKNÖ-Vorstandes bildet neben den Präsidentenentscheidungen und dem laufenden Geschäfts- und Budgetvollzug des Kammerbüros die Grundlage für die Tätigkeiten der NÖ Arbeiterkammer.

Im Jahr 2011 trat der Vorstand der NÖ Arbeiterkammer auf Basis der Geschäfts- und Haushaltsordnung neunmal zu Sitzungen zusammen. Dabei wurden unter anderem Entscheidungen bezüglich der Übersiedelung der AKNÖ-Zentrale nach St. Pölten oder auch z. B. in Hinblick auf die Neugestaltung des Beihilfewesens der AKNÖ getroffen.

Der AKNÖ-Vorstand besteht aus insgesamt 14 Mitgliedern, dem Präsidenten, der Vizepräsidentin und den Vizepräsidenten sowie neun weiteren Mitgliedern.

AK-Vorstandmitglieder

Artmäuer Alfred, FSG
Asperger Christine, FSG
Farthofer Christian, FSG
Kauer Christian, FSG
Pammer Horst, FSG
Pfeifer Gottfried, FA
Priesching Herta, FSG
Sterle Harald, NÖ AAB-FCG
Straussberger Erwin, FSG

In den AK-Vorstand kooptiert:

Buder Thomas, NÖ AAB-FCG
Engel Bruno, NÖ AAB-FCG
Hartmann Petra, FSG
Kupetsch Alfred, FSG
Leidenfrost Franz, FSG
Pfister Rene, FSG
Sommer Johann, NÖ AAB-FCG
Stattmann Peter, FSG

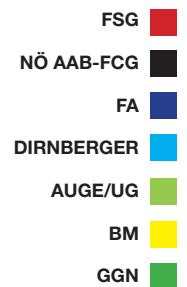
Stand: Mai 2012

Die Vollversammlung

Die Vollversammlung der NÖ Arbeiterkammer besteht aus 110 KammerrätInnen, die von den Beschäftigten in Niederösterreich gewählt werden.

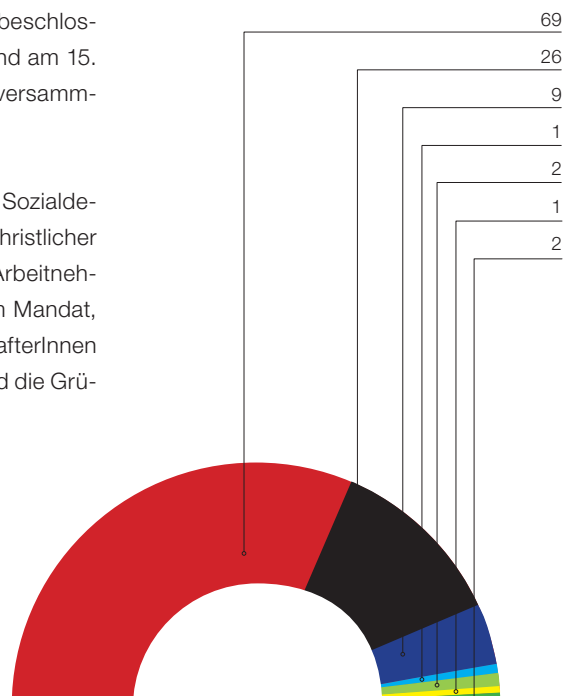


Mandate



Das Parlament der ArbeitnehmerInnen tagt zumindest zweimal im Jahr. Einmal jährlich treten die KammerrätInnen in St. Pölten zusammen, weitere Sitzungen finden in anderen Regionen statt. In der Vollversammlung werden die interessenpolitischen Vorgaben für die Tätigkeit der Arbeiterkammer sowie die finanziellen Richtlinien und Vorgaben beschlossen. Im Jahr 2011 tagte die AKNÖ-Vollversammlung am 12. Mai in St. Pölten und am 15. November in Schwechat. Jeweils einen Tag vorher fanden die fraktionellen Vollversammlungen statt.

Auf Basis der letzten Arbeiterkammerwahl im Jahr 2009 verfügt die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) über 69 Mandate, die Fraktion Christlicher Gewerkschafter (NÖ AAB-FCG) hält bei 26 Mandaten und die Freiheitlichen Arbeitnehmer (FA) verfügen über neun Sitze. Weiters sind die Liste Dirnberger mit einem Mandat, die Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen/Unabhängigen GewerkschafterInnen (AUGE/UG) mit zwei Mandaten, das Bündnis Mosaik (BM) mit einem Mandat und die Grünen GewerkschafterInnen Niederösterreich (GGN) mit zwei Sitzen vertreten.





Kammerrätinnen und Kammerräte

Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG)

Fraktion Christlicher Gewerkschafter (NÖ AAB-FCG)

Freiheitliche Arbeitnehmer (FA)

Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/ Unabhängige GewerkschafterInnen (AUGE/UG)

Grüne GewerkschafterInnen Niederösterreich (GGN)

Bündnis Mosaik (BM)

Liste Dirnberger (DIRNBERGER)



Die 110 KammerrätInnen vertreten die
nö. ArbeitnehmerInnen in der AKNÖ-
Vollversammlung.

FSG

Adler Brigitte
Akyildiz Ali
Artmäuer Alfred
Asperger Christine
Biegler Ing. Manfred
Bierbaumer Leopold
Bogath Christa
Bogenreiter Ferdinand
Cap Kerstin
Cerwenka Peter
Ehegartner Günther
Farthofer Christian
Fiala Manfred
Fiala Michael
Fischer Franz
Gattinger Erwin
Geigenberger Robert
Gratzer Michaela
Gruber Karl
Grund Peter
Haneder Hermann
Hartmann Petra
Hintersteiner Karl-Heinz
Hutter Gerhard
Kauer Christian
Kinast-Pötsch Brigitta
Klemmer Barbara
Kraus Alena
Kupetsch Alfred
Leidenfrost Franz
Liernberger Margot
Mayrhofer Stefan
Mezera Andrea
Nemesch Ferdinand
Niedermaier Reinhard
Palkovich Johann
Pammer Horst
Pap Michael
Pernsteiner Hermann
Pfister Rene

Pflügl Reinhold
Priesching Herta
Raidl Franz
Riedl Andreas
Riegler Walter
Rotter Walter
Rozboril Dieter
Rudelstorfer Johann
Sauer Karl
Savic-Cergic Ranka
Schärf Stefan
Scherz Josef
Schilcher Gerda
Schremser Andrea
Schwingenschlögl Susanne
Seban Gerhard
Slacik Patrick
Stattmann Peter
Steinböck Josef
Strasser Ernst
Straussberger Erwin
Tauchner Gerhard
Vihan Adolf
Votava Karl
Weidinger Johannes
Weingartner Christa
Weninger Franz
Wieser Markus
Wiesinger Josef

NÖ AAB-FCG

Ableidinger Gregor
Aufegger Maria
Bauer Christian
Brunner Ingrid
Buder Thomas
Damböck Peter
Engel Bruno
Fahrnberger Herbert
Gruber Christian
Hager Josef

Hemm Franz
Kousal Renate
Litschauer Michael
Löffler Friedrich
Pannagl Werner
Pfeifer Anton
Redl Franz
Roitner Franz
Sandler Maria Margit
Schauer Andreas
Sommer Johann
Stangl Karl
Sterle Harald
Wagner Norbert
Weinrichter Manfred
Wessely Heinz

FA

Geiblinger Heinz
Handl Karl
Kunz Norbert
Latsch Hermann
Pfeifer Gottfried
Pfeifer Monika
Schatzl Wolfgang
Weber Bruno
Zellhofer Erwin

AUGE/UG

Partei Renate
Taibl Stefan

GGN

Jahn Ing. Axel
Kesetovic Samir

Bündnis Mosaik

Isik Mehmet

DIRNBERGER

Dirnberger Alfred

Die Ausschüsse und Fachausschüsse

Die nach Themenbereichen organisierten Ausschüsse erstellen und beraten unter anderem Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben und Verordnungen. Sie bestehen aus Kammerrätinnen und Kammerräten und werden von den Expertinnen und Experten des Kammerbüros unterstützt. 2011 traten die Ausschüsse zu insgesamt 31 Sitzungen zusammen.

Ausschüsse (Stand: Mai 2012)

	Vorsitz
Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Infrastrukturpolitik	Gerhard Tauchner
Sozialpolitik und Arbeitsrecht	Johannes Weidinger
KonsumentInnenpolitik	Reinhold Pflügl
Gesundheitspolitik und ArbeitnehmerInnenschutz	Susanne Schwingenschlögl
Jugendpolitik und zentraler Fachausschuss	Alfred Kupetsch
Bildung, Kultur und Freizeit	Johann Palkovich
Frauenpolitik	Petra Hartmann
Kontrollausschuss	Bruno Weber
Bauausschuss (Vorstandsausschuss)	Hermann Haneder

Die Ausschüsse werden in ihrer Arbeit von ExpertInnen der AKNÖ betreut und unterstützt.

Im Gegensatz zu den Ausschüssen sind die Fachausschüsse nach bestimmten ArbeitnehmerInnen-Gruppen gegliedert. In Fachausschüssen können auch ArbeitnehmerInnen mitarbeiten, die kein Mandat als Kammerrätin oder Kammerrat ausüben. Die Fachausschüsse arbeiten als Organe sehr eng mit den einzelnen Fachgewerkschaften zusammen. Sie nehmen die fachlichen und beruflichen Interessen der Beschäftigten wahr. Insbesondere in Fragen der Aus- und Weiterbildung kommt den Fachausschüssen besondere Bedeutung zu. Im Jahr 2011 gab es insgesamt 34 Fachausschusssitzungen.

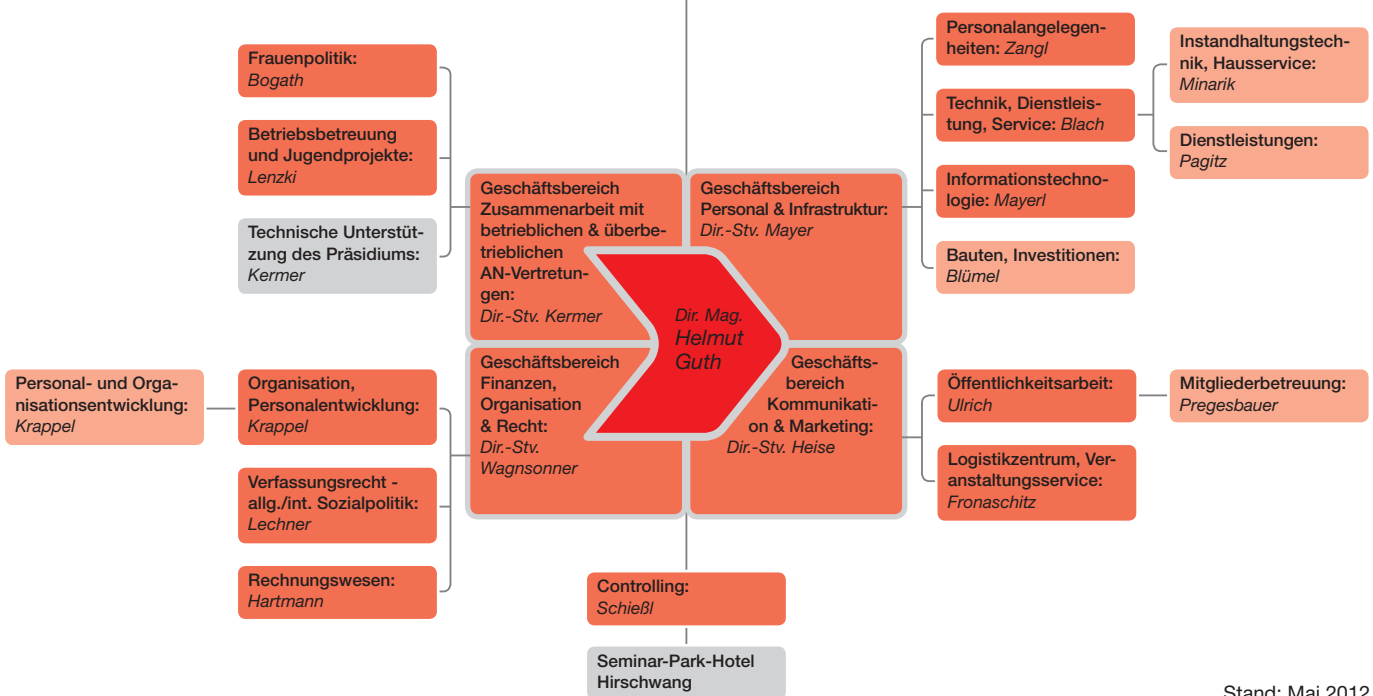
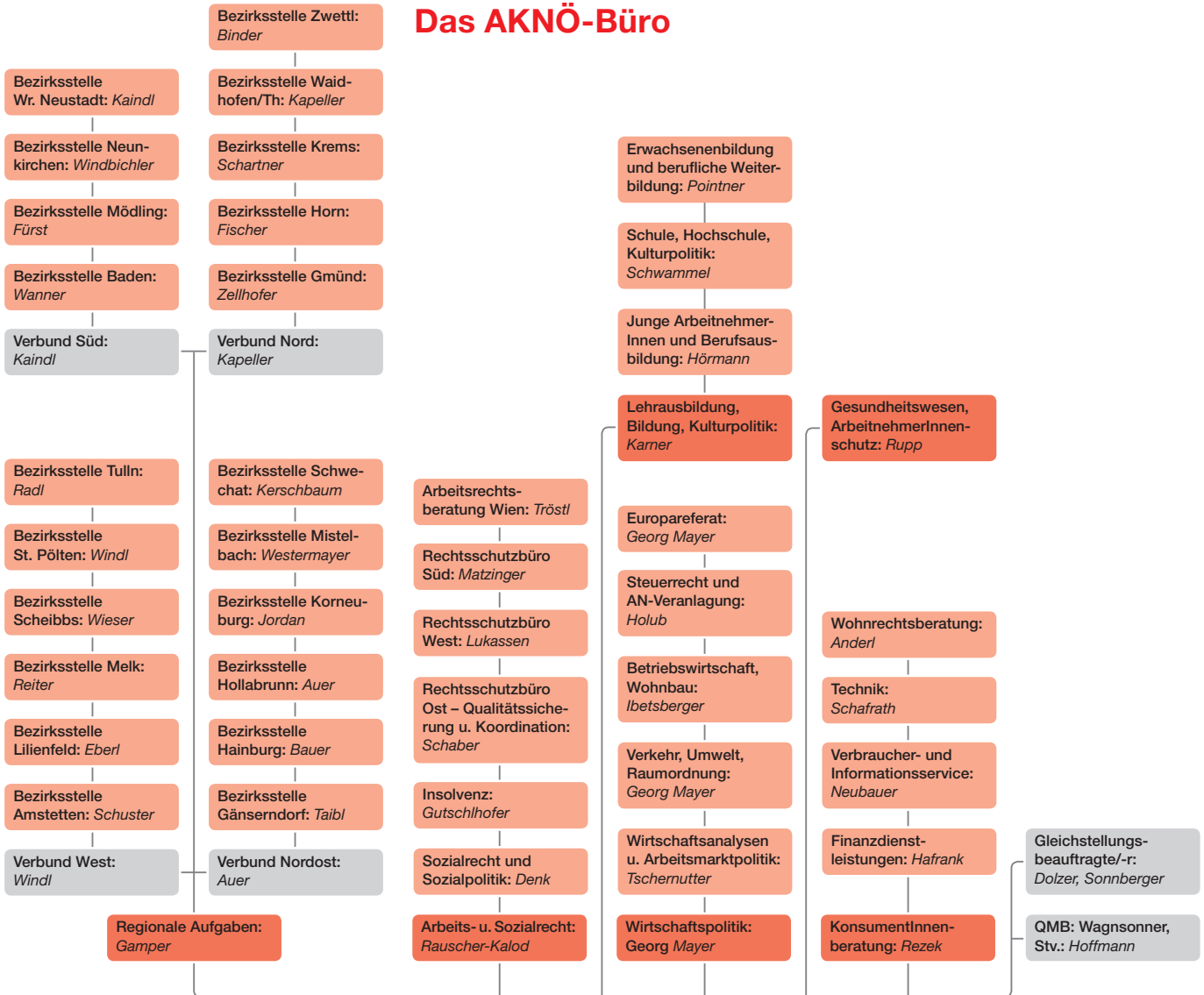
Fachausschüsse (Stand: Mai 2012)

	Vorsitz
Fachausschuss Bau-Holz	Manfred Fiala
Fachausschuss Textil, Bekleidung, Leder	Erwin Straussberger
Fachausschuss Verkehr	Robert Fuchs
Fachausschuss für das Druck- und Papier verarbeitende Gewerbe	Adolf Vihan
Fachausschuss Friseure und Kosmetiker	Marion Winter
Fachausschuss Metall, Bergbau, Energie	Helmut Pilwarsch
Fachausschuss Agrar, Nahrung, Genuss	Johannes Weidinger
Fachausschuss der Angestellten im Handel und Gewerbe	Peter Grund
Fachausschuss Hotel- und Gastgewerbe	Erich Steinacher
Fachausschuss Gesundheit	Brigitte Adler
Integrationsfachausschuss	Ali Akyildiz

Betreuung der Fachausschüsse als Geschäftsstelle: Referat „Junge ArbeitnehmerInnen und Berufsausbildung“ (Abteilung Lehrausbildung, Bildung und Kulturpolitik)



Das AKNÖ-Büro



Das AKNÖ-Büro

Um die hohen Qualitätsstandards beim Erbringen der Dienstleistungen nachhaltig gewährleisten zu können, müssen der organisatorische Aufbau und die Arbeitsabläufe des Büros der AKNÖ laufend an das sich rasch verändernde gesellschaftliche und soziale Umfeld angepasst werden. Nur so können Expertinnen und Experten, die landesweit in 21 Bezirksstellen, zwei Servicestellen und in der Zentrale der AKNÖ arbeiten, garantieren, dass die Beschäftigten rasch und unbürokratisch zu ihrem Recht kommen. Auf Basis des AK-Gesetzes betreuen die AK-BeraterInnen die Ratsuchenden, versuchen, offene Ansprüche zu regeln, und vertreten Anliegen immer öfter auch vor Gericht. Diese tägliche Beratungspraxis fließt in die interessenpolitische Grundlagenarbeit ein. Daraus leiten sich die Forderungen der Arbeiterkammer ab, die sie zielgerichtet in der Gremien- und Vertretungsarbeit, aber auch in öffentlichen Auseinandersetzungen einbringt.

Strategische Vorgaben

Der Geschäftsprozess des Kammerbüros bildet sich im sogenannten Jahreszyklus-Modell ab. Die dort festgehaltene strategische Ausrichtung und die Schwerpunktprogramme stellen Orientierung und Zielvorgabe für die MitarbeiterInnen dar. Im Rahmen der Strategiekonferenz im Sommer 2011 wurden Schwerpunkte für 2012 für die Arbeit der einzelnen Abteilungen festgelegt. So wird etwa aus organisatorisch-strategischer Sicht der Optimierung der Organisationsstruktur, aller internen und externen Prozesse sowie der Optimierung der technisch organisatorischen Arbeitsbedingungen hohe Priorität eingeräumt.

Wirkungsbereiche

Das Büro der AKNÖ baut auf einem prozessorientierten Organisationsmodell auf. Fokus der Arbeit sind die Bedürfnisse der Mitglieder, für welche die – direkt dem Direktor unterstellten – Wirkungsbereiche ihre Leistungsangebote erstellen:

- Arbeits- und Sozialrecht
- Gesundheitswesen und ArbeitnehmerInnenschutz
- Konsumentenberatung
- Lehrausbildung, Bildung und Kulturpolitik
- Regionale Aufgaben
- Wirtschaftspolitik

Die Wirkungsbereiche (Fachabteilungen) werden in ihrer Tätigkeit von den vier Geschäftsbereichen unterstützt. Ende 2011 wurden im direkten Zuständigkeitsbereich des AKNÖ-Direktors die Weichen für eine Änderung der Organisationsstruktur gestellt.

Es wurde die Abteilung Kontakt & Dialogforum, die bis dahin inhaltlich für das Seminar-Park-Hotel Hirschwang und die Durchführung des Dialogforums Hirschwang zuständig war, aufgelöst und die inhaltliche Zuständigkeit für das Seminar-Park-Hotel Hirschwang externen Geschäftsführern übertragen. Die interne Zuständigkeit innerhalb des AKNÖ-Büros wurde der Abteilung Controlling übertragen.

Der Optimierung der Organisationsstruktur sowie aller internen und externen Prozesse wird 2012 hohe Priorität eingeräumt.



Die sechs Fachabteilungen der AKNÖ unterstehen direkt AKNÖ-Direktor Helmut Guth.



**Vernetzung ist das Zauberwort
erfolgreicher Zusammenarbeit mit
betrieblichen und überbetrieblichen
ArbeitnehmerInnenvertretungen.**

Geschäftsbereich „Zusammenarbeit mit betrieblichen und überbetrieblichen ArbeitnehmerInnenvertretungen“

Der Geschäftsbereich „Zusammenarbeit mit betrieblichen und überbetrieblichen ArbeitnehmerInnenvertretungen“ betreut BetriebsrätInnen, pflegt gewerkschaftliche Kontakte und ist für die Frauenpolitik zuständig. Es obliegen diesem Geschäftsbereich auch die Themen Sicherheit und ArbeitnehmerInnenschutz, betriebliche Gesundheitsförderung und das Betriebsratsfondsservice sowie die Entwicklung spezifischer Jugendprojekte aus den Themenfeldern Politik, Jugendkultur und Freizeit.

Der Geschäftsbereich war im Jahr 2011 von einer dynamischen Entwicklung geprägt. In den Abteilungen „Frauenpolitik“ und „Betriebsbetreuung und Jugendprojekte“ wurde die Basis zu einer verbesserten Vernetzung mit dem ÖGB Niederösterreich und den Fachgewerkschaften geschaffen. Dazu gehörte auch eine gemeinsame Klausur mit RegionalsekretärInnen des ÖGB und LandessekretärInnen der Fachgewerkschaften.

Die Projekte, die im vergangenen Jahr im Geschäftsbereich ausgearbeitet wurden, bilden vom ArbeitnehmerInnenschutz über die betriebliche Gesundheitsförderung bis zu frauenspezifischen Angeboten und der professionellen Betreuung der Betriebsratsfonds durch das RevisionärInnen-Team nicht nur eine fachliche, sondern unter anderem auch mit der großen Veranstaltungsreihe „Begegnung in der Region“ eine interessenpolitische Klammer. Mit den Vernetzungstreffen „AKNÖ goes international“ wurde der wachsenden wirtschaftlichen Internationalisierung und den damit einhergehenden Herausforderungen für BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen Rechnung getragen. Im vergangenen Jahr wurde auch der Grundstein für den „Großen Preis für BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen für Niederösterreich“ gelegt. Mit diesem Preis soll das herausragende Engagement von BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen gewürdigt werden. Auch der Betriebssport mit seinen Bewerben und den Familienwintersporttagen erfreut sich wachsender Beliebtheit.

Für das zukünftige Arbeitsprogramm und die strategische Ausrichtung des Geschäftsbereichs wird die verstärkte Einbindung regionaler Opinionleader und EntscheidungsträgerInnen von AKNÖ und ÖGB einen wertvollen und grundlegenden Schwerpunkt bilden.



**Betriebsbesuche des AKNÖ-Präsidenten
sind eine gute Möglichkeit, um Kontakte
mit Betriebsrätinnen und Betriebsräten
zu pflegen und auszubauen.**

Geschäftsbereich „Kommunikation und Marketing“

Dieser zeichnet für den öffentlichen Auftritt der AKNÖ sowie das Veranstaltungsservice verantwortlich und spricht die Beschäftigten zielgruppengerecht an. Der Geschäftsbereich arbeitet die strategischen Vorgaben im Bereich der Kommunikation aus. Dabei gilt: Nur wenn die AKNÖ in der öffentlichen Wahrnehmung deutlich präsent ist, kann sie auch interessenpolitische Ziele erreichen und ihre Leistungen ins Bewusstsein der Mitglieder rufen.

2011 erhielt das Corporate Design der AKNÖ ein neues Gesicht. Das bestehende Logo wurde jedoch nicht verändert. Ziel des neuen Corporate Designs war die Entwicklung eines neuen, klaren, zeitgemäßen und kundenorientierten Auftritts. Das Erscheinungsbild der NÖ Arbeiterkammer spiegelt sich dabei vor allem in Printprodukten, Mailings, Werbearbeiten und Präsentationen wider. Ein Beispiel dafür ist der vorliegende Jahresbericht.

Die AKNÖ hat im Jahr 2011 die bundesweite Kampagne „Gerechtigkeit muss sein“ unterstützt. Dabei gab es eine eigene auf Niederösterreich abgestimmte Zusatzkampagne. Die Ziele der Kampagne waren: Aufmerksamkeit für die Leistungen der AKNÖ erzeugen, die Leistungen der AKNÖ, besonders im Bereich des Arbeitsrechts, darzustellen und den Mitgliedern, etwa durch Rechtstipps, Hilfe zur Selbsthilfe zu bieten. So gab es auf der Website noe.arbeiterkammer.at etwa ein „1 x 1 des Arbeitsrechts“ und Kurzfilme zu verschiedenen Arbeitsrechtsthemen. Darüber hinaus gab es in Niederösterreich Medienkooperationen mit zwei Tageszeitungen, Radiospots auf Radio NÖ und zwölf Fernsehspots im ORF-NÖ, um das Service der AKNÖ ins Rampenlicht zu rücken.

Im Hinblick auf die aus kommunikativer Sicht immer größere Bedeutung von lokalen und regionalen Veranstaltungen wurde 2011 das Veranstaltungsmanagement weiter optimiert. Es wurde gemeinsam mit den IT-ExpertInnen der AKNÖ eine Veranstaltungsdatenbank implementiert, die dazu dient, die Durchführung von Veranstaltungen zu verbessern.

Die AKNÖ hat seit 2011 erstmals eine MitarbeiterInnenzeitung. Diese Zeitung wird an alle MitarbeiterInnen der AKNÖ verteilt und ist auch im Intranet abrufbar. 2011 sind insgesamt drei Ausgaben erschienen. Gemeinsam mit dem Intranet stellt die MitarbeiterInnenzeitung ein wichtiges Instrument der Information über betriebsinterne Abläufe und Vorhaben dar.



Im Internet gab es 2011 unter dem Titel „1 x 1 des Arbeitsrechts“ Kurzfilme zu verschiedenen Problemen im Arbeitsalltag.

2011 wurde die im Jahr 2010 begonnene Leistungskampagne unter dem Motto „Gerechtigkeit muss sein“ fortgesetzt.





Geschäftsbereich „Personal und Infrastruktur“

Der Geschäftsbereich stellt mit den Aufgabenfeldern Personal, Hausverwaltung, Bauten, EDV und Kommunikationstechnologie die Infrastruktur für die Serviceleistungen der AKNÖ sicher.

In der Vollversammlung vom 12. Mai 2011 wurde die Verlegung der Zentrale von Wien nach St. Pölten beschlossen. Der Beschluss sieht vor, dass mit 2016 die Zentrale in St. Pölten sein soll. Mit dem Beschluss der Vollversammlung ist die Standortentwicklung zu einer zentralen Aufgabe des Geschäftsbereichs geworden. Gemeinsam mit dem Geschäftsbereich Finanzen, Organisation und Recht wird in einem eigenen Projekt an der Planung und Umsetzung des Beschlusses gearbeitet. Im Rahmen eines Bauprojekts für die neue Zentrale in St. Pölten wurden 2011 die wesentlichen Vorgaben für die Erstellung von Machbarkeitsstudien für sechs potenzielle Standorte ausgearbeitet.



Ende 2011 wurde die neue und behindertengerechte AKNÖ-Bezirksstelle Gmünd fertiggestellt.

Anfang 2011 wurde mit dem Bau der neuen Bezirksstelle Gmünd begonnen. Ende 2011 konnte die fertige Bezirksstelle übergeben werden. Das neue Gebäude in der Weitraer Straße 19–21 ersetzt die alte AKNÖ-Bezirksstelle Gmünd. Es ist ein behindertengerechtes Herzeigehaus mit 920 m² verbauter Fläche auf zwei Geschossen. Es wird mittels einer Wasserwärmepumpe auch umweltbewusst beheizt. Im Rahmen der Bezirksstellenmodernisierung ist für 2012 der Neubau der AK-Bezirksstelle in Horn geplant. Darüber hinaus werden die Bezirksstellen Amstetten und Lilienfeld modernisiert und barrierefrei gemacht.

Im IT-Bereich wurde an der technischen Optimierung von Arbeitsprozessen mitgewirkt. So wurde die Bandbreite des AK-Nets – das ist das von der AKNÖ betreute „Intranet“ aller Arbeiterkammern – optimiert. Mit der KonsumentInnenberatung wurde die „Hände weg von Werbefahrten“-Datenbank den Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

Für den Geschäftsbereich Kommunikation und Marketing wurde eine Veranstaltungsdatenbank entwickelt, die zur Optimierung der Veranstaltungsplanung dient. Ein weiteres großes Projekt war die Implementierung und Modernisierung der Telefonie-Lösung der Arbeiterkammer Burgenland durch IT-ExpertInnen der AKNÖ. Es wurde eine neue Telefonanlage installiert, die nun durch die AKNÖ auch gewartet wird.



Bürgermeister Matthias Stadler und AKNÖ-Präsident Hermann Haneder am Standort der AKNÖ-Zentrale in der Herzogenburgerstraße in St. Pölten. Für die Umsetzung des Projekts ist der Geschäftsbereich „Personal und Infrastruktur“ maßgeblich verantwortlich.

Geschäftsbereich „Finanzen, Organisation und Recht“

Diesem Geschäftsbereich obliegt die wirtschaftliche Verwendung der Mittel, die steti-ge Weiterentwicklung der Organisation, die Personalentwicklung sowie die Klärung von Rechtsfragen für Präsidium und Direktion.

Der Beschluss für die Übersiedelung der AKNÖ-Zentrale nach St. Pölten wurde 2011 durch umfassende Projektstrukturen begleitet. Im Rahmen eines Organisationsprojekts wurden mittels Netzwerkanalysen die Kommunikationsflüsse innerhalb der AKNÖ erfasst. Dabei war auch die Kommunikation mit Mitgliedern, LieferantInnen und anderen externen Gruppen ein wichtiger Faktor. Im Vorfeld wurden außerdem die wichtigsten Ansprüche der Mitglieder, FunktionärInnen, BetriebsrätInnen und MitarbeiterInnen erfasst. Darüber hinaus wurden Exkursionen zu Best-Practice-Unternehmen und -Einrichtungen durchgeführt, um Lösungen sowie Erfahrungen anderer Organisationen zu berücksichtigen.

Die Übersiedelung nach St. Pölten wird, was die Organisationsentwicklung betrifft, vom Geschäftsbereich „Finanzen, Organisation und Recht“ begleitet.

Der zweite Durchgang des Programms „Mentoring für Frauen in der AKNÖ“ wurde im Jänner 2011 gestartet und im Jänner 2012 beendet. Ziel ist es, langfristige Perspektiven für Mitarbeiterinnen zu schaffen, ihr Selbstbewusstsein zu stärken, sodass sie sich aktiv mit einer Expertinnenlaufbahn auseinandersetzen oder für Führungsaufgaben bewerben. Neun Mitarbeiterinnen und neun erfahrene Führungskräfte als MentorInnen nahmen an dem Programm teil. Insgesamt wurden fünf Workshops durchgeführt. Das Programm ergänzt bestehende Personalentwicklungsmaßnahmen. Eine Fortsetzung ist geplant.

Die interne Aus- und Weiterbildung der AKNÖ erfolgt in der 1998 gegründeten MitarbeiterInnen-Akademie. Sie hat den Anspruch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gleichermaßen zu fördern. Insgesamt wurden im Jahr 2011 97 Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt. Diese wurden von 447 Mitarbeitern und 391 Mitarbeiterinnen besucht. Die Weiterbildungen bezogen sich auf unterschiedliche Kompetenzbereiche wobei wie immer der Schwerpunkt bei den Fachschulungen lag.

Ein weiteres großes Projekt im Jahr 2011 betraf die Kostenrechnung innerhalb der AKNÖ. Hier wurde ein – auf die Wirkungsfelder der AKNÖ abgestimmtes – System erarbeitet, das ab 2012 zu Einsatz kommt. Es bildet in Zukunft die Basis für das AKNÖ-Berichtswesen .

Im Rahmen des Mentoring-Programms besuchte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek die AKNÖ. Bei einer Diskussionsrunde stand sie den Teilnehmerinnen Rede und Antwort.





Einrichtungen der AKNÖ

Kindercity

In der Shopping City Süd (SCS) in Vösendorf bei Wien stellte die AKNÖ auch 2011 den Beschäftigten des Einkaufszentrums einen Betriebskindergarten, die sogenannte Kindercity, zur Verfügung. In der Kindercity wurden im Berichtsjahr 32 Kinder von fünf Pädagoginnen und Helferinnen betreut.

Arbeitsmedizinisches Zentrum Mödling

Dieses Zentrum, das im Eigentum der Niederösterreichischen Arbeiterkammer und der Wirtschaftskammer Niederösterreich steht, ist Partner der AKNÖ, wenn es um Fragen der Arbeitsmedizin, Sicherheit am Arbeitsplatz, Gesundheitsförderung und Arbeitspsychologie geht.

Mit dem Gesundheitsbus des AMZ Mödling werden den Beschäftigten in den Betrieben modernste Methoden der Gesundheitsvorsorge und Früherkennung unmittelbar an ihrem Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt.

Im Gesundheitsbus können ArbeitnehmerInnen die wichtigsten Frühindikatoren für berufsbedingte Erkrankungen (psychische Gesundheit, Wirbelsäule, Rückenmuskulatur, Gehör, Blut) untersuchen lassen. Der Gesundheitsbus von AKNÖ und AMZ kann von BetriebsrätInnen angefordert werden. Für viele Beschäftigte ist der Gesundheitsbus der erste Kontakt mit der Gesundheitsvorsorge überhaupt.



Seminar-Park-Hotel Hirschwang

Das Hotel ist das zentrale Seminarhotel der AKNÖ und ist auch bei zahlreichen Urlaubsgästen aus dem In- und Ausland beliebt. Es verzeichnete im Jahr 2011 17.700 Nächtigungen. Die Auslastung des Hotels ist um 3,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurückgegangen. Der Anteil der Seminarbuchungen beträgt rund 60 Prozent.

Neben kulinarischen Höhepunkten, wie den bereits traditionellen Brunches sowie dem Heringsschmaus, wird das Seminarhotel auch für zahlreiche private Veranstaltungen wie Hochzeiten, Taufen oder Geburtstage gebucht.

Im kulturellen Bereich wurden Vernissagen und Kabarettvorführungen organisiert und durchgeführt. Im Juni zeichnete das Hotelteam für das Catering beim Dialogforum Hirschwang verantwortlich.



Das Hotel in Hirschwang ist das zentrale Seminar-Hotel der AKNÖ.

Im September war das Seminar-Park-Hotel Ausgangspunkt der Veranstaltung „experience unlimited“ – ein Erlebnistag, der von AKNÖ, NÖGKK und den Naturfreunden organisiert wurde. Für die TeilnehmerInnen an der Veranstaltung wurden zahlreiche Betätigungsmöglichkeiten organisiert. So gab es die Möglichkeit, Erfahrungen beim Nordic Walking, Mountainbiken, Slacken, Bogenschießen, Klettern oder auch beim Schnuppertauchen im Hallenbad des Seminar-Park-Hotels zu sammeln. Rund 200 Menschen nahmen an der Veranstaltung teil.



Die Gremien und Institutionen

Gremien, Organisationen, Vereine

Die Niederösterreichische Arbeiterkammer vertritt mit ihren Expertinnen und Experten die Interessen der niederösterreichischen Beschäftigten in verschiedenen Kommissionen, Beiräten, Ausschüssen und Vereinen. Hier eine kurze Übersicht über die wichtigsten in alphabetischer Reihenfolge:

- Agrammarkt Austria
- Arbeitsmarktservice Niederösterreich
- Arbeitsstiftung Niederösterreich
- Arbeits- und sozialmedizinisches Zentrum Mödling
- Arbeitsausschuss für wirtschaftliche Landesverteidigung
- Arbeitsgruppe NATURA 2000
- Ausgleichstaxfonds gem. § 10.2 BehEinstG
- Ausländergrundverkehrskommission
- Behindertenausschuss gemäß § 12 BehEinstG
- Beirat der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse
- Beirat des Bereiches Basisprogramme der Forschungsförderungsgesellschaft mbH (FFG)
- Beirat gemäß § 7 Richtwertgesetz
- Bezirksschulräte
- Berufsförderungsinstitut Niederösterreich
- Bundesberufsausbildungsbeirat
- Bundeseinigungsamt
- diverse Kurkommissionen
- diverse Tourismuskommissionen
- diverse Prüfungskommissionen
- ecoplus-Fachbeirat
- Gentechnik-Kommission
- Gewerblicher Berufsschulrat für Niederösterreich
- Gleichbehandlungskommission
- Industrieviertelmuseum
- Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz – Landesprojektgruppe

- Jugend und Arbeit, Verein zur Schaffung vorübergehender Beschäftigungsmöglichkeiten
- Kommission zur Beratung des Berichtes über die Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich
- Krisenstab des Landes Niederösterreich
- Kuratorium des Niederösterreichischen Wirtschafts- und Tourismusfonds
- Landesberufsausbildungsbeirat
- Landeslenkungsausschuss Niederösterreich
- Landesschulrat für Niederösterreich
- Landesversorgungssicherungsausschuss Niederösterreich
- Niederösterreichischer Beschäftigungspakt
- Niederösterreichischer Bewilligungsbeirat
- Niederösterreichischer Elektrizitätsbeirat
- Niederösterreichischer Landesverein 0>Handicap
- Niederösterreichischer Raumordnungsbeirat
- Niederösterreichischer Spielautomatenbeirat
- Niederösterreichischer Tiergesundheitsdienst
- Tonkünstler-Orchester Niederösterreich
- Österreichische Gesellschaft für Arbeitsmedizin
- Schlichtungsstelle für Rauchfangkehrer
- Sozialhilfebeirat
- Staatsschuldenausschuss
- Unabhängiger Finanzsenat
- Verband Österreichischer Sicherheits-Experten
- Verband Österreichischer Schulungs- und Bildungshäuser
- Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung
- Verein für Konsumenteninformation
- Verein „Kindercity“
- Verein „Pro Konsument“
- Verein „Startbahn“
- Zahnärztliche Honorarschlichtungsstelle
- Zivildienstbeschwerderat



Die Adressen

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich

Windmühlgasse 28, 1060 Wien

Servicehotline: 05 7171

<http://noe.arbeiterkammer.at>

Öffnungszeiten der Bezirksstellen:
Montag bis Donnerstag: 8 bis 16 Uhr
Freitag: 8 bis 12 Uhr

Bezirksstelle Amstetten	3300 Amstetten, Wiener Straße 55
Bezirksstelle Baden	2500 Baden, Elisabethstraße 38
Bezirksstelle Gänserndorf	2230 Gänserndorf, Wiener Straße 7a
Bezirksstelle Gmünd	3950 Gmünd, Weitraer Straße 19
Bezirksstelle Hainburg	2410 Hainburg, Oppitzgasse 1
Bezirksstelle Hollabrunn	2020 Hollabrunn, Brunnthalgasse 30
Bezirksstelle Horn	3580 Horn, Spitalgasse 25
Bezirksstelle Korneuburg	2100 Korneuburg, Gärtnergasse 1
Bezirksstelle Krems	3500 Krems, Wiener Straße 24
Bezirksstelle Lilienfeld	3180 Lilienfeld, Pyrkerstraße 3
Bezirksstelle Melk	3390 Melk, Hummelstraße 1
Bezirksstelle Mistelbach	2130 Mistelbach, Josef-Dunkl-Straße 2
Bezirksstelle Mödling	2340 Mödling, Franz-Skribany-Gasse 6
Servicestelle Shopping City Süd	2334 Vösendorf, SCS-Bürocenter B1/1A
Bezirksstelle Neunkirchen	2620 Neunkirchen, Würflacher Straße 1
Bezirksstelle St. Pölten	3100 St. Pölten, Gewerkschaftsplatz 2
Bezirksstelle Scheibbs	3270 Scheibbs, Bürgerhofstraße 5
Bezirksstelle Schwechat	2320 Schwechat, Sendnergasse 7
Bezirksstelle Tulln	3430 Tulln, Rudolf-Buchinger-Straße 27–29
Bezirksstelle Waidhofen	3830 Waidhofen/Thaya, Thayastraße 5
Bezirksstelle Wr. Neustadt	2700 Wr. Neustadt, Babenbergerring 9b
Servicestelle Flughafen	1300 Wien-Schwechat, Flughafen, Eingangsbereich Parkhaus 3, Objekt 105 i, BW 124
Bezirksstelle Zwettl	3910 Zwettl, Gerungser Straße 31